OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Dezember 2018

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaberin und Herausgeberin	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2018

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 30. November 2018 (Teil Österreich: 13. Dezember 2018)

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 3

Höhere Unsicherheit führt zu weniger dynamischem Wachstum der Weltwirtschaft 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Überraschend starkes Wachstum im dritten Quartal 12

Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Prognose für Österreich 2018 bis 2021 vom Dezember 2018 14

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 18

Kräftiges Wachstum bei Kundenkrediten hält an 26

Jeder dritte Euro des privaten Geldvermögens steckt in Wertpapieren 29

Spezielle Kurzanalysen 31

Weitgehend stabile Inflation in CESEE trotz deutlicher Lohnzuwächse 32

Den Euro als internationale Währung stärken: eine Initiative der Europäischen Kommission 37

Vorschläge der Europäischen Kommission zum verbesserten Vorgehen gegen Geldwäsche 41

Mitteilungen der Europäischen Kommission zu EU-Vorbereitungsmaßnahmen zum EU-Austritt des UK 44

Annex 47

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Oktober bis 26. November 2018 48

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen 51

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die Europäische Kommission (8. November) und die OECD (21. November) haben die Prognose für das Weltwirtschaftswachstum im Vergleich zum Sommer deutlich zurückgenommen. Beide Institute erwarten nun für 2018 ein BIP-Wachstum von 3,7% und für die Jahre 2019 und 2020 von jeweils 3,5%; im Sommer hatten sie für 2018 und 2019 noch eine Zunahme von jeweils 3,9% erwartet. Sie betonen eine zunehmende Divergenz der Wachstumsraten, insbesondere zwischen den Schwellenländern. Diese sind von Handelsbeschränkungen, dem starken US-Dollar und steigenden Zinsen unterschiedlich stark betroffen: Das Wachstum in China hat sich im Jahresverlauf bereits verlangsamt und wird in den kommenden zwei Jahren weiter zurückgehen. Für Argentinien und die Türkei wird eine Rezession erwartet. Im Gegensatz dazu ist die Konjunktur in einigen CESEE-Ländern nach wie vor sehr robust; das Wachstum bleibt im Gesamtjahr 2018 überdurchschnittlich. Für die Industriestaaten erwarten sowohl die EK und als auch die OECD einen Rückgang der Wachstumsdynamik, da expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen zurückgenommen werden und zunehmende Unsicherheiten bestehen. Die USA verzeichneten zur Jahresmitte ein sehr starkes Wirtschaftswachstum, das steigende Budgetdefizit sowie der hohe Verschuldungsgrad der nicht-finanziellen Unternehmen stellen jedoch bedeutende Risiken für die Entwicklung in den kommenden Jahren dar. Für Japan wird ein reales BIP-Wachstum von rund 1% für 2018 und 2019 erwartet. Die Wirtschaftsleistung im Vereinigten Königreich (UK) konnte im zweiten und dritten Quartal recht deutlich zulegen, in Folge der Unsicherheiten rund um den Brexit sind die Wachstumsaussichten jedoch gedämpft. In der EK-Prognose weist UK im Jahr 2019 das zweitschwächste Wachstum (1,2%) aller EU-Länder auf.

Im Euroraum hat sich das Wirtschaftswachstum im 3. Quartal 2018 überraschend stark abgeschwächt (+0,2% im Vergleich zum Vorquartal). Während Spanien und Frankreich ein weiterhin robustes bzw. sogar stärkeres Wachstum verzeichneten, schwächte sich das Wachstum in Deutschland – getrieben von Sondereffekten in der Automobilindustrie – den Niederlanden und auch in Italien deutlich ab. In Italien ist der Einkaufsmanagerindex unter die Expansionsschwelle gesunken und nun so niedrig wie seit fünf Jahren nicht mehr. EK und OECD erwarten, dass sich das Wirtschaftswachstum im Euroraum bis 2020 auf rund 1 3/4% verlangsamen wird. Ungeachtet dessen verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter, die Arbeitslosenquote liegt nun knapp über 8%. Die HVPI-Inflation wird derzeit stark vom Ölpreis getrieben. Trotz des zuletzt beobachteten Rückgangs liegt der Rohölpreis noch immer deutlich über dem Niveau von 2017. Die HVPI-Inflation stieg im Euroraum im Oktober auf 2,2%. Für 2019 liegen die Prognosen von EK und OECD bei 1,8%-1,9%, für 2020 bei 1,6%-1,9%.

Die österreichische Wirtschaft befindet sich in der Spätphase eines kräftigen Konjunkturaufschwungs. Gestützt auf eine starke Inlandsnachfrage und eine solide Exportperformance wird das Wachstum des realen BIP im heurigen Jahr – wie im Vorjahr – bei 2,7% liegen. Gegenüber der Prognose vom Juni 2018 fällt das Wachstum im Jahr 2018 um 0,4 Prozentpunkte niedriger aus. Dies ist zum größten Teil auf Revisionen von historischen Daten zurückzuführen, die Einschätzung der derzeitigen konjunkturellen Lage hat sich nicht verändert. Für die Jahre von 2019 bis 2021 wird im Einklang mit der Abschwächung der internationalen Konjunktur mit einem Rückgang des Wachstums auf 2,0% (2019), 1,9% (2020) und 1,7% (2021) gerechnet.

[1] Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

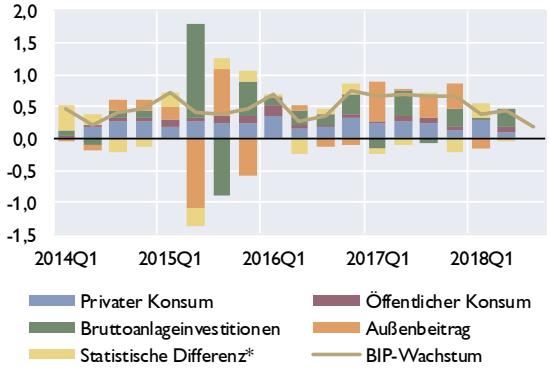
Höhere Unsicherheit führt zu weniger dynamischem Wachstum der Weltwirtschaft[2]

Euroraum: Wachstumshöhepunkt ist erreicht

Der aktuellen Schnellschätzung von Eurostat zufolge ist das BIP im Euroraum im dritten Quartal 2018 um nur 0,2% gegenüber dem Vorquartal gewachsen. In den beiden Vorquartalen betrug das Wachstum jeweils 0,4%, in den vier Quartalen des Vorjahres jeweils 0,7%.

Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

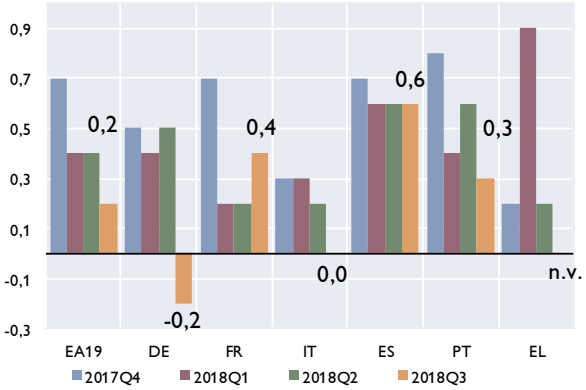
in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Euroraum: Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber Vorquartal (saison- & arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat. Anmerkung: n.v. = nicht verfügbar.

Auf Länderebene überrascht vor allem Deutschland mit einem negativen Wachstum im dritten Quartal (-0,2%) nach einem Plus von 0,5% im zweiten Quartal. Auch in den Niederlanden schwächte sich das Wachstum merklich um 0,5 Prozentpunkte auf 0,2% ab. Italiens Wirtschaft hat im dritten Quartal stagniert, im zweiten Quartal betrug das Wachstum noch 0,2%. Frankreich hingegen konnte sein Wachstum mit 0,4% gegenüber dem zweiten Quartal verdoppeln. In Spanien betrug das Wachstum wie auch schon im Vorquartal 0,6%.

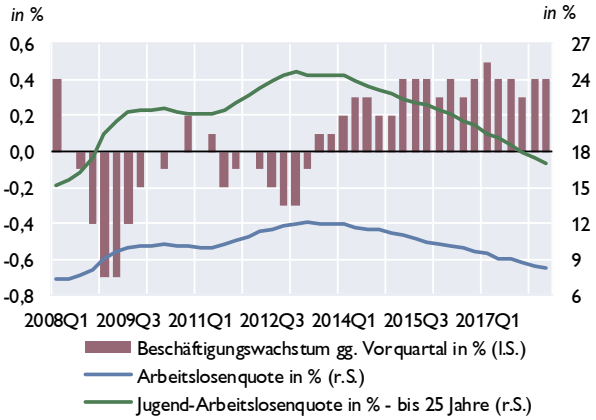
Der Rückgang der Stimmungsindikatoren *Economic Sentiment Indicator* (ESI) und *Purchasing Managers' Composite Index* (PMI), der zu Jahresbeginn einsetzte, hält an. Trotz des Rückgangs signalisieren beide Indizes nach wie vor eine Expansion der wirtschaftlichen Aktivität. Allerdings weist der PMI darauf hin, dass der Industriesektor in den meisten erfassten Ländern an Fahrt verloren hat. Besonders negativ ist das Bild dabei in Italien: Dort liegt der PMI bei 49,2 Punkten und damit auf einem 46-Monatstief und unter der Expansionsschwelle. Auch der Composite Index, der den Dienstleistungsbereich miteinschließt, liegt in Italien mit 49,3 Punkten unter der 50-Punkte-Marke und ist so niedrig wie seit fast fünf Jahren nicht mehr.

Die Arbeitsmarktlage im Euroraum verbessert sich. Die Arbeitslosenquote lag im September 2018 unverändert bei 8,1% und damit nahe dem Vorkrisenniveau. Die Zahlen auf Länderebene zeigen, dass die Arbeitslosenquoten in allen Ländern leicht rückläufig oder unverändert waren – außer in Italien, wo sie spürbar anstieg (von 9,8% im August auf 10,1% im September). Die Beschäftigung im Euroraum expandiert weiter und in jüngster Zeit ist auch die Zahl der durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden gestiegen. Parallel zur besseren Lage am Arbeitsmarkt

[2] Autor: Thomas Scheiber (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

erhöht sich seit einigen Quartalen auch das Nominallohnwachstum. Dennoch gibt es noch keine Anzeichen für ein kräftiges reales Lohnwachstum.

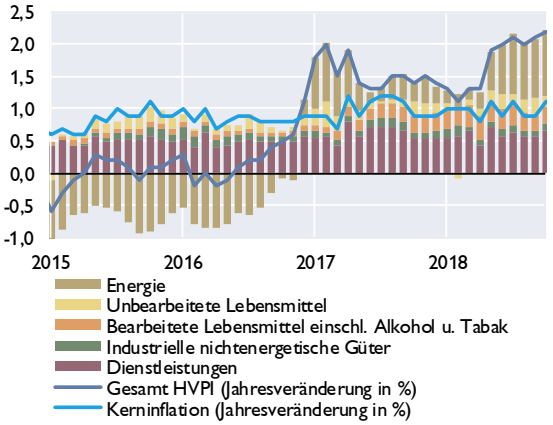
Euroraum: Beschäftigungswachstum und Arbeitslosenquote



Quelle: Eurostat.

Euroraum: HVPI Inflationsrate und Komponeten

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Die Europäische Kommission (EK) und die OECD prognostizieren, dass sich das Wirtschaftswachstum bis 2020 auf 1,6–1,8% verlangsamen wird. Durch die akkommodierende Geldpolitik und eine gewisse fiskalische Lockerung werden die Binnennachfrage, insbesondere der private Konsum und die Beschäftigung gestützt werden. Auf Grund der anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen und des notwendigen Kapazitätsausbaus wird auch die Investitionstätigkeit recht dynamisch bleiben – sofern die Handelskonflikte nicht weiter eskalieren. Das starke Exportwachstum des Jahres 2017 hat angesichts der zunehmenden Unsicherheit im Welthandel nachgelassen. EK und OECD erwarten, dass der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte für 2019 und 2020 neutral ausfallen dürfte.

HVPI-Inflationsrate durch Ölpreisentwicklung geprägt

Die HVPI-Inflation im Euroraum ist seit Mai 2018 deutlich angestiegen und betrug im Oktober 2,2%, wobei besonders die Energiepreise zu diesem Anstieg beigetragen haben. Sie erhöhten sich im Oktober gegenüber dem Vorjahresmonat mit 10,6% und weisen damit den stärksten Anstieg aller Komponenten auf. Die Kerninflationsrate, welche die Preisentwicklung ohne die volatilen Komponenten Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak zeigt, schwankt hingegen weiterhin um 1%. Die EK und die OECD erwarten in ihren Herbstprognosen, dass die Kerninflation in einem Umfeld, das durch eine hohe Kapazitätsauslastung und ein höheres Lohnwachstum gekennzeichnet ist, allmählich anziehen wird. Für die Gesamtinflationsrate erwarten sie für 2019 etwa 1,8–1,9% und für 2020 1,6–1,9%.

Weltwirtschaft: Abwärtsrevisionen bei Wachstum und Welthandel

In ihren jüngsten Prognosen revidieren die EK und die OECD die Aussichten für das Weltwirtschaftswachstum nach unten. Die beiden Institutionen sehen für das Jahr 2018 ein Wachstum von 3,7% und für die Jahre 2019 und 2020 ein Wachstum von je 3,5% und betonen die zunehmende Divergenz der Wachstumsraten, insbesondere zwischen den Schwellenländern, da die Handelsbeschränkungen, der starke US-Dollar und steigende Zinsen die Länder in unterschiedlicher Intensität betreffen. Regionale Ereignisse, wie die neuen US-Sanktionen gegenüber dem Iran, die Entwicklungen in der Türkei und in Argentinien, aber auch die Ölpreisentwicklung tragen ebenfalls zu divergierenden Wachstumsraten bei. Im Aggregat der

Schwellenländer sehen EK und OECD ein Wachstum von je 4,7% im Jahr 2018 und 2019 – deutlich unter den Wachstumsprognosen, die im Frühjahr und Sommer veröffentlicht wurden.

Auch die Wachstumsdynamik in den Industriestaaten wird weniger optimistisch gesehen als noch im Frühjahr. Für 2018 gehen EK und OECD für diese Ländergruppe von einer Zunahme des BIP um 2,4% aus, für 2019 und 2020 wird eine Abkühlung auf 2,1% bzw. 1,9% erwartet. Ausschlaggebend dafür ist, dass der Konjunkturzyklus zunehmend seinen Reifepunkt erreicht, expansive geld- und fiskalpolitische Maßnahmen in einigen Ländern zurückgenommen werden und im Hinblick auf die Entwicklung des globalen Handels weiterhin erhebliche Unsicherheiten bestehen, welche sich bereits auf das Investitionsklima auswirken.

Im Einklang mit der Zurücknahme der BIP-Prognosen wurde auch das erwartete Wachstum des Welthandels nach unten revidiert. Nachdem im Frühjahr noch davon ausgegangen wurde, dass der Welthandel im Jahr 2018 um rund 5% und im Jahr 2019 um 4,5% wächst, sehen EK und OECD aktuell nur mehr einen Zuwachs von 3,9–4,1% im Jahr 2018 und von 3,7–3,8% im Jahr 2019.

Die Prognoserisiken sind nach wie vor nach unten gerichtet und erscheinen zunehmend komplex und miteinander verflochten. Eine schneller als erwartete geldpolitische Normalisierung in den USA – als Reaktion auf die stark prozyklische Fiskalpolitik – hätte Konsequenzen für Schwellenländer, für die eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen ein zentrales Risiko darstellt. Ebenso könnten die aktuellen fiskalischen Stimuli den Handlungsspielraum für die zukünftige Fiskalpolitik einschränken und die Nachhaltigkeit der US-Staatsverschuldung gefährden. Zudem bleibt das Risiko einer weiteren Eskalation des Handelsstreits bestehen.

USA: Fortsetzung des Aufschwungs und wachsende Ungleichgewichte

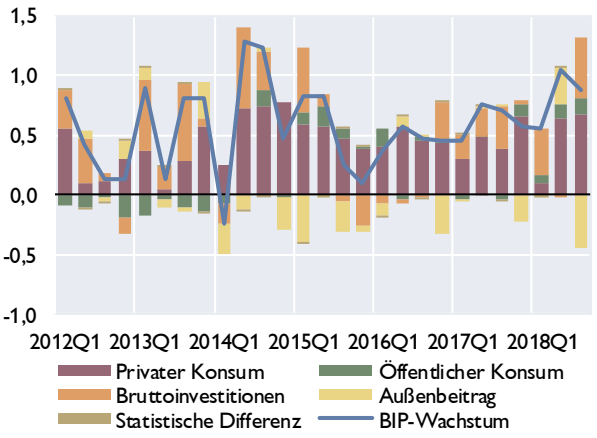
Das Wirtschaftswachstum in den USA übersteigt weiterhin deutlich jenes im Euroraum und in anderen wichtigen Regionen. Im dritten Quartal 2018 lag das Wachstum des realen BIP bei 3,5% (annualisiert) bzw. knapp 0,9% gegenüber dem Vorquartal und wurde primär vom privaten Konsum und den Bruttoinvestitionen getragen. Die gestiegenen Ölpreise und die 2017 und 2018 gesetzten umfangreichen fiskalischen Impulse werden auch 2019 – wenn auch im geringeren Umfang – fortwirken und tragen zusätzlich zum Wirtschaftsboom bei.

Günstige Finanzierungsbedingungen lassen 2019 und 2020 hohe Unternehmensinvestitionen erwarten. Trotzdem prognostizieren EK und OECD, dass sich in den kommenden beiden Jahren das Wachstum unter dem Einfluss einer weniger konjunkturstützenden Geld- und Fiskalpolitik auf 2,6% bzw. 1,9–2,1% verlangsamen dürfte. Die bereits umgesetzten protektionistischen Maßnahmen im Handel und das schwächere Weltwirtschaftswachstum werden die Wirtschaftstätigkeit ebenso einbremsen.

Dank des kräftigen Anstiegs der Investitionen und des privaten Konsums ist trotz der Einführung von höheren Zöllen mit einer anhaltend robusten Importnachfrage zu rechnen, die eine Ausweitung des Handelsdefizits bewirkt.

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber Vorquartal



Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

Diese Entwicklung wird laut OECD zusammen mit einem Rückgang der nationalen Sparquote infolge der fiskalpolitischen Lockerung zu einem Anstieg des Leistungsbilanzdefizits beitragen, welches 2020 auf 3,3% des BIP ansteigen könnte.

Durch den langanhaltenden Wirtschaftsaufschwung steigt die Kapazitätsauslastung, wächst die Beschäftigung und ist die Arbeitslosigkeit auf ein sehr niedriges Niveau gesunken (3,9%). Allerdings sind die Lohnzuwächse bislang eher bescheiden ausgefallen und nicht alle Bevölkerungsgruppen partizipieren gleichermaßen am Aufschwung. Für 2019 und 2020 erwarten die EK und die OECD Inflationsraten zwischen 2,1 und 2,4%.

Risiken für die US-Wirtschaft bestehen erstens im Zusammenhang mit dem sich ausweitenden Budgetdefizit, das 2019 und 2020 auf 6–7% ansteigen dürfte. Dies ist eine Folge der lockeren Fiskalpolitik seit 2017, da durch eine Steuerreform die budgetären Einnahmen gesunken sind und 2018 und 2019 die Ausgaben auf Bundesebene erhöht werden. Zweitens haben die finanziellen Risiken zugenommen, insbesondere im Sektor der nicht-finanziellen Unternehmen, die einen hohen Verschuldungsgrad aufweisen. Die beiden Risiken sind miteinander verknüpft, wenn etwa ein weiterer Fiskalstimulus die Inflation anheizt und zu einem rascheren Zinsanstieg führt, der seinerseits zu Preiskorrekturen an den teils überbewerteten Finanzmärkten führen könnte, welche hochverschuldete Unternehmen in Bedrängnis bringen.

China: Wachstum voraussichtlich robust, aber erhebliche politikabhängige Risiken

Im Verlauf des heurigen Jahres hat sich das Wachstum des realen BIP von 6,8% im ersten Quartal auf 6,5% im dritten Quartal verlangsamt. Auch für die kommenden zwei Jahren erwarten EK und OECD eine weitere allmähliche Verlangsamung auf 6,3% bzw. 6,0%. Auffällig ist der aktuell beobachtbare Wandel in der Zusammensetzung des Wachstums: Exporte und Investitionen verlieren an Bedeutung zu Gunsten des privaten Konsums.

Die Eskalation des Handelskonflikts mit den USA stellt dabei einen wesentlichen Risikofaktor für das Wachstum dar. Der Handelskonflikt hatte einen Kursrückgang des Renminbi, der durch staatliche Interventionen abgeschwächt wurde, und einen Rückgang der Aktienkurse zur Folge. Die Auswirkungen der Zollerhöhungen wurden bislang durch vorgezogene Exporte, „*Round-Tripping*“ der für den US-Markt bestimmten Exporte über Drittstaaten und die Abwertung des Renminbis abgefedert. Die Güterimporte entwickeln sich vor dem Hintergrund von Zollsenkungen zu Jahresbeginn[3] robust – wie auch die Ausgaben für Auslandsreisen chinesischer Bürger. Daher wies die Leistungsbilanz im ersten Halbjahr erstmals seit zwanzig Jahren ein Defizit auf.

Einen zweiten Risikofaktor – insbesondere für die Finanzmarktstabilität – stellt das Schattenbankwesen dar, das bei der Infrastrukturfinanzierung eine tragende Rolle spielt. Zur Konjunkturverlangsamung trägt daher auch die stärkere Kontrolle der Verschuldung nachgeordneter Gebietskörperschaften und deren Infrastrukturinvestitionen bei. Da die getroffenen Maßnahmen überproportional die Kreditvergabe an kleinere Unternehmen reduzierten, führten die Behörden Anreize für die Kreditvergabe an kleinere Unternehmen ein, indem Banken von den damit verbundenen Steuerpflichten befreit wurden.

[3] Im Dezember 2017 und zu Jahresbeginn 2018 wurden Einfuhrzölle unter anderem auf Maschinen, Komponenten für Batterien, Energie und Rohstoffe für die pharmazeutische Industrie sowie auf rund 200 Konsumgüter (insbesondere im Bereich Nahrungsmittel und Kleidung) gesenkt.

Weitere Risikofaktoren sind der steigende Schuldendienst im Unternehmenssektor und die potentiell ineffiziente Kapitalallokation durch implizite staatliche Bürgschaften für staatseigene Unternehmen.

Japan: Niedrige Lohnentwicklung trotz hoher Gewinne dämpft Wachstum und Inflation

In Japan ist das reale BIP im dritten Quartal um 0,3% gegenüber dem Vorquartal geschrumpft, nachdem es im zweiten Quartal unerwartet stark um 0,7% angestiegen war. Alle Komponenten wiesen leicht negative Beiträge zum BIP-Wachstum auf. EK und OECD erwarten, dass das gesamtwirtschaftliche Wachstum 2018 und 2019 bei rund 1% verharren wird, da Unternehmensgewinne in Rekordhöhe und Arbeitskräfteengpässe den Unternehmens-investitionen Auftrieb verleihen werden. Die Teilhabe der privaten Haushalte am aktuellen Aufschwung ist jedoch auf Grund des schwachen Lohnwachstums gering. Die geplante Mehrwertsteuererhöhung von 8 auf 10% im Oktober 2019 wird das reale BIP-Wachstum 2020 auf 0,5–0,7% verlangsamen. Der negative Wachstumseffekt der Mehrwertsteuererhöhung wird allerdings vorübergehend sein und laut Prognosen durch geplante zusätzliche Staatsausgaben und der Austragung der Olympischen Spiele 2020 in Tokyo teilweise kompensiert werden.

Nicht nur das erwartete Wachstum hängt in hohem Maße von der Lohnentwicklung ab, sondern auch die zukünftige Inflationsrate. Während die EK einen graduellen Anstieg der Inflation von 0,5% im Jahr 2017 auf 1,3% im Jahr 2020 erwartet, prognostiziert die OECD für den selben Zeitraum eine Beschleunigung der Inflation auf 1,9%.

Die OECD betont, dass Japan einen detaillierten und konkreten Konsolidierungsplan benötigt, um das Vertrauen in die Tragfähigkeit seiner öffentlichen Finanzen zu sichern, in dem es einen Primärüberschuss erzielt und die Staatsschuldenquote (226% des BIP) auf einen nachhaltigen Abwärtskurs bringt. Dafür werden umfassende Strukturreformen notwendig sein, welche die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft ebenso adressieren wie die geringe Erwerbsbeteiligung (bspw. niedriges Pensionsantrittsalter von 60 Jahren, geringe Erwerbsbeteiligung von Frauen).

UK: Brexit-bedingte Unsicherheit hemmt das Wirtschaftswachstum

Laut Schnellschätzung von Eurostat wuchs das reale BIP im Vereinigten Königreich um 0,6% im dritten Quartal nach 0,4% im zweiten Quartal. Für das Gesamtjahr erwarten die EK und die OECD 1,3% Wachstum. Sowohl privater Konsum als auch Investitionstätigkeit haben sich seit 2016 erheblich verlangsamt, was auf die Ungewissheit und den Kaufkraftverlust der privaten Haushalte zurückzuführen ist. Dies drückt auch auf den Wohnimmobilienmarkt, wobei diese Schwäche jedoch auf London konzentriert ist. Der abwertungsbedingt positive Beitrag der Nettoexporte ist seit Jahresbeginn deutlich zurückgegangen.

Unter der Annahme eines reibungslosen Austritts aus der EU dürfte sich laut OECD das Wirtschaftswachstum etwas beleben und auf 1,4% ansteigen, bevor es sich 2020 auf 1,1% verlangsamt. Die EK erwartet für beide Jahre jeweils 1,2% Wirtschaftswachstum.

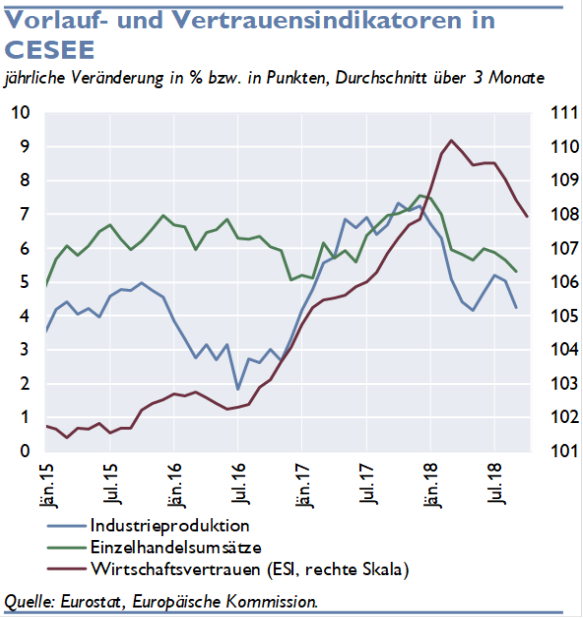
Die Inflation liegt seit 2017 über dem Zielwert von 2%, was zunächst durch die Abwertung und zuletzt durch höhere Ölpreise bedingt war. Die historisch niedrige Arbeitslosenquote von 4,1% im dritten Quartal und die rückläufige Migration aus den EU-Ländern (teilweise kompensiert durch eine höhere Nettozuwanderung aus Nicht-EU Ländern) machen sich in einem Arbeitskräfteengpass bemerkbar. Die durchschnittlichen Realeinkommen sind zwar zuletzt gestiegen, liegen aber immer noch unter Vorkrisenniveau. Die EK und die OECD erwarten für 2019 eine Inflationsrate von 2,0–2,3% und für 2020 von 1,9–2,1%. Die *Bank of England* hat

angedeutet, dass im Falle eines geordneten Brexits weitere Leitzinserhöhungen und eine Rückführung der Notenbankbilanz angebracht sein könnten.

Das kurzfristig größte Risiko besteht derzeit in einem Brexit ohne Austrittsabkommen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Überraschend starkes Wachstum im dritten Quartal[4]

Anhaltende Abschwächung bei den Vorlauf- und Aktivitätsindikatoren spiegelt sich noch nicht in den Wachstumszahlen für das dritte Quartal 2018 wider



Die Abschwächung bei den Vorlauf- und Aktivitätsindikatoren für die Wirtschaftsentwicklung in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) setzte sich in den letzten Monaten fort. Das Wachstum der Industrieproduktion ging im September 2018 auf durchschnittlich 4,3% zurück und erreichte damit den geringsten Wert seit Dezember 2016. Eine ähnliche Abschwächung war auch bei den Einzelhandelsumsätzen zu beobachten. Mit einem durchschnittlichen Plus von 5,3% im September 2018 entwickelten sie sich so schwach wie zuletzt im Frühjahr 2017. Eine starke Dynamik wurde nur noch von der Bauwirtschaft berichtet. Die Produktion in diesem Sektor erhöhte sich im September 2018 um 12,6% im regionalen Durchschnitt. Besonders dynamisch verlief die Entwicklung in Ungarn und Slowenien mit Zuwächsen von jeweils knapp unter 30%.

Das Wirtschaftsvertrauen gemessen am Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission lag weiterhin deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Gegenüber seinem Höchststand im März hat sich der Indikator allerdings um 2,3 Punkte auf 107,9 Punkte im Oktober 2018 abgeschwächt. Deutliche Rückgänge waren im Bereich der Industrie, der Dienstleistungen und im Bereich des Einzelhandels zu beobachten, während sich das Vertrauen in der Bauwirtschaft weiter verbesserte. Ähnlich die Entwicklung bei den nur für Polen und die Tschechische Republik verfügbaren Einkaufsmanagerindizes: Die entsprechenden Indizes lagen für beide Länder im Oktober 2018 weiter über der eine Expansion anzeigenden Marke von 50. Gegenüber dem Jahresbeginn wurde aber ein relativ deutlicher Rückgangverzeichnet.

Die Abschwächung bei den Vorlauf- und Vertrauensindikatoren spiegelte sich im dritten Quartal 2018 allerdings noch nicht in den vorläufigen Wachstumsraten wider. Erste Schnellschätzungen zum Wirtschaftswachstum deuten auf eine weiterhin robuste Konjunktur hin. So erhöhte sich etwa das Wachstum in Polen – der größten Volkswirtschaft der Region – von 1% im zweiten auf 1,7% im dritten Quartal 2018 (saisonal bereinigt, im Vergleich zur Vorperiode). Eine ähnlich starke Entwicklung wurde aus Rumänien (+1,9%) und Lettland (+1,8%) berichtet.

[4] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Unterdurchschnittlich stark wuchsen hingegen Bulgarien, die Tschechische Republik und vor allem Litauen.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE
Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2017q4	2018q1	2018q2	2018q3*
Bulgarien	0.7	0.9	0.8	0.5
Estland	1.9	0.2	1.4	..
Kroatien	0.1	0.8	1.1	..
Lettland	0.7	1.4	1.0	1.8
Litauen	1.3	1.0	0.9	-0.4
Polen	1.0	1.6	1.0	1.7
Rumänien	0.4	0.3	1.5	1.9
Slowakei	1.1	1.0	1.2	1.1
Slowenien	2.0	0.5	0.8	..
Tschechische Rep.	0.7	0.5	0.7	0.4
Ungarn	1.3	1.2	1.0	1.2
gesamte Region	0.9	1.0	1.0	..

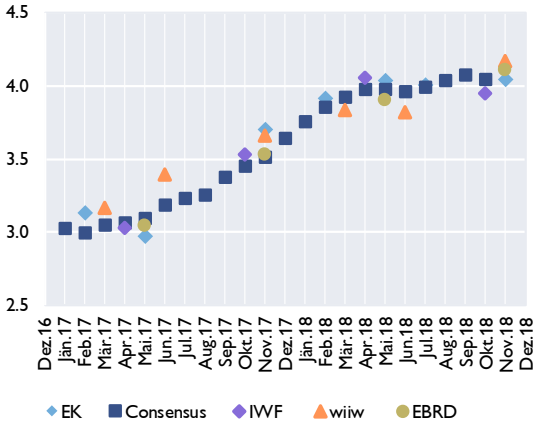
*) Schnellschätzung
Quelle: Eurostat.

Die Gründe der unerwartet starken Dynamik sind aufgrund derzeit noch fehlender detaillierter Daten unklar. Das Wachstum dürfte aber weiterhin vor allem auf der Binnennachfrage basieren. Dafür sprechen die im langjährigen Vergleich robuste Entwicklung der Einzelhandelsumsätze, weitere positive Nachrichten von den Arbeitsmärkten (die durchschnittliche Arbeitslosenquote sank im September 2018 auf 4,1%), die ungebrochen dynamische Entwicklung der Löhne und Gehälter (mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von rund 10% im zweiten Quartal) sowie der Kreditvergabe (durchschnittlich +6,1% im September 2018). Die Investitionen dürften von der starken Bautätigkeit, günstigen Finanzierungsbedingungen und der nach wie vor stark überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung profitiert haben.

Der Außenbeitrag zum Wirtschaftswachstum könnte sich verschlechtert haben. So ging etwa das Umsatzwachstum der Industrie in Exportmärkten in den letzten Monaten deutlich zurück. Das Wachstum der Exportumsätze liegt darüber hinaus bereits seit Jahresbeginn deutlich unter dem Umsatzwachstum im Inland. Darin spiegelt sich die abnehmende weltwirtschaftliche Dynamik sowie insbesondere das schwache Wachstum im Euroraum im dritten Quartal wider. Die internationale Nachfrage könnte von einer gewissen Erosion der preislichen Wettbewerbsfähigkeit vor dem Hintergrund des in den letzten Quartalen zu beobachtenden starken Lohnwachstums weiter gedämpft worden sein.

CESEE: Entwicklung der BIP-Wachstumsprognosen für 2018

Reales Wachstum in %



Quelle: EK, EBRD, Consensus Economics, EZB, IWF, wiiw.

Wachstum bleibt im Gesamtjahr 2018 überdurchschnittlich stark

Das unerwartet starke Wachstum im dritten Quartal wird voraussichtlich zu einer weiteren Aufwärtsrevision bei den Wachstumsprognosen für das Jahr 2018 führen. Zurzeit liegen diese bei etwa 4%. Schon jetzt ist jedenfalls klar, dass sowohl das Wachstum in CESEE als auch das Wachstumsdifferenzial der Region gegenüber dem Euroraum im heurigen Jahr überdurchschnittlich stark ausfallen werden. Für 2019 wird allgemein mit einer moderaten Konjunkturabschwächung gerechnet. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 3,5% werden die CESEE EU-Mitgliedstaaten aber weiter robust wachsen.

Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Prognose für Österreich 2018 bis 2021 vom Dezember 2018[5]

Österreichs Wirtschaft schwenkt nach Hochkonjunktur auf einen stabilen Wachstumspfad ein

Die österreichische Wirtschaft befindet sich in der Spätphase eines kräftigen Konjunkturaufschwungs. Gestützt auf eine starke Inlandsnachfrage und eine solide Exportperformance wird das Wachstum des realen BIP im heurigen Jahr – wie im Vorjahr – bei 2,7% liegen. Gegenüber der Prognose vom Juni 2018 fällt das Wachstum im Jahr 2018 um 0,4 Prozentpunkte niedriger aus. Dies ist zum größten Teil auf Revisionen von historischen Daten zurückzuführen, die Einschätzung der derzeitigen konjunkturellen Lage hat sich nicht verändert. Für die Jahre von 2019 bis 2021 wird im Einklang mit der Abschwächung der internationalen Konjunktur mit einem Rückgang des Wachstums auf 2,0% (2019), 1,9% (2020) und 1,7% (2021) gerechnet. Damit hat die österreichische Wirtschaft den Konjunkturhöhepunkt hinter sich gelassen und schwenkt nun langsam auf einen stabilen Wachstumspfad ein. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition sinkt 2018 auf 4,9%. Für die Jahre 2019 und 2020 wird eine Arbeitslosenquote von jeweils 4,7% erwartet, für das Jahr 2021 ein weiterer Rückgang auf 4,5%. Die HVPI-Inflation wird in den Jahren 2018 und 2019 stabil bei jeweils 2,1% liegen, bevor sie im Jahr 2020 auf 2,0% und 2021 auf 1,9% sinken wird. Der gesamtstaatliche Budgetsaldo wird im Jahr 2018 ausgeglichen sein und bis 2021 auf einen Überschuss von 0,5% steigen. Die Schuldenquote wird ausgehend von 78,3% des BIP im Jahr 2017 bis 2021 auf 64,8% des BIP sinken.

Die Weltwirtschaft befindet sich nach wie vor in einer Aufschwungsphase. Sowohl die Industrieländer – gestützt von einem starken Wachstum in den USA – wie auch die Schwellenländer wachsen derzeit kräftig, wenngleich die globale Entwicklung zuletzt weniger synchron als in der Vergangenheit verlief. Rund um den Jahreswechsel 2017/2018 kam es zu einer temporären Wachstumsabschwächung in vielen Regionen, die im zweiten Halbjahr 2018 jedoch wieder überwunden wurde. Während sich die globale Produktionsleistung über die nächsten Jahre relativ stabil entwickeln wird, ist beim Welthandel eine fortgesetzte Abschwächung zu beobachten. Dafür zeichnet vor allem der Handelskonflikt zwischen den USA und China verantwortlich. Der Wachstumseinbruch bei Österreichs wichtigstem Handelspartner Deutschland im dritten Quartal 2018 wird als temporäres Phänomen im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten der deutschen Autoindustrie, die neuen Abgasanforderungen zu erfüllen, gesehen.

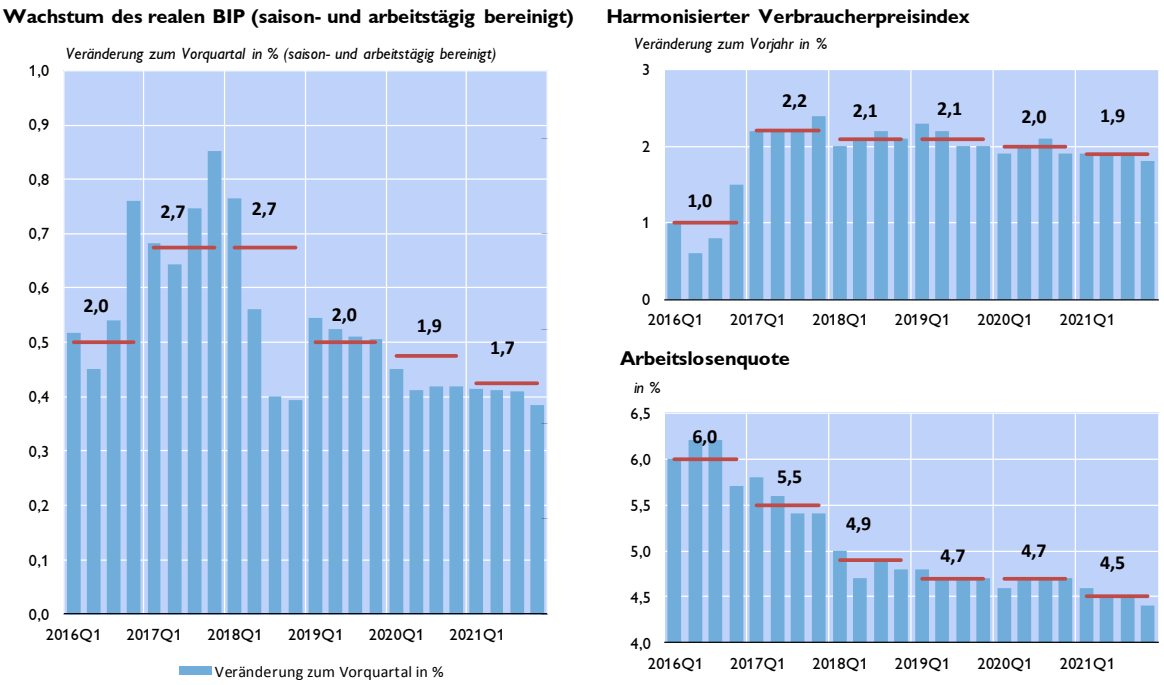
Die heimische Exportwirtschaft hat sich im bisherigen Verlauf des Jahres 2018 trotz der Verlangsamung der Exportnachfrage nach dem Boomjahr 2017 gut entwickelt. Aufgrund der breiten regionalen Diversifizierung schwächt sich das reale Exportwachstum im Jahr 2018 gegenüber 2017 (+4,6%) nur leicht auf +4,2% ab. Eine wesentliche Stütze stellen die Güterexporte in die CESEE-Länder dar, die im bisherigen Verlauf des Jahres 2018 mit nominell +10% nahezu doppelt so stark wie die restlichen Güterexporte wuchsen. In den Jahren von 2019 bis 2021wird das Exportwachstum bei jeweils knapp unter 4% zu liegen kommen und damit weiterhin wichtige Impulse für die heimische Wirtschaft liefern.

[5] Autoren: Gerhard Fenz, Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Die heimische Industrie weitet ihre Investitionen angesichts der guten Absatzmöglichkeiten auf den internationalen Märkten weiterhin kräftig aus. Die Investitionen in Maschinen und Fahrzeuge zeigten schon in den Jahren 2015 bis 2017 mit einem Anstieg von insgesamt 20% eine sehr starke Dynamik. Für das Jahr 2018 zeichnet sich mit einem Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 4,1% eine Fortsetzung dieses Trends ab. Damit ist der Investitionszyklus im historischen Vergleich außergewöhnlich stark. Für die Folgejahre wird mit einer graduellen Abschwächung gerechnet. Der Wohnbau wächst derzeit ebenfalls sehr kräftig. Die Wohnbauinvestitionen wurden in den Jahren 2016 und 2017 insgesamt um knapp 6% ausgeweitet. Auch im ersten Halbjahr 2018 blieb die Dynamik hoch. Der starke Anstieg der Baubewilligungen in den Jahren 2016 und 2017 lässt für die zweite Jahreshälfte 2018 eine weiterhin lebhafte Wohnbautätigkeit erwarten. Für das Gesamtjahr 2018 wird ein Anstieg der Wohnbauinvestitionen um 3,0% erwartet, der sich im Jahr 2019 nur unwesentlich verlangsamen wird. Für das Jahr 2020 deuten die im ersten Halbjahr 2018 rückläufigen Baubewilligungen jedoch auf eine schwächere Dynamik der Bautätigkeit hin. Der Tiefbau profitiert 2018 von einer Reihe öffentlicher Infrastrukturmaßnahmen, die sich auch in den folgenden Jahren positiv auswirken werden.

Grafik 1

Hauptergebnisse der Prognose



Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Prognose vom Dezember 2018.

Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Prognose vom Dezember 2018.

Der private Konsum ist derzeit eine wesentliche Stütze der heimischen Konjunktur. Das Jahr 2018 ist das dritte Jahr in Folge, in dem der Konsum relativ kräftig wächst. Wie in den letzten Jahren trägt hierzu auch heuer die sehr dynamische Beschäftigungsentwicklung bei; darüber hinaus wird der private Konsum durch die – im Vergleich zum Vorjahr – höheren Lohnabschlüsse gestützt. Ab Jänner 2019 stärkt der Familienbonus Plus die Kaufkraft der Haushalte mit Kindern. Er wird jedoch erst im Jahr 2020 seine volle Wirkung von 1,2 Mrd EUR (0,5% der Haushaltseinkommen) entfalten. Für das Jahr 2019 wird von einem Effekt von 800 Mio EUR ausgegangen. Der private Konsum wird daher nach +1,7% im Jahr 2018 in den Jahren 2019 und

2020 mit +1,7% bzw. +1,6% nicht an Schwung verlieren. Im Jahr 2021 wird im Zuge der erwarteten Konjunkturabschwächung mit einer weiteren Dämpfung des Konsumwachstums auf 1,3% gerechnet.

Die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte sich im Verlauf des Jahres 2018 deutlich. Sowohl die Zahl der unselbstständig Beschäftigten als auch die von ihnen geleisteten Arbeitsstunden stiegen kräftig, wenngleich der Höhepunkt zu Jahresbeginn 2018 erreicht wurde. Für das Gesamtjahr 2018 ergibt sich aufgrund des starken Wachstums zu Jahresbeginn noch eine Zunahme der Zahl der unselbstständig Beschäftigten um 2,2% und damit um 0,3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Neben der Abnahme der unterjährigen Dynamik deutet auch der geringere Beschäftigungsaufbau bei Leiharbeitern auf ein schwächeres Beschäftigungswachstum in den nächsten Jahren hin. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten wird im Jahr 2019 um 1,4%, im Jahr 2020 um 1,1% und im Jahr 2021 um 1,0% zunehmen. Infolge der starken Beschäftigungsdynamik sank die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat von 6,0% im Jahr 2016 auf 5,5% im Jahr 2017. Für heuer zeichnet sich ein weiterer kräftiger Rückgang auf 4,9% ab. Für die Jahre 2019 und 2020 wird eine Arbeitslosenquote von jeweils 4,7% prognostiziert, für das Jahr 2021 ein weiterer Rückgang auf 4,5%.

Die HVPI-Inflation ist im Verlauf des Jahres 2018 aufgrund höherer Rohstoffpreise leicht angestiegen und wird für das Gesamtjahr 2018 bei 2,1% liegen. Im Jahr 2019 werden die höheren Lohnabschlüsse den inflationsdämpfenden Effekt des erwarteten Rückgangs der Rohstoffpreise kompensieren, wodurch die Inflation bei 2,1% verharren wird. In Übereinstimmung mit der erwarteten Konjunkturabschwächung wird von einem Rückgang der HVPI-Inflation auf 2,0% bzw. 1,9% in den Jahren 2020 und 2021 ausgegangen.

Der gesamtstaatliche Budgetsaldo wird im Jahr 2018 ausgeglichen sein. Diese Entwicklung ist dem sehr guten konjunkturellen Umfeld sowie einem weiteren Rückgang der öffentlichen Zinsausgaben zu verdanken. Diese beiden Effekte überwiegen die im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr stärker expansiv wirkenden Fiskalmaßnahmen: (Ältere) Maßnahmen im Arbeitsmarktbereich sowie die Abschaffung des Pflegeregresses erhöhen die Ausgaben, Reduktionen der lohnabhängigen Abgaben reduzieren die Einnahmen. Auch im Jahre 2019 bleibt die Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet. Die durch die Einführung des Familienbonus Plus verursachte Einnahmenverminderung wird nicht vollständig durch das Auslaufen temporärer Ausgabenerhöhungen der vorherigen Regierung kompensiert. Dank des anhaltend günstigen Konjunktur- und Zinsumfelds wird für 2019 dennoch eine leichte Verbesserung des Budgetsaldos erwartet, die sich in den Jahren 2020 und 2021 fortsetzen wird. Daher ist ab 2019 – unter der Annahme, dass es zu keiner Politikänderung kommt wird – erstmals seit Beginn der 1970er Jahre von gesamtstaatlichen Budgetüberschüssen auszugehen. Die Schuldenquote wird bis 2021 auf 64,8% des BIP zurückgehen, und damit wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Budgetüberschüsse (bzw. ein ausgeglichener gesamtstaatlicher Budgetsaldo im heurigen Jahr) sowie die fortlaufende Schuldenreduktion der staatlichen Abbaubanken führen dazu, dass auch der nominelle Schuldenstand erstmals seit den 1970er Jahren über mehrere Jahre hinweg sinkt.

Tabelle 1 Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Dezember 2018 für Österreich[1]

	2017	2018	2019	2020	2021
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
Wirtschaftliche Aktivität					
Bruttoinlandsprodukt	+2,7	+2,7	+2,0	+1,9	+1,7
Privater Konsum	+1,7	+1,7	+1,7	+1,6	+1,3
Öffentlicher Konsum	+1,5	+1,8	+1,5	+1,2	+1,3
Bruttoanlageinvestitionen	+3,8	+3,5	+2,6	+2,2	+1,7
Exporte insgesamt	+4,6	+4,2	+3,8	+4,0	+3,7
Importe insgesamt	+4,4	+2,7	+3,6	+3,8	+3,4
	in % des nominellen BIP				
Leistungsbilanzsaldo	1,9	2,1	2,4	2,6	2,8
	in Prozentpunkten				
Beiträge zum Wachstum des realen BIP					
Privater Konsum	+0,9	+0,9	+0,9	+0,8	+0,7
Öffentlicher Konsum	+0,3	+0,3	+0,3	+0,2	+0,2
Bruttoanlageinvestitionen	+0,9	+0,8	+0,6	+0,5	+0,4
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	+2,0	+2,1	+1,8	+1,6	+1,3
Nettoexporte	+0,3	+0,9	+0,3	+0,3	+0,3
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	+0,4	-0,3	-0,1	+0,0	+0,0
	Veränderung zum Vorjahr in %				
Preise					
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	+2,2	+2,1	+2,1	+2,0	+1,9
Deflator des privaten Konsums	+1,7	+2,0	+2,0	+1,9	+1,8
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	+1,3	+1,7	+2,0	+1,9	+1,7
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	+0,5	+1,4	+1,8	+1,6	+1,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	+1,5	+2,5	+2,7	+2,5	+2,1
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	+1,1	+2,4	+2,8	+2,6	+2,2
Importpreise	+2,7	+2,4	+2,2	+2,1	+2,1
Exportpreise	+1,8	+1,7	+2,1	+2,1	+2,0
Terms of Trade	-0,9	-0,7	-0,1	+0,0	-0,1
Einkommen und Sparen					
Real verfügbares Haushaltseinkommen	+0,5	+1,8	+2,1	+1,6	+1,3
	in % des nominellen verfügbaren Haushaltseinkommens				
Sparquote	6,8	6,9	7,1	7,1	7,0
Arbeitsmarkt	*Veränderung zum Vorjahr in %*				
Unselbstständig Beschäftigte	+1,9	+2,2	+1,4	+1,1	+1,0
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	+2,3	+2,2	+1,3	+1,0	+0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots				
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,5	4,9	4,7	4,7	4,5
Budget	*in % des nominellen BIP*				
Budgetsaldo	-0,8	0,0	+0,1	+0,4	+0,5
Schuldenstand	78,3	74,1	70,7	67,5	64,8

Quelle: 2017: WIFO, Eurostat, Statistik Austria; 2018 bis 2021: OeNB-Prognose vom Dezember 2018.

[1] *Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt („Trend-Konjunktur-Komponente", Stand: Schnellschätzung für Q3 18). Sie weichen von den seit der Umstellung auf ESVG 2010 im Herbst 2014 von Eurostat publizierten Quartalsreihen in ihrer Saisonbereinigungsmethode ab. Die von Eurostat publizierten Daten sind weitaus volatiler und ökonomisch teilweise nicht zu interpretieren. Die Werte für das Jahr 2017 weichen auch von den von Statistik Austria publizierten, nicht saisonbereinigten Daten ab.*

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[6]

EZB-Rat am 25. Oktober 2018

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 25. Oktober 2018 beschlossen, die EZB-Leitzinsen unverändert zu belassen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass sie mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so werden wir den Nettoerwerb im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im neuen Umfang von monatlich 15 Mrd € bis Ende Dezember 2018 fortsetzen. Sofern die neu verfügbaren Daten unsere mittelfristigen Inflationsaussichten bestätigen, gehen wir davon aus, dass wir die Nettoankäufe dann beenden werden. Wir beabsichtigen, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere nach Abschluss des Nettoerwerbs von Vermögenswerten für längere Zeit und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Die aktuellen Daten fallen zwar etwas schwächer aus als erwartet, stehen aber insgesamt nach wie vor mit einem anhaltenden breit angelegten Wirtschaftsaufschwung im Euroraum und einem allmählich anziehenden Inflationsdruck im Einklang. Die zugrunde liegende Stärke der Wirtschaft nährt weiterhin unser Vertrauen, dass die nachhaltige Annäherung der Inflation an unser Ziel sich fortsetzen und auch nach einer allmählichen Reduzierung unseres Nettoerwerbs von Vermögenswerten anhalten wird. Zugleich sind Unsicherheiten im Zusammenhang mit Protektionismus, Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften und Finanzmarktvolatilität weiterhin von Bedeutung. Es sind noch erhebliche geldpolitische Impulse erforderlich, um den weiteren Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu stützen. Diese Unterstützung erfolgt weiterhin über den Nettoerwerb von Vermögenswerten bis zum Jahresende, den beträchtlichen Bestand an erworbenen Vermögenswerten und die damit verbundenen Reinvestitionen sowie unsere erweiterte Forward Guidance im Hinblick auf die EZB-Leitzinsen. In jedem Fall ist der EZB-Rat bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate weiterhin auf nachhaltige Weise dem vom EZB-Rat gesetzten Inflationsziel nähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale BIP des Eurogebiets legte im ersten und zweiten Jahresviertel 2018 jeweils um 0,4 % gegenüber dem Vorquartal zu. Die aktuellen Daten fallen zwar etwas schwächer aus als erwartet, stehen aber insgesamt nach wie vor im Einklang mit unserem Basisszenario eines anhaltenden breit angelegten Wirtschaftsaufschwungs, getragen von der Binnennachfrage und einer fortgesetzten Aufhellung am Arbeitsmarkt. Einige sektorspezifische Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit schlagen sich im kurzfristigen Wachstumsprofil nieder. Unsere geldpolitischen Maßnahmen stützen nach wie vor die Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben werden vom anhaltenden Beschäftigungszuwachs und von steigenden Löhnen begünstigt. Zugleich werden die Unternehmensinvestitionen durch eine solide Binnennachfrage, günstige Finanzierungsbedingungen und die Ertragslage der Unternehmen gestützt. Die

[6] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar sind: http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2018/html/index.en.html.

Wohnungsbauinvestitionen sind weiterhin robust. Darüber hinaus dürfte die Expansion der Weltwirtschaft die Ausfuhren des Euroraums weiter begünstigen, wenn auch in einem geringeren Maß.

Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets können noch immer als weitgehend ausgewogen erachtet werden. Zugleich sind Risiken im Zusammenhang mit Protektionismus, Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften und Finanzmarktvolatilität weiterhin von Bedeutung.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerung im Eurogebiet stieg von 2,0 % im August auf 2,1 % im September 2018, was in erster Linie einem stärkeren Preisauftrieb bei Energie und Nahrungsmitteln geschuldet war. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürften sich die Jahreswachstumsraten der Gesamtinflation in den kommenden Monaten um die derzeitige Marke bewegen. Zwar entwickeln sich die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation insgesamt verhalten, sie haben jedoch gegenüber den früheren Tiefständen zugelegt. Vor dem Hintergrund einer hohen Kapazitätsauslastung und einer zunehmend angespannten Lage an den Arbeitsmärkten gewinnt der binnenwirtschaftliche Kostendruck an Stärke und Breite. Gegen Ende des Jahres dürfte die zugrunde liegende Inflation, getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und einem höheren Lohnwachstum, anziehen und auf mittlere Sicht weiter zunehmen.

Was die monetäre Analyse betrifft, so erhöhte sich das Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3) von 3,4 % im August auf 3,5 % im September 2018. Bei einer geringfügigen monatlichen Volatilität wird das Wachstum von M3 zunehmend durch die Vergabe von Bankkrediten unterstützt. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 hatte nach wie vor den größten Anteil am Wachstum der weit gefassten Geldmenge.

Das Wachstum der Kreditvergabe an den privaten Sektor erhöhte sich abermals, womit sich der seit Anfang 2014 zu beobachtende Aufwärtstrend fortsetzte. Die jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften erhöhte sich im September 2018 auf 4,3 %, nachdem sie im August 4,1 % betragen hatte, während die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte mit 3,1 % gegenüber dem Vormonat unverändert blieb. Aus der Umfrage zum Kreditgeschäft im Euroraum für das dritte Quartal 2018 geht hervor, dass das Kreditwachstum weiterhin von einer steigenden Nachfrage in sämtlichen Darlehenskategorien und vorteilhaften Kreditvergabebedingungen für Unternehmens- und Wohnungsbaukredite getragen wird.

Die Transmission der seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen wirkt sich nach wie vor deutlich positiv auf die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte, auf den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln sowie auf die Kreditströme im gesamten Eurogebiet aus.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

Andere Politikbereiche müssen entschlossener dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu steigern und Schwachstellen abzubauen, damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von Strukturreformen muss in den Euro-Ländern deutlich intensiviert werden, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und die Produktivität sowie das Wachstumspotenzial im Euroraum zu steigern. Was die Finanzpolitik betrifft, so ist angesichts des breit angelegten Wirtschaftswachstums eine erneute Aufstockung der Finanzpolster angezeigt. Besonders wichtig ist dies in Ländern mit hohen öffentlichen Schuldenständen, in denen eine vollständige Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts von entscheidender Bedeutung ist, um solide Haushaltspositionen sicherzustellen. Ebenso ist eine im Zeitverlauf und länderübergreifend transparente und einheitliche Umsetzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der EU nach wie vor

unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken. Die Verbesserung der Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion ist weiterhin eine Priorität. Der EZB-Rat drängt auf spezifische und entschlossene Schritte zur Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion.

EZB-Rat am 13. September 2018

Auf Grundlage der regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 13. September 2018 beschlossen, die EZB-Leitzinsen unverändert zu belassen. Wir gehen weiterhin davon aus, dass sie mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden, um eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht sicherzustellen.

Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so werden wir den Nettoerwerb im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im derzeitigen Umfang von monatlich 30 Mrd € bis Ende des Monats fortsetzen. Nach September 2018 werden wir den Nettoerwerb bis Ende Dezember 2018 auf einen Umfang von 15 Mrd € reduzieren. Sofern die neu verfügbaren Daten unsere mittelfristigen Inflationsaussichten bestätigen, gehen wir davon aus, dass wir die Nettoankäufe dann beenden werden. Wir beabsichtigen, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere nach Abschluss des Nettoerwerbs von Vermögenswerten für längere Zeit und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit wieder anzulegen, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Die aktuellen Daten, einschließlich der neuen von Experten der EZB erstellten Projektionen vom September 2018, bestätigen weitgehend unsere bisherige Einschätzung eines anhaltenden breit angelegten Wirtschaftsaufschwungs im Eurogebiet und einer allmählich anziehenden Teuerung. Die zugrunde liegende Stärke der Wirtschaft nährt weiterhin unser Vertrauen, dass die nachhaltige Annäherung der Inflation an unser Ziel sich fortsetzen und auch nach einer allmählichen Reduzierung unseres Nettoerwerbs von Vermögenswerten anhalten wird. Gleichzeitig haben Unsicherheiten im Zusammenhang mit einem zunehmenden Protektionismus, Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften und Finanzmarktvolatilität zuletzt weiter an Bedeutung gewonnen. Es sind noch erhebliche geldpolitische Impulse erforderlich, um den weiteren Aufbau eines binnenwirtschaftlichen Preisdrucks und die Entwicklung der Gesamtinflation auf mittlere Sicht zu stützen. Diese Unterstützung erfolgt weiterhin über den Nettoerwerb von Vermögenswerten bis zum Jahresende, den beträchtlichen Bestand an erworbenen Vermögenswerten und die damit verbundenen Reinvestitionen sowie unsere erweiterte Forward Guidance im Hinblick auf die EZB-Leitzinsen. In jedem Fall ist der EZB-Rat bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate weiterhin auf nachhaltige Weise dem vom EZB-Rat gesetzten Inflationsziel nähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das vierteljährliche Wachstum des realen BIP des Euro-Währungsgebiets belief sich im zweiten Quartal 2018 wie im Vorquartal auf 0,4 %. Obgleich sich die Wachstumsentwicklung nach dem 2017 verzeichneten starken Anstieg etwas abgeschwächt hat, bestätigen die jüngsten Konjunkturindikatoren und Umfrageergebnisse insgesamt ein anhaltendes breit angelegtes Wirtschaftswachstum im Eurogebiet. Unsere geldpolitischen Maßnahmen stützen nach wie vor die Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben werden vom anhaltenden Beschäftigungszuwachs, der wiederum zum Teil vorangegangenen Arbeitsmarktreformen geschuldet ist, sowie von steigenden Löhnen getragen. Die Unternehmensinvestitionen werden durch günstige Finanzierungsbedingungen, eine bessere Ertragslage der Unternehmen und eine solide Nachfrage gestützt. Die Wohnungsbauinvestitionen sind weiterhin robust. Darüber hinaus dürfte sich die Expansion der weltweiten Nachfrage fortsetzen und die Ausfuhren des Euroraums stützen.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2018. Das jährliche reale BIP wird den Projektionen zufolge 2018 um 2,0 %, 2019 um 1,8 % und 2020 um 1,7 % zulegen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2018 wurde der Ausblick für das reale BIP-Wachstum für 2018 und 2019 geringfügig nach unten korrigiert. Ausschlaggebend hierfür ist in erster Linie ein etwas schwächerer Beitrag der Auslandsnachfrage.

Die Risiken für die Wachstumsaussichten des Eurogebiets können noch immer als weitgehend ausgewogen erachtet werden. Gleichzeitig haben Risiken im Zusammenhang mit einem zunehmenden Protektionismus, Anfälligkeiten in den aufstrebenden Volkswirtschaften und Finanzmarktvolatilität zuletzt weiter an Bedeutung gewonnen.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerung im Eurogebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im August 2018 auf 2,0 %, verglichen mit 2,1 % im Juli. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürften sich die Jahreswachstumsraten der Gesamtinflation im restlichen Jahresverlauf um die derzeitige Marke bewegen. Zwar entwickeln sich die Messgrößen der zugrunde liegenden Inflation insgesamt verhalten, sie haben jedoch gegenüber den früheren Tiefständen zugelegt. Vor dem Hintergrund einer hohen Kapazitätsauslastung und einer zunehmend angespannten Lage an den Arbeitsmärkten, die dem Lohnwachstum Auftrieb verleiht, gewinnt der binnenwirtschaftliche Kostendruck an Stärke und Breite. Die Unsicherheit im Hinblick auf die Inflationsaussichten nimmt ab. Gegen Ende des Jahres dürfte die zugrunde liegende Inflation, getragen von unseren geldpolitischen Maßnahmen, dem anhaltenden Konjunkturaufschwung und einem höheren Lohnwachstum, anziehen und anschließend auf mittlere Sicht allmählich zunehmen.

Diese Einschätzung deckt sich auch weitgehend mit den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom September 2018, denen zufolge sich die jährliche HVPI-Inflation 2018, 2019 und 2020 auf 1,7 % belaufen wird, was den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Juni 2018 entspricht.

Was die monetäre Analyse betrifft, so verringerte sich das Wachstum der weit gefassten Geldmenge (M3) von 4,5 % im Juni auf 4,0 % im Juli 2018. Bei einer geringfügigen monatlichen Volatilität wird das Wachstum von M3 zunehmend durch die Vergabe von Bankkrediten unterstützt. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 hatte nach wie vor den größten Anteil am Wachstum der weit gefassten Geldmenge.

Die seit Anfang 2014 verzeichnete Erholung der Kreditvergabe an den privaten Sektor setzt sich fort. Die jährlichen Wachstumsraten der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und an private Haushalte blieben im Juli 2018 mit 4,1 % bzw. 3,0 % gegenüber dem Vormonat unverändert.

Die Transmission der seit Juni 2014 ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen wirkt sich nach wie vor deutlich positiv auf die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte, auf den Zugang insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen zu Finanzmitteln sowie auf die Kreditströme im gesamten Eurogebiet aus.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass für eine fortgesetzte nachhaltige Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht weiterhin eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist.

Andere Politikbereiche müssen entschlossener dazu beitragen, das längerfristige Wachstumspotenzial zu steigern und Schwachstellen abzubauen, damit unsere geldpolitischen Maßnahmen ihre volle Wirkung entfalten können. Die Umsetzung von Strukturreformen muss in den Euro-Ländern deutlich intensiviert werden, um die Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu verringern und die

Produktivität sowie das Wachstumspotenzial im Euroraum zu steigern. Was die Finanzpolitik betrifft, so ist angesichts des breit angelegten Wirtschaftswachstums eine erneute Aufstockung der Finanzpolster angezeigt. Besonders wichtig ist dies in Ländern mit hohen öffentlichen Schuldenständen, in denen eine vollständige Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts von entscheidender Bedeutung ist, um solide Haushaltspositionen sicherzustellen. Ebenso ist eine im Zeitverlauf und länderübergreifend transparente und einheitliche Umsetzung des finanz- und wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der EU nach wie vor unerlässlich, um die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft im Eurogebiet zu stärken. Die Verbesserung der Funktionsweise der Wirtschafts- und Währungsunion ist weiterhin eine Priorität. Der EZB-Rat drängt auf spezifische und entschlossene Schritte zur Vollendung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2017 und 2018

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen
13. September 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Nettoerwerb im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) von September bis Dezember 2018 auf einen Umfang von 15 Mrd € zu reduzieren. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten bestätigen, geht der EZB-Rat davon aus, dass die Nettoankäufe mit Ende Dezember 2018 beendet werden. Zudem hat heute die Arbeitsgruppe des privaten Sektors zu risikofreien Zinssätzen für das Euro-Währungsgebiet ESTER als neuen risikofreien Euro-Zinssatz empfohlen. Die Arbeitsgruppe spricht sich insbesondere dafür aus, den EONIA durch ESTER zu ersetzen. Grund hierfür ist, dass der EONIA in seiner jetzigen Form nicht länger den Kriterien der EU-Benchmark-Verordnung genügt und seine Verwendung daher ab dem 1. Januar 2020 eingeschränkt wird. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe ist für die Marktteilnehmer nicht rechtsverbindlich. Sie bietet allerdings eine Orientierungshilfe und bildet den Marktkonsens in Bezug auf den präferierten risikofreien Euro-Zinssatz ab, auf den die Marktteilnehmer nun beginnen können umzustellen.
26. Juli 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Weiters geht er davon aus, dass die EZB-Leitzinsen mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
28. Juni 2018	Die EZB wird ab Oktober 2019 einen neuen unbesicherten Geldmarktzinssatz für Übernachtkredite in Euro von Banken im Euroraum veröffentlichen, der komplementär zum EONIA zu verstehen ist. Der neue Zinssatz wird ESTER heißen und basiert auf der Aggregation von sämtlichen Einzeltransaktionen von 52 Meldebanken. Ab Sommer 2018 werden bereits pre-ESTER Daten veröffentlicht, damit der Markt das Verhalten dieses Zinssatzes kennenlernen kann und – sollte ESTER ein neuer Benchmarkzinssatz werden – ein nahtloser Übergang ermöglicht wird.
14. Juni 2018	Der EZB-Rat wird den Nettoerwerb von Vermögenswerten im Rahmen des APP im Umfang von monatlich 30 Mrd EUR bis Ende September 2018 fortsetzen. Sofern die neu verfügbaren Daten die mittelfristigen Inflationsaussichten des EZB-Rats bestätigen, wird der Nettoerwerb von Oktober bis Ende Dezember 2018 auf monatlich 15 Mrd EUR reduziert. Danach wird der Nettoerwerb enden. Die Reinvestition der abreifenden Papiere wird für längere Zeit nach Dezember 2018 und in jedem Fall so lange wie erforderlich fortgeführt. Die EZB-Leitzinsen werden unverändert beibehalten; sie werden mindestens über den Sommer 2019 und in jedem Fall so lange wie erforderlich auf ihrem aktuellen Niveau bleiben, um sicherzustellen, dass die Inflationsentwicklung weiterhin mit den derzeitigen Erwartungen eines nachhaltigen Anpassungspfads übereinstimmt.
26. April 2018	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,40 % zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
15. März 2018	Die EZB startet einen zweiten Konsultationsprozess zur Ausgestaltung des geplanten Referenzzinssatzes für den unbesicherten Euro-Übernachtgeldmarkt. Marktteilnehmer sowie alle anderen interessierten Parteien können ihre Meinung bezüglich der dem Zinssatz zugrunde liegenden Methodik sowie zu den wesentlichen operativen und technischen Parametern einbringen.

8. März 2018 25. Jänner 2018 14. Dezember 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,40 % zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
26. Oktober 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht weiterhin davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden. Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so wird der Erwerb im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) im Umfang von monatlich 60 Mrd € bis Ende Dezember 2017 fortgesetzt. Ab Jänner 2018 soll der Nettoerwerb von Vermögenswerten bis Ende September 2018 oder erforderlichenfalls darüber hinaus in einem monatlichen Umfang von 30 Mrd € erfolgen. Das Eurosystem wird die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere nach Abschluss des Nettoerwerbs von Vermögenswerten für längere Zeit und in jedem Fall so lange wie erforderlich bei Fälligkeit wieder anlegen. Die Hauptrefinanzierungsgeschäfte und die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit dreimonatiger Laufzeit werden so lange wie erforderlich, mindestens jedoch bis zum Ende der letzten Mindestreserve-Erfüllungsperiode des Jahres 2019 weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt. Schließlich gibt der EZB-Rat auch Details zur Reinvestition abreifender Wertpapiere im PSPP bekannt: Die Tilgungsbeträge werden flexibel und möglichst zeitnah wieder angelegt bzw. innerhalb der folgenden zwei Monate, wenn es die Marktsituation zulässt. Zudem erfolgt die Reinvestition im gleichen Land, aus dem das abreifende Wertpapier stammt.
21. September 2017	Die EZB gibt bekannt, dass sie einen Referenzzinssatz für den unbesicherten Euro-Übernachtgeldmarkt entwickeln will und diesen noch vor dem Jahr 2020 veröffentlichen wird. Dieser Zinssatz wird auf echten Transaktionsdaten in Euro basieren und wird das Set bereits bestehender Referenzzinssätze komplettieren.
7. September 2017, 20. Juli 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden.
13. Juni 2017	Die EZB passte im Lauf des ersten Halbjahres 2017 die Anteile ihrer Fremdwährungsreserven an und erhöhte ihre Investition in chinesische Renminbi (CNY) auf 500 Mio EUR. Insgesamt bestehen die Fremdwährungsreserven der EZB aus US-Dollar, japanischen Yen, chinesischen Renminbi, Gold sowie aus Sonderziehungsrechten des IWF.
8. Juni 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat verändert jedoch seine *forward guidance* und geht ab sofort davon aus, dass „die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf ihrem aktuellen Niveau bleiben werden“.
27. April und 9. März 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Der EZB-Rat geht weiterhin davon aus, dass die EZB-Leitzinsen für längere Zeit und weit über den Zeithorizont des Nettoerwerbs von Vermögenswerten hinaus auf dem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden.

19. Jänner 2017	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,40% zu belassen. Darüber hinaus legt er Einzelheiten für den Erwerb von Wertpapieren im Rahmen des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (PSPP) fest, wenn diese Ankäufe mit einer Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität erfolgen. Dabei gilt für alle Länder eine Bevorzugung von Vermögenswerten mit einer Rendite oberhalb des Einlagesatzes. Dies bedeutet, dass das Ankaufvolumen von Wertpapieren mit einer Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität von Land zu Land variieren kann. Zudem kann es zeitlichen Schwankungen unterliegen, in denen sich Veränderungen des Marktzinses in Relation zum Einlagesatz widerspiegeln. Im Rahmen des dritten Programms zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen (CBPP3), des Programms zum Ankauf von Asset-Backed Securities (ABSPP) und des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) werden keine Wertpapiere erworben, deren Rendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagefazilität liegt.
2. Jänner 2017	Das Verzeichnis der im Euro-Währungsgebiet ansässigen Emittenten mit Förderauftrag, die für das Programm zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors (Public Sector Purchase Programme – PSPP) zugelassen sind, wurde erweitert.

Quelle: EZB.

Kräftiges Wachstum bei Kundenkrediten hält an[7]

Das Kreditwachstum im inländischen Kundensegment[8] österreichischer Banken zeigte sich im Verlauf des Jahres 2018 weiterhin sehr robust. Mit einer bereinigten[9] Jahreswachstumsrate von 4,7% im August 2018 lag es deutlich über dem Vorjahreswert von 2,7%. Das Kreditwachstum im Euroraum insgesamt steigerte sich im Jahresverlauf ebenfalls deutlich und erreichte mit einer Jahreswachstumsrate von 3,8% den höchsten Wert seit März 2009. Es wurde insbesondere von den beiden großen Ländern Frankreich (+7,2%) und Deutschland (+4,5%) beeinflusst, deren Banken zusammen einen Anteil von 49% am aushaftenden Volumen von Kundenkrediten im Euroraum haben. Eine rückläufige Entwicklung bei Kundenkrediten verzeichneten hingegen die Niederlande (-1,8%), Griechenland (-1,6%) und Spanien (-0,8%). Das Kreditwachstum von Kundenkrediten wird sowohl in Österreich als auch im Euroraum fast ausschließlich von privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen beeinflusst, deren Anteil in Österreich bei 95% und im Euroraum bei 90% am aushaftenden Volumen von Kundenkrediten liegt.

Konstant positive Entwicklung bei Wohnbaukrediten

Das Kreditwachstum privater Haushalte lag in Österreich im August 2018 bei 3,6% und wurde weiterhin vor allem von Wohnbaukrediten beeinflusst, die sich mit einer Jahreswachstumsrate von 4,4% deutlich positiv entwickelten. Damit lag das Wachstum bei Wohnbaukrediten in Österreich seit November 2015 durchgehend über 4%. In diesem Zeitraum nahm auch der Anteil von Wohnbaukrediten am gesamten aushaftenden Kreditvolumen privater Haushalte von 64% auf 68% bzw. von 93,9 Mrd EUR auf 108,0 Mrd EUR zu. Das Wachstum von Konsumkrediten schwächte sich hingegen seit seinem Höchstwert von 1,9% im März 2018 immer weiter ab und war im August mit 0,4% nur noch geringfügig positiv. Mit einem Volumen von 18,4 Mrd. EUR machten Konsumkredite lediglich rund 11% der Bankkredite privater Haushalte in Österreich (159,4 Mrd EUR) aus. Das restliche Kreditvolumen privater Haushalte betraf sonstige Kredite, die im August 2018 mit einem Gesamtvolumen von 33,0 Mrd EUR rund 21% am gesamten Kreditvolumen privater Haushalte ausmachten und sich im Jahresverlauf um 3,0% erhöhten. Zu den sonstigen Krediten zählen mit einem Anteil von 70% insbesondere Kredite an selbständig Erwerbstätige, welche diese für Geschäftszwecke aufnehmen.

Im gesamten Euroraum betrug die Jahreswachstumsrate privater Haushalte im August 2018 3,1%. Neben Wohnbaukrediten (3,2%) leisteten im Euroraum auch Konsumkredite (7,2%) einen positiven Beitrag zum Kreditwachstum, während sonstige Kredite mit -0,8% geringfügig rückläufig waren. Bei Betrachtung der einzelnen Euroraum-Länder waren es vor allem Frankreich (5,6%) und Deutschland (3,7%), die das Kreditwachstum privater Haushalte im Euroraum positiv beeinflussten. Sowohl bei Konsum- als auch bei Wohnbaukrediten war die Entwicklung in Frankreich (6,3% bzw. 5,7%) dynamischer als in Deutschland (5,2% bzw. 4,4%).

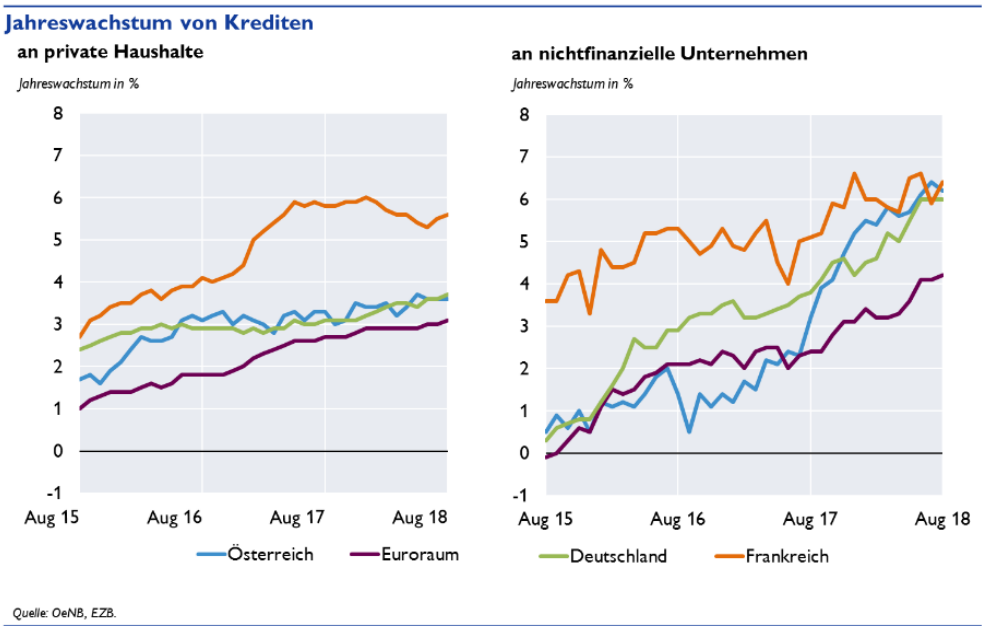
---

[7] Autor: Martin Bartmann (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

[8] Ausgenommen Zwischenbankgeschäfte und Kredite gegenüber dem Staatssektor.

[9] Bereinigt um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und statistische Reklassifikationen.

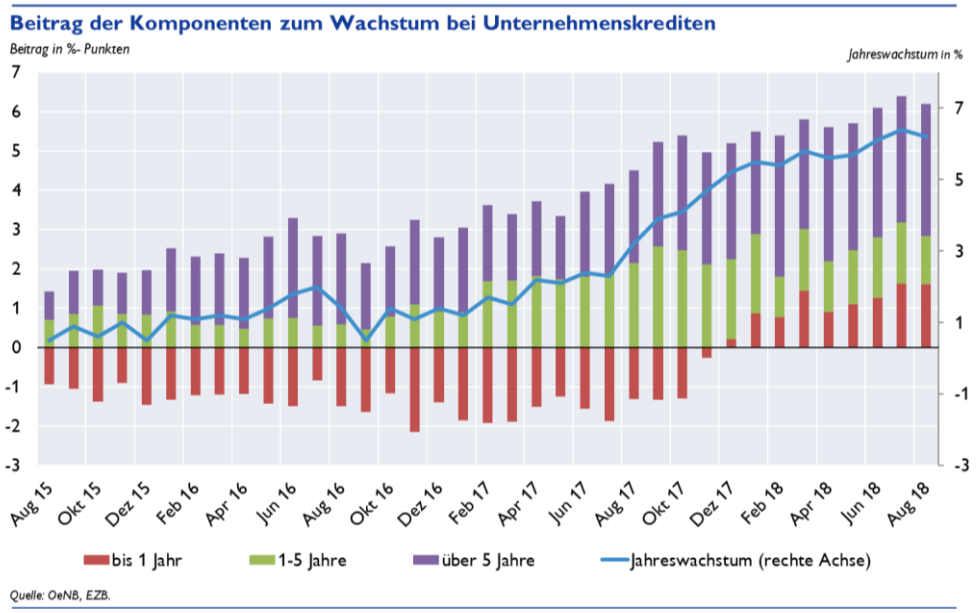
Grafik 1



Verstärkte Dynamik bei Unternehmenskrediten

Das Kreditwachstum inländischer Unternehmen erreichte im August 2018 in Österreich 6,2% und lag damit um 3%-Punkte über dem Vorjahreswert. Wie Grafik 2 zeigt, leistet bei den Unternehmenskrediten jede Laufzeitenkategorie einen positiven Beitrag zum Jahreswachstum. Vor allem kurzfristige Kredite mit einer Laufzeit bis ein Jahr, die im Vorjahr noch mit -7,0% abgebaut wurden, erhöhten sich im August 2018 mit einer Wachstumsrate von 9,1% deutlich. Insbesondere kurzfristig revolvierende Kredite haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Langfristige Kredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren – die mit einem Anteil von 63% das Gros der Unternehmenskredite ausmachen – stiegen seit Oktober 2014 kontinuierlich an und wiesen im August 2018 ein Jahreswachstum von 5,3% auf.

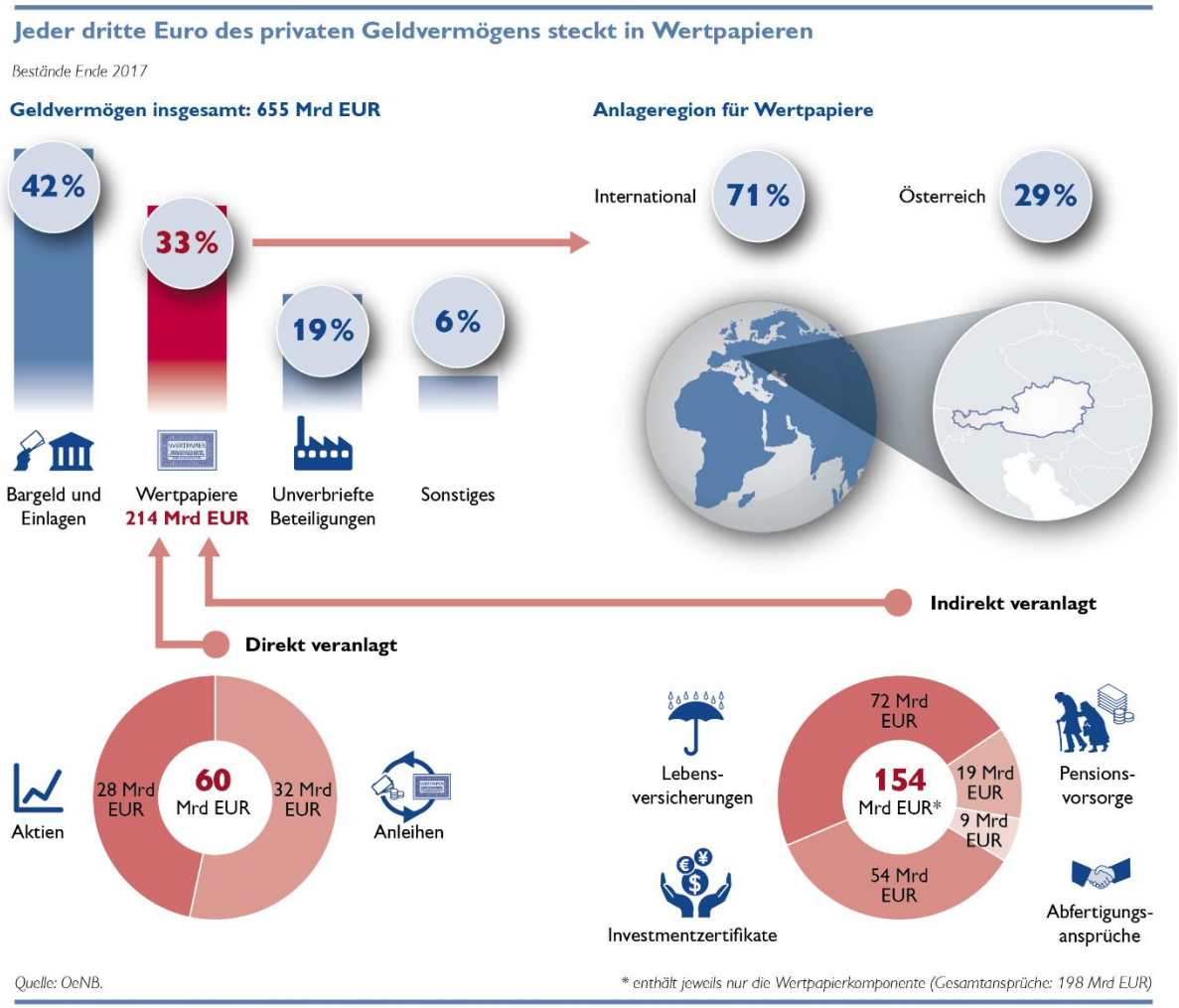
Grafik 2



Auch im Euroraum insgesamt nahm die Dynamik beim Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen im Jahresverlauf deutlich zu. So lag das Jahreswachstum von Unternehmenskrediten im Euroraum im August 2017 noch bei 2,4% und stieg im weiteren Verlauf auf 4,2% im August 2018 an, was den höchsten Wert seit Mai 2009 bedeutete. Bei Betrachtung der Einzelländer waren es abermals Frankreich und Deutschland, die mit Jahreswachstumsraten von 6,4% bzw. 6,0% über dem Euroraum-Durchschnitt lagen und eine ähnliche Dynamik wie Österreich aufwiesen. Auffallend war, dass ausschließlich griechische Banken eine rückläufige Entwicklung beim Volumen an Unternehmenskrediten (-0,8%) aufwiesen.

Jeder dritte Euro des privaten Geldvermögens steckt in Wertpapieren[10]

Private Haushalte waren 2017 in Österreich mit einem Drittel ihres Geldvermögens in Wertpapieren veranlagt. Darin enthalten ist neben direkten, selbst getätigten Wertpapierinvestitionen auch die indirekte Veranlagung mittels Investmentfonds, Versicherungen sowie Pensions- und Mitarbeitervorsorgekassen. Mehr als 70 % dieses Vermögens entfällt infolge des internationalen Anlagefokus dieser institutionellen Investoren auf ausländische Wertpapiere. Der Anteil festverzinslicher Titel beträgt zwei Drittel des gesamten Wertpapiervermögens. Einlagen – überwiegend mit täglicher Fälligkeit – bleiben weiterhin die mit Abstand wichtigste Anlageform privater Haushalte.



Mittels eigener Veranlagung wurden Ende 2017 nur 60 Mrd EUR oder 9 % des gesamten Geldvermögens in Form von Aktien und Anleihen gehalten (siehe Grafik). Der Blick durch die Portfolios institutioneller Anleger wie Investmentfonds, Versicherungen sowie Pensions- und Mitarbeitervorsorgekassen zeigt jedoch, dass dem Wertpapierbesitz der privaten Haushalte über diesen indirekten Weg weitere 154 Mrd EUR oder 24 % des Geldvermögens zuzurechnen sind.

[10] Autor: Matthias Fuchs (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

Unter Berücksichtigung des indirekten Wertpapierbesitzes steigt die Bedeutung von Anleihen deutlich. Mit 139 Mrd EUR erreicht sie einen Anteil von zwei Drittel am gesamten Wertpapiervermögen, das sich Ende 2017 auf 214 Mrd EUR belief. Das direkt veranlagte Wertpapiervermögen entfällt hingegen nur etwa zur Hälfte (32 Mrd EUR) auf verzinsliche Papiere. Gleichzeitig verlagert sich der Regionalschwerpunkt deutlich ins Ausland: Die Österreicherinnen und Österreicher veranlagen auf direktem Weg nur rund ein Drittel in ausländische Wertpapiere. Unter Hinzunahme des internationalen Wertpapiersegments sind 71% im Ausland investiert, dies deshalb, weil institutionelle Investoren infolge größerer Anlagevolumina sowie der häufig strikten Diversifizierungsvorgaben vermehrt auf internationale Anlagemöglichkeiten angewiesen sind.

Spezielle Kurzanalysen

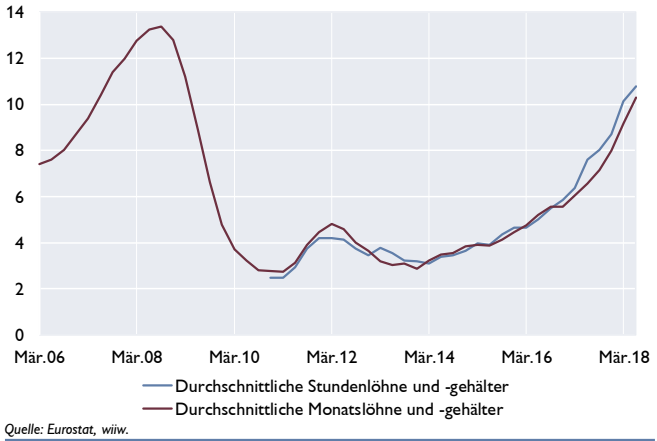
Weitgehend stabile Inflation in CESEE trotz deutlicher Lohnzuwächse[11]

Starke wirtschaftliche Dynamik führt zu einer deutlichen Beschleunigung des Lohnwachstums

Trotz einer gewissen Abschwächung wuchs die Wirtschaft in den CESEE EU-Mitgliedstaaten[12] auch im ersten Halbjahr 2018 stark, womit die Hochkonjunktur weiter anhielt. Die wichtigste Stütze des Wachstums war dabei der private Konsum, der von positiven Arbeitsmarktentwicklungen profitierte. Arbeitslosenquoten auf historischen Tiefstständen und eine deutlich steigende Beschäftigung führten zu zunehmenden Verknappungserscheinungen auf den Arbeitsmärkten,[13] was sich unter anderem in einem starken Lohnwachstum niederschlug. So nahmen etwa die nominellen monatlichen Bruttolöhne und -gehälter im zweiten Quartal 2018 im regionalen Durchschnitt um rund 10% zu. Neben der starken Konjunktur waren dafür in einigen Ländern auch die Erhöhung von Mindestlöhnen und von Löhnen im öffentlichen Sektor verantwortlich. Gleichzeitig konnte das Produktivitätswachstum nicht mit der dynamischen Lohnentwicklung mithalten, wodurch die Lohnstückkosten deutlich zunahmen. Das derzeitige Lohnwachstum stellt somit ein potentielles Risiko für die Preisstabilität in der Region dar.

Nominelle Bruttolöhne und -gehälter in CESEE

Veränderung zum Vorjahr in %, gleitender Durchschnitt über die letzten vier Quartale



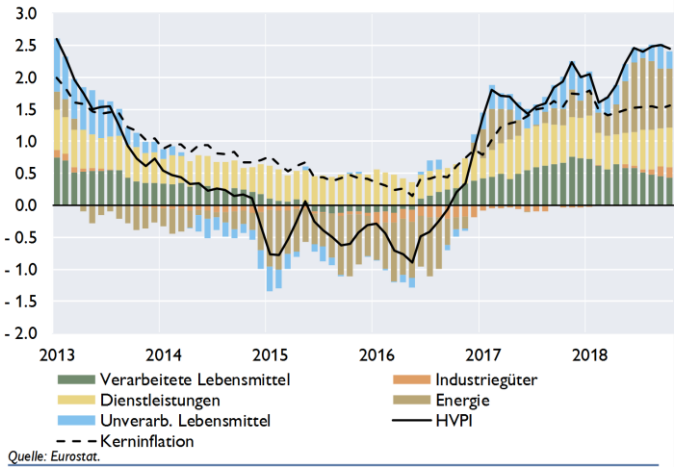
Quelle: Eurostat, wiiw.

Moderat steigende gesamtwirtschaftliche Inflationsraten bei weitgehend konstanter Kerninflation

Bis jetzt reagierten die Verbraucherpreise aber nur äußerst verhalten auf den zunehmenden Lohndruck. Nach der Überwindung der deflationären Periode Mitte 2016 bewegt sich die durchschnittliche Inflationsrate in der Region seit Anfang 2017 zwischen 1,5% und 2,5%. Die zuletzt zu beobachtende Aufwärtstendenz ist vor allem der Energiekomponente im HVPI geschuldet, welche den Anstieg der Rohölpreise in den internationalen

Inflationsentwicklung in CESEE

in Prozentpunkten, HVPI und Kerninflation in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

[11] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

[12] Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn.

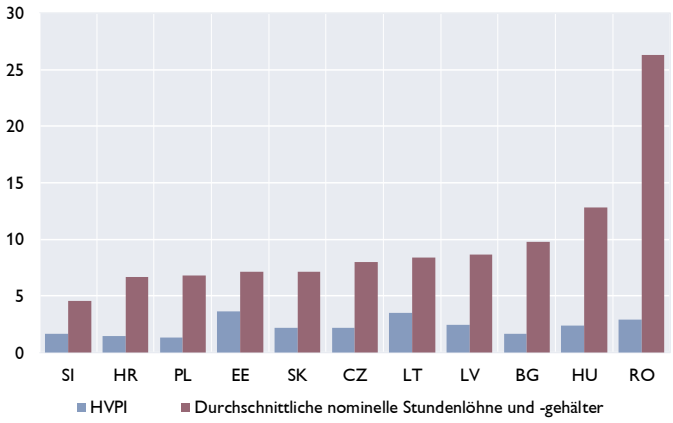
[13] So nannten im Rahmen der Consumer and Business Survey der Europäischen Kommission über 40% der befragten Unternehmen mangelnde Arbeitskraft als einen die Produktion behindernden Faktor.

Märkten widerspiegelt. Die Kerninflationsrate (HVPI bereinigt um unverarbeitete Lebensmittel und Energie) lag im September 2018 sogar leicht unter dem Wert von Dezember 2017 und beträgt seither etwa 1,5%.

Auf Länderebene zeigt sich, dass der Unterschied zwischen der Inflationsrate und dem Lohnwachstum in Rumänien besonders hoch war. Im Durchschnitt über die vier Quartale bis zum zweiten Quartal 2018 (letztverfügbarer Wert) unterschieden sich die beiden Indikatoren um knapp 24 Prozentpunkte. Verantwortlich dafür war das rapide Wachstum der nominellen Stundenlöhne und -gehälter, welches unter anderem von höheren Mindestlöhnen und Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor getrieben wurde. Der Unterschied zwischen Inflations- und Lohnentwicklung in den restlichen Ländern der Region war deutlich weniger stark ausgeprägt, allerdings trotzdem substanziell.

Inflation und nominelles Lohnwachstum in CESEE

Durchschnitt über die letzten vier Quartale bis zum zweiten Quartal 2018, % gegenüber Vorjahr

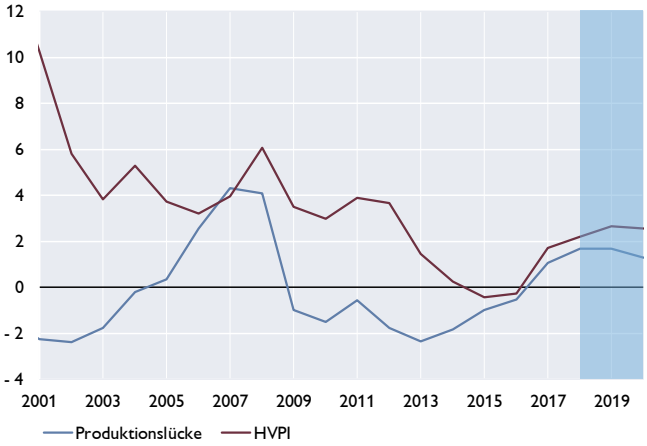


Quelle: Eurostat.

Das derzeitige starke Lohnwachstum könnte als Phänomen eines langfristigen wirtschaftlichen Aufholprozesses interpretiert werden. Die durchschnittliche Lohnquote in den CESEE EU-Mitgliedstaaten sank im Verlauf der Krise auf knapp unter 48% im Jahr 2015 (ihren Höchststand erreichte die Lohnquote in den Jahren unmittelbar vor dem EU-Beitritt, als sie im Durchschnitt bei rund 55% lag). Seit drei Jahren ist wieder ein Anstieg zu beobachten. Bei etwa 50% bleibt sie aber weiterhin deutlich hinter der durchschnittlichen Lohnquote für den Euroraum (55,5% in 2018) zurück. Generell kann man sagen, dass die durchschnittlichen Erwerbseinkommen in CESEE zu Beginn der Transformation sehr niedrig waren und im Jahr 1995 nur rund 14% des Durchschnitts im Euroraum betrugen. Trotz einer gewissen Konvergenz sind die Erwerbseinkommen in CESEE auch heute noch um rund zwei Drittel niedriger als im Euroraum. Gleichzeitig verlief die Preisentwicklung wesentlich dynamischer. Während sich die Preise seit den späten 1990er Jahren in CESEE in etwa verdoppelten, nahmen sie im Euroraum nur um etwa 40% zu.

Produktionslücke und HVPI in CESEE

in %



Quelle: AMECO.

Die derzeit beobachtbare positive Produktionslücke[14] im Durchschnitt der CESEE-Länder sollte eigentlich einen stärkeren Preisdruck signalisieren (wenngleich anzumerken ist, dass Schätzungen der Produktionslücke mit einer erheblichen Unsicherheit behaftet sind). Es stellt sich daher die Frage, warum die Inflationsdynamik vergleichsweise schwach bleibt.

[14] Die Produktionslücke zeigt den Unterschied zwischen dem Potenzialwachstum und realisiertem Wachstum.

Erklärungsansätze für den schwachen Zusammenhang zwischen Lohnwachstum und Inflation

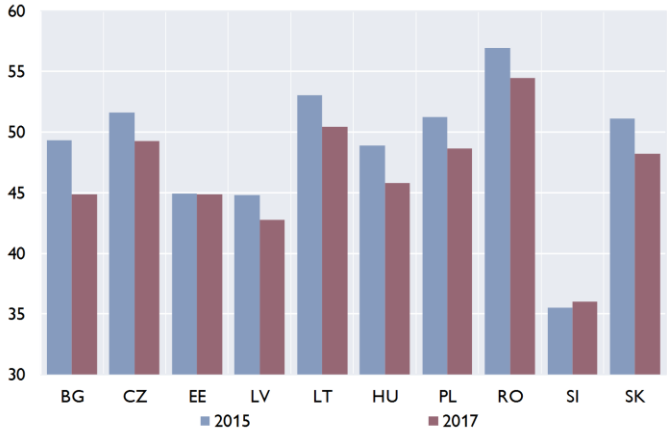
Mehrere Punkte können zu einem besseren Verständnis des schwachen Zusammenhangs zwischen Inflation und Lohnwachstum beitragen.

- Ein zunehmender Teil der durch Lohnerhöhungen neu geschaffenen Kaufkraft scheint ins Ausland abgeflossen zu sein und hat somit im Inland nicht preistreibend gewirkt. Der aggregierte Überschuss in der Güter- und Dienstleistungsbilanz der Region sank von 4,2% des BIP Ende 2016 auf 3,5% des BIP Mitte 2018. Während das aggregierte Importwachstum etwas abnahm, entwickelten sich vor allem die Importe von Konsumgütern weiterhin dynamisch.

- Die zunehmende Konkurrenz für heimische Produkte durch Importe dürfte auch dazu beigetragen haben, dass die Unternehmen ihre steigenden Lohnstückkosten nicht vollständig in ihre Verkaufspreise überwälzen konnten. Das spiegelt sich auch darin wider, dass die Gewinnquote[15] osteuropäischer Unternehmen in den letzten zwei Jahren teils deutlich abgenommen hat. Während sie 2015 im gewichteten Durchschnitt noch bei 49,2% lag, sank dieser Wert im Jahr 2017 auf 46,7%. Besonders deutlich fiel der Rückgang in Bulgarien aus (–4,5 Prozentpunkte), einem Land mit besonders hohen Lohnzuwächsen.

Gewinnquoten in CESEE

in %

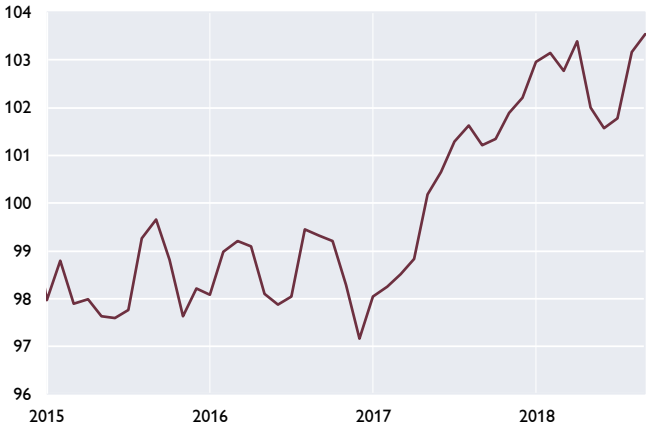


Anmerkung: Daten für BG, PL und RO beziehen sich auf 2016. Daten sind nicht für alle Länder verfügbar.
Quelle: Eurostat.

- Die Währungen der CESEE Region haben seit Ende 2016 relativ deutlich aufgewertet. Im September 2018 lag der Index für den durchschnittlichen nominal effektiven Wechselkurs in den CESEE EU-Mitgliedstaaten um rund 7% über seinem Wert von Dezember 2016. Darin spiegelt sich einerseits ein stärkerer polnischer Zloty und eine Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar in dieser Periode wider. Andererseits gewann die tschechische Koruna nach Aufgabe der Wechselkursuntergrenze gegenüber dem Euro im Frühjahr 2017 deutlich an Wert. Die stärkeren Wechselkurse führten sowohl zu einem Mengen- als auch zu einem Preiseffekt bei eingeführten Waren. Beides wirkte dämpfend auf die heimische Inflation.

Nominal effektiver Wechselkurs in CESEE

Index, Anstieg = Aufwertung



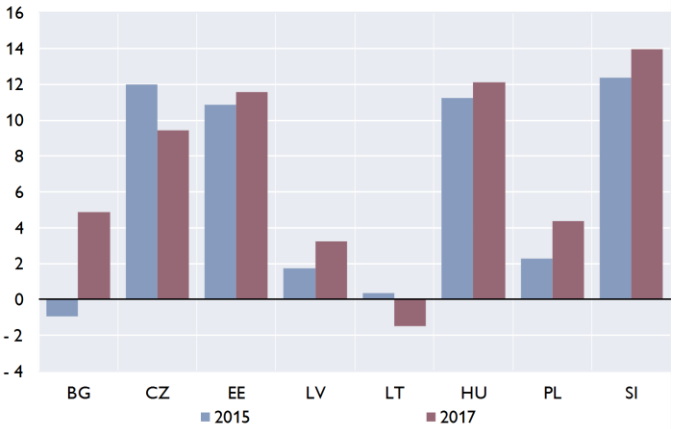
Quelle: Eurostat.

[15] Bruttobetriebsüberschuss in Relation zur Bruttowertschöpfung

- In mehreren Ländern war zuletzt nach einem krisenbedingten Rückgang wieder ein Anstieg bei den Sparquoten der Haushalte zu beobachten. Dadurch wurde ein weiterer Teil des neu verfügbaren Einkommens nicht nachfrage-wirksam. Besonders deutlich fiel diese Entwicklung abermals in Bulgarien aus, wo die Sparquote der Haushalte von –0,9% im Jahr 2015 auf 4,9% im Jahr 2016 zunahm (Werte für 2017 sind noch nicht verfügbar). Gleichzeitig gilt es festzuhalten, dass die Sparquoten in mehreren CESEE EU-Mitgliedstaaten immer noch deutlich unter dem Durchschnitt für den Euroraum liegen (11,9% in 2017).

Sparquoten in CESEE

in %

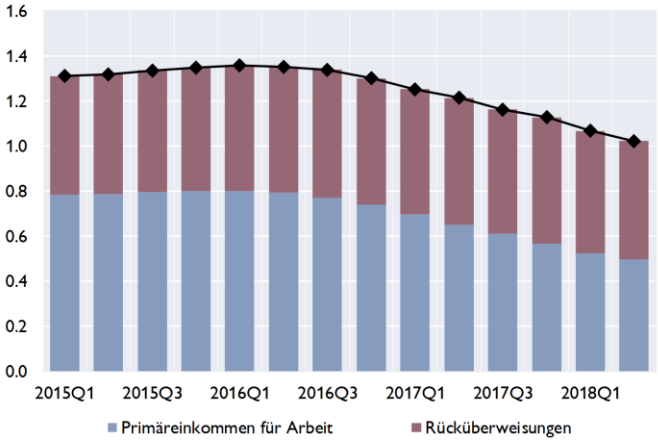


Anmerkung: Daten für BG und PL beziehen sich auf 2016. Daten sind nicht für alle Länder verfügbar.
Quelle: Eurostat.

- Eine genauere Betrachtung der Leistungsbilanz zeigt, dass Einkommenszuflüsse aus dem Ausland in der Form von Primäreinkommen für Arbeit bzw. Rücküberweisungen (Remittances) seit Anfang 2016 zurückgegangen sind. Ein Teil des Einkommens-anstiegs in CESEE wurde also durch geringere Nettoüberweisungen aus dem Ausland kompensiert, wodurch der Nachfragedruck etwas gemildert wurde. Nettozuflüsse aus den beiden oben genannten Positionen sanken von 1,4% des BIP der CESEE-Region im ersten Quartal 2016 auf 1% des BIP im zweiten Quartal 2018. Diese Entwicklung wurde vor allem von den Primäreinkommen getrieben, wobei sowohl niedrigere Zuflüsse aus dem Ausland als auch höhere Abflüsse an das Ausland zu beobachten waren. Auf Länderebene waren dabei vor allem die Entwicklungen in Polen und Ungarn signifikant. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass es vor allem in diesen beiden Ländern zu einer Rückkehr von früher im Ausland beschäftigten Personen gekommen ist. Eine solche könnte sowohl vom dynamischen Lohnwachstum als auch von einer Änderung der Rahmenbedingungen für Migration (Stichwort Brexit) getrieben worden sein. Tatsächlich verzeichneten sowohl Polen als auch Ungarn im Jahr 2017 eine Nettozuwanderung. Im Fall von Polen wurde diese Entwicklung allerdings nicht nur von der Rückkehr von Auswanderern getrieben. Das Land hat in den letzten beiden Jahren auch vermehrt Migration aus der Ukraine angezogen. Laut polnischer Notenbank befanden sich 2017 rund eine Million ausländischer Arbeitskräfte in Polen, davon rund 87% Ukrainer. Die Rücküberweisungen ukrainischer Arbeitskräfte aus Polen stiegen laut ukrainischer Notenbank von rund 1,8 Mrd EUR im Jahr 2016 auf rund 2,8 Mrd EUR im Jahr 2017. Im ersten Halbjahr 2018 beliefen sich die Rücküberweisungen bereits auf 1,6 Mrd EUR. Ein deutlicher Anstieg solcher Zahlungen war

Einkommenszuflüsse über die Leistungsbilanz in CESEE

% des BIP, gleitende Summe über die letzten vier Quartale



Quelle: IWF.

zuletzt auch in der Tschechischen Republik zu beobachten (von etwa 100 Mio EUR im Jahr 2017 auf rund 340 Mio Euro im ersten Halbjahr 2018).

Während es also keine einzelne globale Erklärung für den fehlenden Inflationsdruck vor dem Hintergrund des starken Lohnwachstums gibt, existieren es mehrere Mosaiksteine, die zu einem besseren Verständnis beitragen können. Ein Teil der zusätzlich erwirtschafteten verfügbaren Einkommen wurde nie in der Binnenwirtschaft nachfragewirksam, wofür eine Verschlechterung der Leistungsbilanzen, höhere Sparquoten und in einigen Ländern auch steigende Rücküberweisungen von Migranten sprechen. Gleichzeitig wirkten eine Aufwertung der regionalen Währungen sowie niedrigere Nettoeinkommenstransfers aus dem Ausland inflationsdämpfend. Zuletzt dürften auch die Unternehmen einen Teil der gestiegenen Lohnstückkosten durch niedrigere Gewinnquoten kompensiert haben.

Den Euro als internationale Währung stärken: eine Initiative der Europäischen Kommission[16]

In seiner Rede zur „Lage der Union" vom 12.9.2018 hat EU Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker Vorschläge zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro angekündigt, verstanden als Beitrag zur Stärkung der Europäischen Souveränität.

Zu den Merkmalen einer internationalen Währung zählen die Nutzung als Recheneinheit, Zahlungsmittel, und Wertaufbewahrungsmittel durch den öffentlichen und den privaten Sektor außerhalb des Währungsgebiets.

Laut EZB Monitoring entspricht die derzeitige Stellung des Euro gemäß diesen Merkmalen einem „Marktanteil" von 21% an den wichtigsten internationalen Finanzinstrumenten.

Als Determinanten für eine internationale Rolle aus Nutzersicht dominieren Stabilitätsvertrauen, Liquidität und Größe des Netzwerks. Aus Ausgebersicht können Fördermaßnahmen ergriffen werden.

Ausgeber einer internationalen Währung zu sein, kann Vor- und Nachteile bringen: Mehr Handlungsspielraum, aber auch mögliche Zielkonflikte und Risiken.

Juncker-Initiative

In seiner Rede zur „Lage der Union" vom 12.9.2018 hat EU Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker Vorschläge zur Stärkung der internationalen Rolle des Euro angekündigt, verstanden als Beitrag zur Stärkung der Europäischen Souveränität.[17]

Dies steht zum einen im Kontext aktueller weltpolitischer Auseinandersetzungen, in denen die Stellung des Dollar als Weltwährung und die starke Marktposition von US-Firmen im Finanzsektor als Machtfaktor betrachtet werden. Zum anderen kann eine international erfolgreiche Währung auch als symbolisches Identifikationsobjekt betrachtet werden, das der Europäischen Bevölkerung einen greifbaren Bezug zum Europäischen Integrationsprojekt vermittelt.

Das Eurosystem und die EU insgesamt haben bis dato eine neutrale Haltung gegenüber der internationalen Rolle des Euro vertreten.

Die EZB veröffentlicht einen jährlichen Bericht zur internationalen Rolle des Euro.[18] Die OeNB hat mit Umfragen zur Nutzung des Euro in Zentral-, Ost- und Südosteuropa zur empirischen Forschung und internationalen Gremienarbeit beigetragen.[19]

---

[16] Autor: Beat Weber (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und internationale Finanzorganisationen).

[17] Jean-Claude Juncker (2018): Lage der Union 2018: Die Stunde der europäischen Souveränität, https://ec.europa.eu/commission/news/state-union-2018-hour-european-sovereignty-2018-sep-12_de

[18] ECB (2018): Report on the International Role of the Euro 2018, https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/ire/ecb.ire201806.en.pdf

[19] https://www.oenb.at/Geldpolitik/Erhebungen/OeNB-Euro-Survey.html;

Derzeitige Stellung des Euro im internationalen Währungssystem

In der ökonomischen Debatte wird die Rolle einer Internationalen Währung in der Regel an den drei Geldfunktionen (Recheneinheit, Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel) festgemacht und nach deren Nutzung im privaten und öffentlichen Sektor differenziert.

Laut EZB-Berechnungen hat der Euro derzeit einen Anteil von rund 21% im internationalen Währungswesen (Höchstwert 2008: 26%).[20]

	Nutzung im Privatsektor	Nutzung im Öffentlichen Sektor
Recheneinheit	Währung, in der Preise von kommerziellen Transaktionen und Verträgen im Verkehr mit Drittstaaten festgelegt werden (v.a. Außenhandel von Gütern und Dienstleistungen, grenzüberschreitende Kredite)	Anker für Wechselkurs-Pegs (Kursbindungen) durch Währungsbehörden in Drittstaaten
Zahlungsmittel	Zahlung internationaler Transaktionen im Verkehr mit Drittstaaten	Mittel für Interventionen am Devisenmarkt durch Währungsbehörden in Drittstaaten
Wertauf-bewahrungs-mittel	Private Veranlagung in bar oder Schuldverschreibungen außerhalb des Währungsgebiets	Reservewährung-Haltung durch Währungsbehörden in Drittstaaten

Was macht eine internationale Währung aus?

Aus der Perspektive von Nutzern außerhalb des Währungsgebietes können Stabilitätsvertrauen, Liquidität und Größe des Transaktions-Netzwerks als zentrale wirtschaftliche Qualitätsmerkmale einer internationalen Währung betrachtet werden. Stabilitätsvertrauen bezieht sich auf die Aussichten, dass eine Währung in absehbarer Zukunft keine überraschenden Abweichungen von einem stabilen Pfad der Kaufkraft-Entwicklung aufweisen wird. Liquidität bedeutet Verfügbarkeit und Nutzung zu niedrigen Kosten und Risiken. Die Größe des Transaktions-Netzwerks ist wichtig, weil die Nutzungsmöglichkeit und damit die Attraktivität einer Währung für jeden einzelnen (neuen) Teilnehmer umso größer ist, je größer das bestehende Netzwerk der Nutzer bereits ist.[21]

Wenn darüber nachgedacht wird, die Erhöhung des internationalen Status der eigenen Währung zum politischen Projekt zu machen, stellt sich die Frage, ob und wie der öffentliche Sektor mit politischen Maßnahmen die Zugänglichkeit und Attraktivität der Währung für Externe und deren Nutzung fördern kann.

[20] Siehe oben zitierten EZB Report, Seite 4. Dieser Anteil bezieht sich auf einen Index, der die in der Tabelle genannten sechs Währungsnutzungs-Dimensionen gewichtet aggregiert. Es handelt sich um den einfachen arithmetischen Durchschnitt der Anteile des Euro am Bestand internationaler Anleihen, grenzüberschreitender Kredite, grenzüberschreitender Einlagen, Fremdwährungs-Abwicklungen, globalen Fremdwährungsreserven sowie Währungsregimen.

[21] Hyoung-Kyu Chey (2013): The Concepts, Consequences, and Determinants of Currency Internationalization, GRIPS Discussion Paper 13-03, http://www.grips.ac.jp/r-center/wp-content/uploads/13-03.pdf ; Benjamin Cohen (2006): The Future of Money, Princeton; Agnès Bénassy-Quéré (2015): The Euro as an International Currency, G-Mond Working Paper 41, https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-01144371/document

Um die internationale Stellung einer Währung zu stärken, kommen für politische Akteure eine Reihe von potenziellen Aktivitätsfeldern in Betracht:

- Die Öffnung des Kapitalverkehrs mit Drittstaaten erhöht die Zugänglichkeit für Nutzer außerhalb des Währungsgebiets. In der EU ist der Kapitalverkehr intern und extern weitgehend liberalisiert.[22]
- Die Förderung eines großen, attraktiven Kapitalmarkts erhöht das Angebot in heimischer Währung für externe Geschäftspartner. Die von der EU in den letzten Jahren ergriffenen Initiativen zur Vertiefung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion könnten dazu etwas beitragen.
- Mit Größe und Offenheit eines Finanzsektors wachsen auch Stabilitätsrisiken. Ein Rahmen für Regulierung und Aufsicht, der Marktentfaltung, Rechtssicherheit und Stabilität ermöglicht, ist im Hinblick auf die Krisenresistenz ein wichtiges Element für die Marktentwicklung.
- Darüber hinaus ist die Verfügbarkeit von Instrumenten zur Krisenbekämpfung relevant. Dazu zählen unter anderem die Verfügbarkeit von fiskalischem Spielraum bzw. eigens für Krisenintervention gewidmeten Fazilitäten, institutioneller Spielraum und Bereitschaft der Zentralbank zur Krisenintervention, wechselseitige Zugangsgewährung zu Interventionsmitteln über Swap-Abkommen mit anderen Notenbanken, und Zugang zu internationalen Finanzhilfen. Viele der damit verbundenen Fragen waren und sind im Zuge der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion in den letzten Jahren Gegenstand von Debatten im Euroraum.
- Schließlich ist die Rolle einer Währung im internationalen Markt auch mit dem Standort und Entscheidungen von Marktinfrastrukturen für grenzüberschreitende Geschäfte verbunden, darunter Clearinghäuser, market maker, Börsen, Betreiber von Zahlungssystemen, Instanzen für Lösung von Rechtsstreitigkeiten, Bargeld-Logistik und ähnliches. Marktmacht, Regulierungsautorität, und Außenpolitik eines Währungsraums sind Faktoren, die auf Standorte und Entscheidungen solcher Infrastrukturen einen gewissen potenziellen Einfluss ausüben. Insbesondere die Stärkung der einheitlichen Außenvertretung des Euroraums ist derzeit wieder Gegenstand von Bemühungen der Europäischen Kommission.

Vor- und Nachteile einer internationalen Währung aus Ausgebersicht

Eine Internationalisierung der eigenen Währung kann sowohl Vor- als auch Nachteile bringen.[23] Gestiegener Macht und ökonomischem Nutzen stehen erhöhte Verpflichtungen und Risiken gegenüber, deren Balance für einzelne Akteursgruppen im Währungsraum und in unterschiedlichen Situationen unterschiedlich ausgeprägt sein kann.

Die Internationalisierung der eigenen Währung kann im Privatsektor folgenden Nutzen stiften:

- Zusatzgeschäft für den heimischen Finanzsektor,
- zusätzliches Kapital für die heimische Wirtschaft,
- geringere Finanzierungskosten sowie
- geringeres Wechselkursrisiko für heimische Akteure bei grenzüberschreitendem Handel und Auslandsveranlagung.

Dem öffentlichen Sektor kann eine internationale Währung

[22] Ausnahmen stellen Griechenland und Zypern dar, wo in den vergangenen Jahren Beschränkungen des Kapitalverkehrs zur Stabilisierung des Finanzsektors erlassen wurden.

[23] Paul De Grauwe (2012): Economics of monetary union, Oxford; sowie die oben zitierte Literatur.

- erhöhte Seigniorage-Einkünfte,
- höhere wirtschaftspolitische Autonomie,
- mehr Spielraum für die Staatsverschuldung und
- größere internationale Verhandlungsmacht (insbesondere im internationalen Finanzsystem)

verschaffen.

Diesen potenziellen Nutzen stehen potenzielle Kosten gegenüber. Verstärkte Auslandshaltung heimischer Währung erhöht den Einfluss externer Akteure, durch Ausübung der mit dem Besitz verbundenen Rechte Einfluss bzw. Druck auszuüben (z.B. durch Abbau von Beständen den Wechselkurs, die Preisstabilität und die Finanzmarktstabilität zu beeinflussen bzw. bei Preisverfall Druck auf Krisenhilfe zu machen; durch Stimmrechte Unternehmensentscheidungen zu beeinflussen etc.) und kann damit die Autonomie des Währungsraums beschränken sowie Verteilungseffekte innerhalb des Währungsraums zeitigen bzw. wirtschaftspolitische Zielkonflikte verstärken.

Vorschläge der Europäischen Kommission zum verbesserten Vorgehen gegen Geldwäsche[24]

Am 12. September 2018 erklärte Kommissionspräsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Nation, dass seitens der Europäischen Union neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Geldwäsche erforderlich sind.

Am selben Tag veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zur Stärkung des Unionsrahmens für die Finanzaufsicht und die Beaufsichtigung der Geldwäschebekämpfung bei Finanzinstituten sowie einen Legislativvorschlag zur Überarbeitung der europäischen Aufsichtsstruktur (ESFS Review), welcher eine Änderung der Verordnung über die Europäische Bankenaufsicht (EBA) enthält. Damit soll die EBA als Aufsichtsbehörde zur Geldwäschebekämpfung etabliert und mit den notwendigen Instrumenten und Ressourcen ausgestattet werden.

Ob der Gesetzgebungsvorschlag noch im laufenden Mandat des Europäischen Parlaments (bis Mai 2019) abgeschlossen werden kann, ist ungewiss.

1. Hintergrund

Die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ist eine Priorität der Juncker-Kommission und fester Bestandteil der mit der Banken- und Kapitalmarktunion verfolgten Agenda zur Risikobegrenzung. Die Vierte und die Fünfte Geldwäscherichtlinie[25], die seit Juni 2017 bzw. dem 9.Juli 2018 in Kraft sind, haben den EU-Rechtsrahmen erheblich gestärkt und enthalten auch Bestimmungen über die Zusammenarbeit zwischen den für die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zuständigen Aufsichtsbehörden und anderen Aufsichtsbehörden.

Trotz des gestärkten Rechtsrahmens haben in der jüngeren Vergangenheit mehrere Fälle von Geldwäsche in europäischen Banken Anlass zu Bedenken hinsichtlich möglicher Schwachstellen und Lücken bei der Umsetzung des Rechtsrahmens durch das EU-Netz von Aufsichtsbehörden gegeben. Dies betrifft die folgenden Aspekte: verzögerte/unzureichende Aufsichtsmaßnahmen zur Behebung von Schwachstellen, die das Risikomanagement der Finanzinstitute in Bezug auf die Bekämpfung von Geldwäsche aufweist; Mängel bei der Zusammenarbeit und dem Informationsaustausch zwischen den Aufsichtsbehörden und den für die Überwachung der Geldwäsche zuständigen Behörden in den einzelnen Mitgliedstaaten und zwischen den Behörden in verschiedenen Mitgliedstaaten sowie das Fehlen gemeinsamer Regelungen für die Zusammenarbeit mit Drittländern bezüglich der Beaufsichtigung von Finanzinstituten in Bezug auf die Geldwäsche.

Diese Bedenken wurden vom Rat, von den Finanzministern und zuletzt vom Vorsitzenden der Eurogruppe, Mario Centeno, in seinem Schreiben vom 25.Juni 2018 an den Präsidenten des Europäischen Rates, Donald Tusk, aufgegriffen. Auch in der französisch-deutschen Erklärung von

[24] Autorin: Alexandra Bernhard (Repräsentanz Brüssel)

[25] Diese ist bis Januar 2020 in nationales Recht umzusetzen.

Meseberg[26] vom 19.Juni 2018 und dem dazugehörigen Fahrplan wurde auf dieses Thema eingegangen.

2. Neue Maßnahmen zur Verbesserung der Vorgangsweise gegen Geldwäsche

Am 12.September 2018 erklärte Kommissionspräsident Jean Claude Juncker in seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation, dass die Europäische Kommission neue Maßnahmen vorschlägt, um effektiv und grenzüberschreitend gegen Geldwäsche vorgehen zu können.

Ebenfalls am 12. September veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung zur Stärkung des Unionsrahmens für die Finanzaufsicht und die Beaufsichtigung der Geldwäschebekämpfung bei Finanzinstituten[27]. Darin wird u.a. dargelegt, welche Schritte unternommen werden müssen, um die Beaufsichtigung von Finanzinstituten in der EU zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung weiter zu verbessern. Es erfordert eine umfassendere Strategie als die derzeit bestehenden Regelungen um die aus Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung resultierenden Herausforderungen in Angriff zu nehmen. Ein gemeinsames Ziel der Rahmenvorschriften für die Geldwäschebekämpfung und die Beaufsichtigung von Finanzinstituten ist die Wahrung der Finanzstabilität, welche neben einer klaren Abgrenzung der Aufgaben der verschiedenen Behörden, eine abgestimmte Nutzung ihrer Befugnisse sowie einen reibungslosen Informationsaustausch erfordert.

Zusammen mit dieser Mitteilung legte die Kommission einen Legislativvorschlag vor. Dieser ist eine Ergänzung des Kommissionsvorschlags vom 20. September 2017 zur Überarbeitung der europäischen Aufsichtsstruktur (ESFS Review) und enthält eine Änderung der Verordnung über die Europäische Bankenaufsicht (EBA), wodurch die EBA als Aufsichtsbehörde zur Geldwäschebekämpfung etabliert und mit den notwendigen Instrumenten und Ressourcen ausgestattet werden soll.

Die wichtigsten Elemente des Vorschlages sind insbesondere:

- Sicherstellung, dass Verstöße gegen Vorschriften zur Geldwäschebekämpfung systematisch geahndet werden (die EBA hat das Recht, die mit der Geldwäschebekämpfung befassten nationalen Aufsichtsbehörden aufzufordern, mutmaßlichen wesentlichen Verstößen nachzugehen und gezielte Maßnahmen wie Sanktionen in Betracht zu ziehen).
- Stärkung der Befugnisse der EBA dahingehend, dass diese bei Untätigkeit der nationalen Behörden als letztes Mittel ihre Beschlüsse direkt an einzelne Unternehmen des Finanzsektors richten kann.
- Sammlung von Informationen über Risiken und Trends bei der Geldwäschebekämpfung sowie Förderung des Austausches solcher Informationen zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden *(„data hubs“)*.
- Einrichtung eines neuen Ständigen Ausschusses zur Koordinierung der zuständigen nationalen Aufsichtsbehörden.

[26] Deutschland und Frankreich haben bei dem gemeinsamen Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie verschiedener Fachminister am 19. Juni 2018 auf Schloss Meseberg bei Berlin einen umfassenden Reformkatalog für die Europäische Union beschlossen. Die "Meseberger Erklärung" enthält auch einen zentralen Teil zur künftigen Ausgestaltung der europäischen Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik.

[27] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Stärkung des Unionsrahmens für die Finanzaufsicht und die Beaufsichtigung der Geldwäschebekämpfung bei Finanzinstituten.

Weiters wird die Europäische Zentralbank aufgefordert bis zum 10. Januar 2019, der Fünften Geldwäscherichtlinie entsprechend, mit den mit Geldwäschebekämpfung befassten Aufsichtsbehörden eine multilaterale Vereinbarung zum Informationsaustausch zu schließen.

Grafik 1

Rolle der EBA nach den neuen Vorschriften

Quelle: Europäische Kommission

3. Nächste Schritte

Die vorgeschlagenen legislativen Änderungen flossen in die laufenden legislativen Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Verordnungen über die Europäische Aufsichtsstruktur *(„ESFS Review")* ein, welchen die Kommission im September 2017 angenommen hatte. Die Kommission forderte das Europäische Parlament und den Rat auf, bis spätestens Anfang 2019 zu einer Einigung über diese Vorschläge zu gelangen. Dieser Vorschlag wird derzeit unter der österreichischen Ratspräsidentschaft behandelt. Ob ein Abschluss der Verhandlungen bis Anfang 2019 möglich sein wird, ist ungewiss.

Mitteilungen der Europäischen Kommission zu EU-Vorbereitungsmaßnahmen zum EU-Austritt des UK[28] [29]

Für den Fall eines ungeregelten Austritts des Vereinigten Königreichs (UK) aus der EU am 30. März 2019, der aufgrund der zum Berichtszeitpunkt noch ausstehenden Abstimmung im britischen Parlament noch nicht ausgeschlossen werden kann, veröffentlichte die Europäische Kommission (EK) 2018 zwei Mitteilungen betreffend die Vorbereitung der Wirtschaft der Europäischen Union.

In ihrer Mitteilung vom 19. Juli 2018 unterstreicht die EK die Wichtigkeit gemeinsamer Anstrengungen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zur Vorbereitung auf den Brexit. Sie erläutert die in jedem Fall notwendigen Vorbereitungsmaßnahmen (EBA-Verlegung) sowie die im Fall eines ungeordneten Austritts nötigen Notfallmaßnahmen (Zollkodex). Auf EU-Ebene wird der gemeinsame rechtliche Besitzstand dahingehend überprüft sowie praktische und rechtliche Hinweise zur Brexit-Vorbereitung erarbeitet (u.a. für Finanzmarktstabilität).

In ihrer Mitteilung vom 13. November 2018 veröffentlichte die EK einen Brexit-Notfall-Aktionsplan für prioritäre Bereiche – u.a. personenbezogene Daten und Finanzdienstleistungen – zum Schutz vitaler EU-Interessen.

Die EK ruft alle befassten Akteure des Finanzdienstleistungssektors auf, die verbleibende Zeit konstruktiv zu nützen und unterstreicht die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller EU-Institutionen und die Wichtigkeit des bisherigen gemeinsamen Vorgehens der EU-27.

1. Hintergrund

Die Europäische Kommission (EK) und die EU-27-Mitgliedstaaten streben ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich (UK) zu dessen Austritt aus der EU an.

Am 25. November 2018 billigte der Europäische Rat (Artikel 50) der EU-27 im Rahmen einer Sondertagung[30] in seinen Schlussfolgerungen das Abkommen über den Austritt des UK aus der EU und lud Europäisches Parlament und Rat dazu ein, alles Notwendige zu unternehmen, damit das Abkommen am 30. März 2019 in Kraft treten kann. Weiters nahm der Rat eine politische Erklärung an, die auf ein möglichst enges künftiges Verhältnis zwischen UK und EU abzielt und dankte EU-Chefverhandler Michel Barnier für dessen Beitrag, die Einheit der EU-27 zu wahren. Das Europäische Parlament zeigte sich mit dem für die EU und das UK ausgewogenen und umfassenden Austrittsabkommen zufrieden.

Da der Ausgang der voraussichtlich am 11. Dezember 2018 im britischen Parlament stattfindenden Abstimmung über das Austrittsabkommen jedoch noch offen ist, ist nach wie vor unklar, ob es zu einem geordneten oder ungeordneten Brexit inklusive den daraus resultierenden Auswirkungen kommen wird.

---

[28] Autorin: Alexandra Majer (Repräsentanz Brüssel)

[29] Stand: 27. November 2018.

[30] Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Art. 50) 25. November 2018

Deshalb laufen bei der EU parallel dazu Vorbereitungen für den Fall eines Harten Brexit (no-deal scenario in negotiations of Article 50 of the Treaty of the EU) und den damit einhergehenden potenziellen wirtschaftlichen und finanziellen Beeinträchtigungen:

- Am 19. Juli 2018 veröffentlichte die EK hierzu ihre erste Mitteilung[31], in der sie zum Vorantreiben der entsprechenden Vorbereitungen aufrief.
- Am 13. November 2018 folgte die zweite EK-Mitteilung mit einem Notfall-Aktionsplan[32].

2. Allgemeine Vorbereitungsmaßnahmen (19. Juli 2018)

Am 19. Juli 2018 veröffentlichte die EK ihre erste Mitteilung zu Brexit-Vorbereitungen, in der sie unter Berücksichtigung zweier Hauptszenarien (1. Ratifizierung des Austrittsabkommens bis 29. März 2019 mit Übergangsphase bis 31. Dezember 2020, 2. keine Einigung bzw. rechtzeitige Ratifizierung ohne Übergangsphase) und deren möglicher Auswirkungen sämtliche Akteure zum Vorantreiben der entsprechenden Vorbereitungs- und Notfallmaßnahmen aufrief:

- Vorbereitungsmaßnahmen müssen in jedem Fall getroffen werden. Dazu zählen die Beantragung von Genehmigungen und Bescheinigungen sowie die Verlegung derzeit in London ansässiger dezentraler Agenturen (z.B. EBA-Verlegung nach Paris).
- (Vorübergehende) Notfallmaßnahmen wären nur im Fall eines Austritts ohne Abkommen (und somit ohne Übergangsphase) nötig. Dabei handelt es sich nicht notgedrungen um Legislativmaßnahmen der EU (EU-Rechtsrahmen für Drittländer existiert bereits), je nach Zuständigkeitsbereich könnten diese auch in den Bereich der Mitgliedstaaten fallen (z.B. Umsetzung des Zollkodex).

Nur ein geringer Teil dessen kann durch EU-Institutionen erfolgen, die EK kann primär koordinierend agieren, für eine konsistente Vorgehensweise sorgen, einen kohärenten Rahmen für die Tätigkeit der Mitgliedstaaten schaffen und bei Bedarf die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten (allen voran Irland) unterstützen. Maßnahmen auf EU-Ebene:

- Überprüfung des gemeinsamen rechtlichen Besitzstands der EU (Änderungsbedarf wurde z.B. bei Zollkontingenten ermittelt.)
- EK-Dienststellen erstellten 68 praktische und rechtliche Hinweise zur Brexit-Vorbereitung u.a. für Finanzmarktstabilität und Finanzdienstleistungen.
- Verlegung von EU-Agenturen: z.B. EBA-Verlegung nach Paris
- Trennung und Anpassung von Datenbanken und IT-Systemen

Aufgrund der starken Verflechtung im Binnenmarkt mit grenzüberschreitenden Lieferketten sind Mitgliedstaaten, Behörden, Unternehmen und private Akteure gefordert, auf regionaler und nationaler Ebene gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen (zeitgerechtes Durchführen entsprechender rechtlicher und administrativer Änderungen, Aufstockung von Personalressourcen, Aufbau von Infrastrukturen).

[31] Commission Communication of 19 July 2018: Preparing for the withdrawal of the UK from the UK on 30 Mar 2019

[32] Commission Communication of 13 Nov 2018: Preparing for the withdrawal of the UK from the EU on 30 Mar 2019: Contingency Plan

Spezielle Vorbereitungen für den Finanzdienstleistungssektor

Mit dem Brexit wird das derzeit gültige EU-Passporting für Finanzdienstleistungen für das UK wegfallen. Die EK veröffentlichte dazu acht Hinweise. Die Europäischen Aufsichtsbehörden boten den zuständigen nationalen Behörden und Marktteilnehmern mittels Stellungnahmen entsprechende Informationen. EK-Vorschläge für nötige Änderungen einiger geltender Aufsichtsregelungen, um möglichen Auswirkungen auf die Finanzstabilität zu begegnen, liegen zur Annahme bei den EU-Gesetzgebern (Rat und Parlament).

Zudem gibt es eine technische Arbeitsgruppe unter Vorsitz von EZB und Bank of England, die sich mit dem Risikomanagement im Finanzdienstleistungssektor rund um das Austrittsdatum befasst.

3. Notfall-Aktionsplan (13. November 2018)

Für den Fall eines ungeregelten Austritts des UK aus der EU identifizierte die EK temporäre, rasch greifende, in ihrem Ausmaß beschränkte, einseitig von der EU anzunehmende und mit EU-Recht kompatible Notfall-Maßnahmen zum Schutz vitaler EU-Interessen. Dazu zählen neben Bürgerrechten, Verkehr, Gesundheit, Klimapolitik auch Zoll, personenbezogene Daten und Finanzdienstleistungen.

Bei der Überprüfung des EU-Besitzstandes identifizierte die EK acht im Zuge des UK-Austritts in jedem Fall zu treffende Gesetzgebungsvorschläge. Zwei Legislativvorschläge verabschiedete das Kommissionskollegium bereits: Visumvorschriften (Visa Regulation) und Energieeffizienzziele (Energie Efficiency Directive). Zudem veröffentlichte die EK eine Information zu möglichen Implikationen nach dem 29. März 2019 für Reisende und den Reisesektor (Überprüfung von Reise- u. Zolldokumenten).

Mit dem UK-Austritt verlieren im UK ansässige Finanzdienstleister die EU-Passporting-Rechte, die ihnen Zugang zum Finanzdienstleistungsbinnenmarkt gewähren (für im UK tätige EU-Finanzdienstleister gilt britisches Recht). Zugang zum Finanzdienstleistungsbinnenmarkt besteht für UK-Finanzdienstleister dann auf Basis von Äquivalenz-Regeln im Acquis Communautaire (gemeinsamer rechtlicher Besitzstand). Aufgrund der bisher getroffenen Vorkehrungen ist davon auszugehen, dass sich die Risiken für die Finanzmarktstabilität jedoch in Grenzen halten. Die größten Risiken für die EU-27 bestehen im Bereich des zentralen Clearings von Derivativkontrakten

Die europäischen Aufsichtsbehörden sind jedenfalls dazu aufgerufen, sich gemeinsam mit den britischen Institutionen auf Kooperation und Informationsaustausch im Falle eines ungeregelten Austritts einzustellen.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 17. Oktober bis 26. November 2018[33]

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
18. Oktober 2018	ER	Schwerpunkte - Außenbeziehungen: Die Staats- und Regierungschefs begrüßen die Vorstellung der Initiative der Kommission für eine neue Allianz Afrika – Europa zur Stärkung nachhaltiger Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Am 24./25. Februar 2019 wird das erste Gipfeltreffen zwischen der EU-28 und der Liga der arabischen Staaten in Ägypten stattfinden. Die Zusammenarbeit mit Afrika sollte auf ein neues Niveau gehoben und u.a. durch den Europäischen externen Investitionsplan (EIP) und den EU-Notfalls-Treuhandfonds für Afrika unterstützt werden. - Artikel 50/Brexit: Bekräftigung des vollen Vertrauens in den Verhandlungsführer M. Barnier sowie der Einigkeit der Union. - Migration: Der Europäische Rat bestätigt, dass sich die Zahl der festgestellten illegalen Grenzübertritte in die EU gegenüber Oktober 2015 zwar um 95 % verringert hat, aber den internen und externen Migrationsströmen anhaltende Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Bekräftigung des Vorhabens der Bekämpfung der illegalen Migration und in diesem Zusammenhang die Verstärkung der Zusammenarbeit mit Nordafrika (v.a. Marokko). Geplant ist die Errichtung einer gemeinsamen Taskforce beim European Migrant Smuggling Centre“ (Europol).
18. Oktober 2018	Euro-Gipfeltreffen	Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion Beim Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs der 19 Mitgliedstaaten des Eurosystems wird der Stand der Verhandlungen über die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) diskutiert.
18./19. Oktober 2018	ER	Der Asien Europa Gipfel (EU-ASEM Gipfel) steht unter dem Motto „Globale Partner für globale Herausforderungen“ An dem EU-ASEM Gipfel nehmen 51 Staats- und Regierungschefs europäischer und asiatischer Länder unter der Leitung von EU Ratspräsidenten Donald Tusk teil. Die Gipfelteilnehmer erörtern globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Digitalisierung und betonen, dass die Reform der WTO vorangebracht werden muss, um sie besser in die Lage zu versetzen, neuen

[33] Autoren: Sylvia Gloggnitzer und Harald Grech (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

		Herausforderungen zu begegnen. Ferner unterstreichen sie die Bedeutung einer vertieften wirtschaftlichen Integration sowohl auf regionaler als auch auf globaler Ebene.
23. Oktober 2018	EK	Veröffentlichung des Jahresprogramms 2019 der Europäischen Kommission - drei Prioritäten: 1. Erzielung einer raschen Einigung über die bereits vorgelegten Legislativvorschläge, 2. Annahme einer begrenzten Anzahl neuer Initiativen zur Bewältigung der verbleibenden Herausforderungen und 3. Vorlage von Initiativen im Hinblick auf die künftige EU im neuen Format mit 27 Mitgliedstaaten. Die für die Wirtschaft wichtigsten neuen Initiativen betreffen die Vollendung des Binnenmarkts bzw. den digitalen Binnenmarkt, die Energie- und Klimapolitik sowie die Stärkung der internationalen Rolle des Euro. Zudem wird sich die EK für die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in den Bereichen Energie-, Klima-, Steuer- und Sozialpolitik einsetzen und den Rahmen für die Rechtsstaatlichkeit und Ideen für die Initiative „Europa den Menschen vermitteln" vorstellen. Schließlich sind Maßnahmen erforderlich, um den EU-Besitzstand in Bezug auf den Brexit anzupassen.
5. November 2018	Eurogruppe	Schwerpunkte • Italien: Die Eurogruppe (EG) begrüßt eine enge Kooperation Italiens mit der Europäischen Kommission zur Vorbereitung eines überarbeiteten Budgetentwurfs im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP). • Bankenunion: Ergebnisse des Stresstests vom 2. November 2018 weisen auf eine verbesserte Resilienz des Bankensektors hin. Eine Annäherung an die Finalisierung der Terms of Reference eines gemeinsamen „Backstop" für den einheitlichen Abwicklungsfonds kann erzielt werden. Ein Abschluss ist beim Euro-Gipfel im Dezember 2018 geplant. • ESM: Fortschritte bei der Verbesserung der Wirksamkeit zweier vorsorglicher Instrumente des ESM: 1. Enhanced Conditions Credit Line (ECCL) 2. Precautionary Conditions Credit Line (PCCL)
6. November 2018	ECOFIN Rat	Schwerpunkte • Digitalsteuer: Diskutiert wird die Einführung einer EU-weiten Steuer auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen. Die kurzfristige Lösung sieht eine Steuer in Höhe von 3% auf Erträge aus der Erbringung bestimmter digitaler Dienstleistungen für große Unternehmen vor. Einig ist man sich, dass es jedenfalls eine globale Lösung auf OECD-Ebene geben muss. Eine politische Einigung wird für Dezember angestrebt. • Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen: Annahme von Schlussfolgerungen durch die Wirtschafts- und Finanzminister

		für die von 2. bis 14. Dezember 2018 in Katowice stattfindende UN-Klimakonferenz (COP 24). Darin wird u.a. die Beitragsleistung der EU und der Mitgliedstaaten zur Realisierung des von allen Industrieländern vereinbarten Zielbetrags von 100 Mrd USD pro Jahr ab 2020 für Emissionsreduktions- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern erneut bestätigt.
14. November 2018	Rat	Veröffentlichung des Austrittsabkommens zu Brexit Der 585 Seiten umfassende Abkommensentwurf regelt die konkreten Bedingungen für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU. Der Vertragstext zum EU-Austritt Großbritanniens legt eine Übergangsphase von 29. März 2019 bis 31. Dezember 2020 fest, klärt die künftigen Rechte der Bürger sowie die Finanzverpflichtungen Londons und liefert eine Lösung zur Nordirland-Frage. Hinzu kommt eine politische Absichtserklärung zu den künftigen Beziehungen. In der Übergangsphase bleibt Großbritannien vorerst im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion, zahlt seinen Mitgliedsbeitrag, unterliegt weiterhin der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshof, hat jedoch kein Stimmrecht mehr in den Gesetzgebungsprozessen der EU-Institutionen. Die Übergangsphase kann einmal verlängert werden. Auf EU-Seite müssen der Rat und das Europäische Parlament (nicht aber die einzelnen Mitgliedstaaten) dem Austrittsvertrag zustimmen.
19. November 2018	Informelle Eurogruppe	Präsentation des DE-FR-Vorschlags für ein Euroraum-Budget Basierend auf der „Meseberg-Deklaration“ präsentiert Deutschland gemeinsam mit Frankreich einen Vorschlag für ein Euroraum-Budget welches 2021 eingesetzt werden soll, jedoch ohne Nennung einer Größe des geplanten Budgets. Der Fokus liegt auf Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, Konvergenz und Stabilisierung im Euroraum. Die geplanten Ressourcen sollen einerseits aus dem EU-Budget und andererseits aus regelmäßigen Beiträgen der Euroraum-Mitgliedstaaten in das Euroraum-Budget einfließen. Die Europäische Kommission begrüßt den Vorschlag als Basis für weitere Diskussionen und verwies auf die Ähnlichkeit der neuen MFR-Instrumente für Reformen und Stabilisierung hin.

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

19.10.2018	IWF	Ukraine - Bereitschaftskreditabkommen Die ukrainischen Währungsbehörden haben mit dem IWF auf Staff-Ebene Einigung über ein neues Bereitschaftskreditabkommen (*Stand-By Arrangement, SBA*) erzielt. Das *SBA* in Höhe von 2,8 Mrd SZR soll das bisherige Kreditabkommen (*EFF*) ablösen Die Laufzeit soll 14 Monate betragen. Die Schwerpunkte des neuen Kreditprogramms sollen auf der weiteren fiskalischen Konsolidierung, der Reduzierung der Inflationsrate sowie strukturellen Reformen im Bereich der Steuerverwaltung sowie des Finanz- und Energiesektors liegen.

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 30. November 2018 (Prognosetabellen Österreich:13. Dezember 2018)

Inhaltsverzeichnis

Seite

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen 1
Makroökonomische Indikatoren 2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise 3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 4
Aktuelle Entwicklung 5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität 6
Zinserwartungen 7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen 8
Renditen und Kreditzinsen 9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation 10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt 11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren 12
Inflation und Arbeitskosten 13
Makroökonomische Ungleichgewichte 14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren 15

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 16
Entwicklung der Verbraucherpreise 17
Arbeitslosenquoten 18
Leistungsbilanzsalden 19
Fiskaldaten 20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren
Prognosen 21
Aktuelle Entwicklung 22
Außenhandel mit Waren 24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren 25
Tourismus und Reiseverkehr 26
Öffentliche Haushalte 27
Bundeshaushalt 28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert 29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland 32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert 33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE 34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung
Geldvermögensbildung und Geldvermögen 35
Finanzierung und Verbindlichkeiten 36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,9	2,6	1,9	2,5	2,4	2,2	3,9	3,5	3,5	−5,8	−6,0	−6,0	105,8	107,3	109,6	−2,4	−2,6	−2,8
Japan	1,1	1,0	0,5	0,8	1,0	1,3	2,7	2,6	2,5	−3,3	−3,1	−2,8	236,2	235,2	234,5	4,7	4,7	4,7
China	6,6	6,2	5,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	0,2	−0,2	−0,4
Euroraum	2,1	1,9	1,7	1,8	1,8	1,6	8,4	7,9	7,5	−0,6	−0,8	−0,7	86,9	84,9	82,8	3,8	3,6	3,6
EU28	2,1	1,9	1,8	2,0	2,0	1,8	6,9	6,6	6,3	−0,7	−0,8	−0,7	81,4	79,5	77,6	2,5	2,3	2,3
Österreich	2,7	2,0	1,8	2,1	2,1	2,0	4,8	4,6	4,4	−0,3	0,0	0,1	74,5	71,0	67,8	2,0	2,2	2,4
Deutschland	1,7	1,8	1,7	1,8	1,9	1,6	3,5	3,2	3,0	1,6	1,2	1,1	60,1	56,7	53,7	7,8	7,3	6,9
Vereinigtes Königreich	1,3	1,2	1,2	2,6	2,0	1,9	4,3	4,5	4,7	−1,3	−1,0	−1,0	86,0	84,5	82,6	−3,3	−3,2	−3,0
Polen	4,8	3,7	3,3	1,2	2,6	2,7	3,3	2,9	2,8	−0,9	−0,9	−1,0	49,2	48,3	47,4	−0,6	−0,9	−1,3
Ungarn	4,3	3,4	2,6	3,0	3,3	3,0	3,6	3,3	3,2	−2,4	−1,9	−1,8	72,9	70,3	68,6	1,2	0,0	0,3
Tschechische Republik	3,0	2,9	2,6	2,1	2,2	1,8	2,4	2,5	2,6	1,4	0,8	0,7	33,2	32,1	31,2	−0,5	−0,5	−0,1

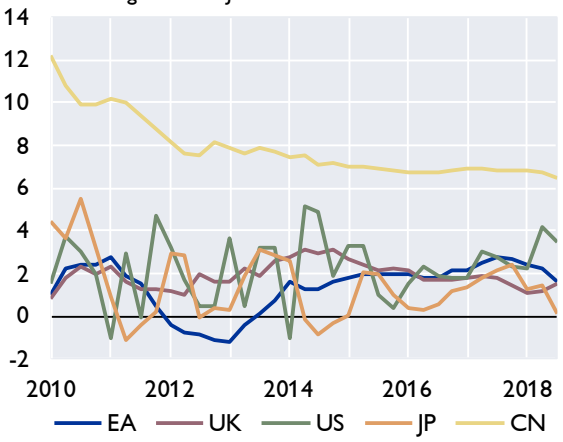
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom November 2018.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

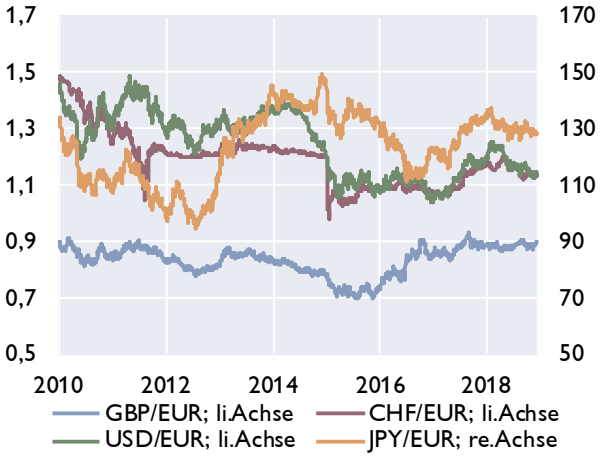
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

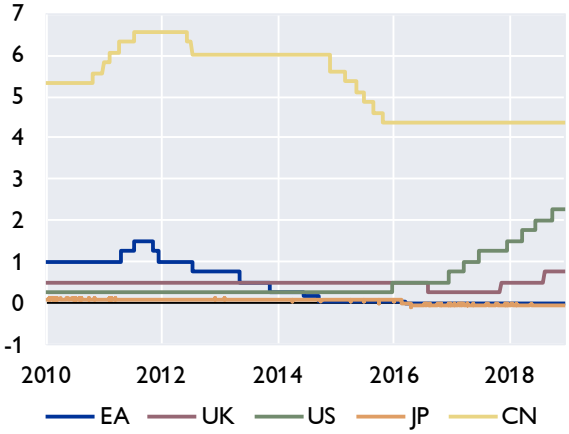


Wechselkurse zum Euro



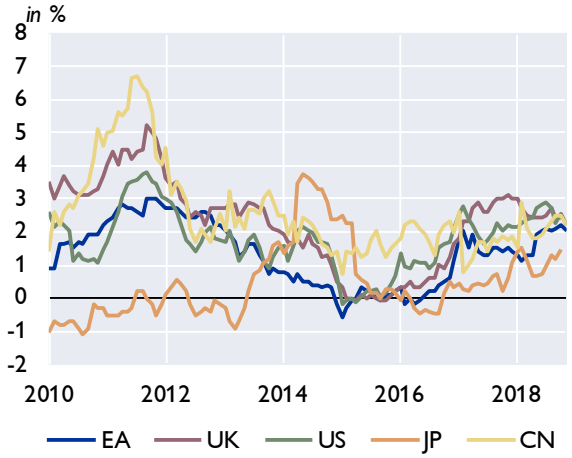
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



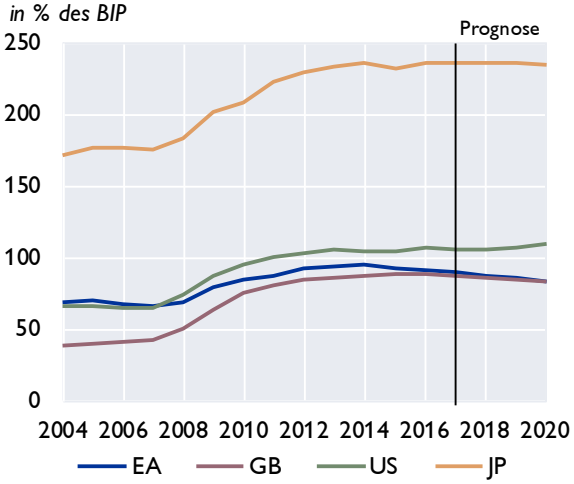
Verbraucherpreisindizes

in %



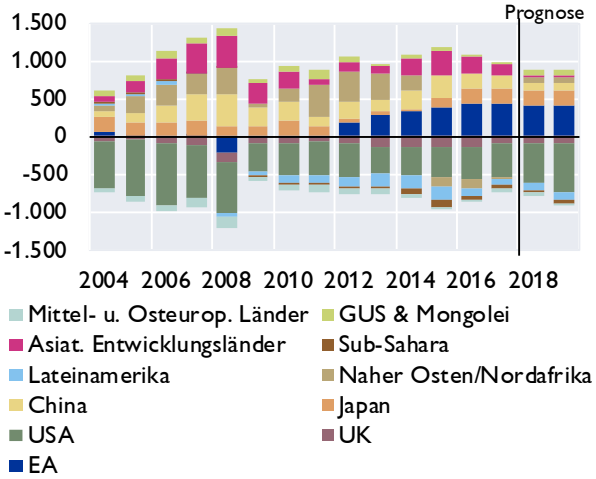
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK November 2018 und IWF WEO Oktober 2018.

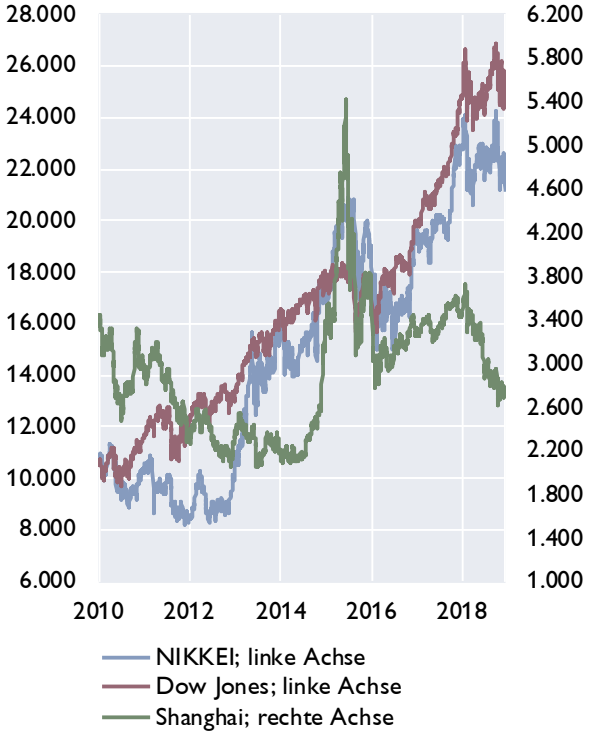
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Aktienkurse - Europa

in Punkten

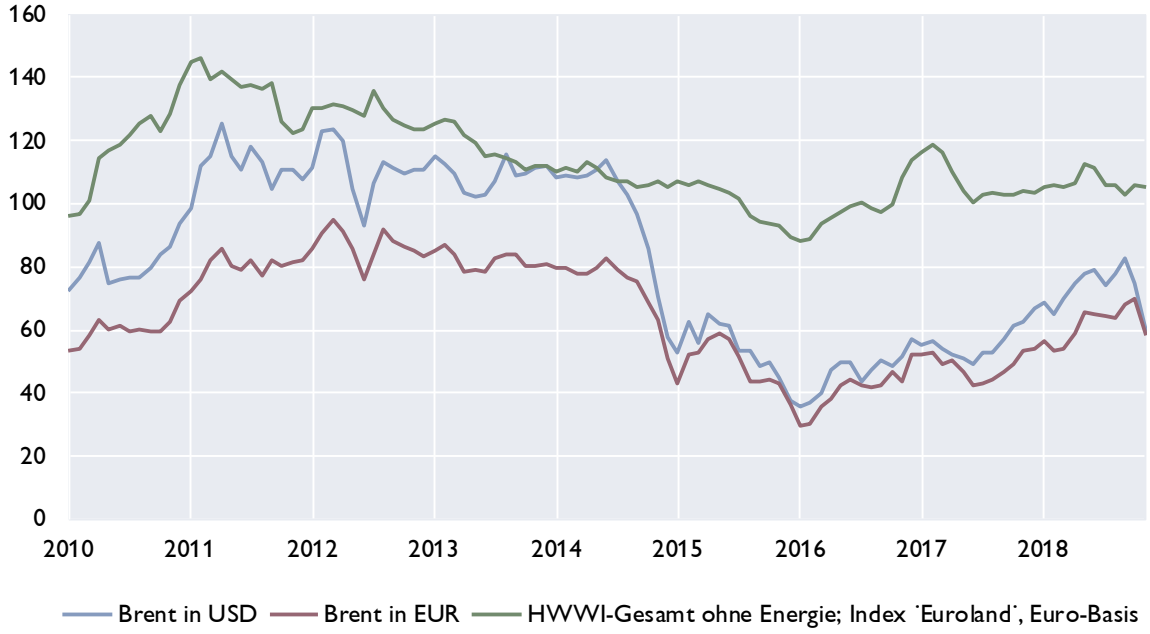
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF		EU-Kommission		
	September 2018			November 2018			Oktober 2018		November 2018		
	2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2018	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real	2,0	1,8	1,7	1,9	1,8	1,6	2,0	1,9	2,1	1,9	1,7
Privater Konsum, real	1,5	1,7	1,6	1,4	1,6	1,5	1,5	1,6	1,6	1,8	1,6
Öffentlicher Konsum, real	1,4	1,4	1,3	1,1	1,5	1,1	1,2	1,2	1,3	1,6	1,3
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,0	3,2	2,9	3,4	3,1	2,8	4,1	3,5	3,3	3,0	3,0
Exporte, real	3,1	3,8	3,6	×	×	×	3,8	4,1	3,3	3,5	3,3
Importe, real	3,5	4,5	3,9	×	×	×	4,0	4,5	3,0	3,9	3,6
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP Deflator	×	×	×	1,5	1,8	1,9	1,5	1,6	1,5	1,7	1,7
HVPI	1,7	1,7	1,7	1,8	1,9	1,9	1,7	1,7	1,8	1,8	1,6
Lohnstückkosten	1,6	1,3	1,7	2,2	1,4	2,0	1,7	1,1	1,6	1,2	1,5
	Veränderung zum Vorjahr in %										
Beschäftigte	1,4	0,9	0,8	1,2	1,0	0,8	1,2	0,7	1,4	1,0	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition										
Arbeitslosenquote	8,3	7,8	7,4	8,2	7,6	7,2	8,3	8,0	8,4	7,9	7,5
	in % des nominellen BIP										
Leistungsbilanz	3,2	2,8	2,8	3,8	3,6	3,6	3,0	2,9	3,8	3,6	3,6
Öffentliches Defizit	−0,6	−0,8	−0,5	−0,7	−0,8	−0,5	−0,6	−0,6	−0,6	−0,8	−0,7
	Prognoseannahmen										
Erdölpreis in USD/Barrel	71,5	71,7	69,0	74,1	80,0	80,0	69,4	68,8	75,1	80,6	76,7
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,3	−0,2	0,0	−0,3	−0,2	0,2	−0,3	−0,2	−0,3	−0,2	−0,2
USD/EUR	1,2	1,1	1,1	1,18	1,14	1,14	1,2	1,2	1,18	1,15	1,15
	Veränderung zum Vorjahr in %										
BIP, real USA	×	×	×	2,9	2,7	2,1	2,9	2,5	2,9	2,6	1,9
BIP, real Welt	3,9	3,7	3,7	3,7	3,5	3,5	3,7	3,7	3,7	3,5	3,5
Welthandel	4,6	3,9	3,8	3,9	3,7	3,7	4,2	4,0	4,1	3,8	3,5

Quelle: OeNB.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2016	2017	2017 Q4	2018 Q1	2018 Q2	2018 Q3	2018 Q4	2018 Aug.	2018 Sept.	2018 Okt.	2018 Nov.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	0,2	1,5	1,4	1,2	1,7	2,1	..	2,0	2,1	2,2	2,0*)
Keminflation	0,9	1,0	0,9	1,0	0,9	1,0	..	0,9	0,9	1,1	1,0
BIP-Deflator des privaten Konsums	0,4	1,4	1,4	1,2	1,4	1,8	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten (nominell)	0,8	0,8	0,8	1,4	1,7	..	..	×	×	×	×
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,2	1,6	1,7	2,0	2,5	..	..	×	×	×	×
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,5	0,8	0,8	0,6	0,7	..	..	×	×	×	×
Produzentenpreis (Industrie)	-2,1	3,0	2,5	1,7	2,8	4,3	..	4,3	4,6	4,9	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	98,3	107,1	103,4	105,4	110,0	104,7	..	105,7	102,7	105,5	105,2
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	40,8	48,5	52,1	54,6	63,0	65,3	..	63,9	67,8	69,9	57,9
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	45,1	54,8	61,4	67,1	74,9	75,8	..	73,8	79,1	80,5	65,9
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	1,9	2,4	0,7	0,4	0,4	0,2	..	×	×	×	×
Privater Konsum	2,0	1,6	0,2	0,5	0,2	0,1	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,8	1,1	0,2	0,0	0,4	0,2	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	4,0	2,6	1,2	0,1	1,5	0,2	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	2,3	1,7	0,3	0,5	0,4	0,4	..	×	×	×	×
Nettoexporte	-0,4	0,8	0,4	-0,1	0,0	-0,3	..	×	×	×	×
Veränderung der Lagerhaltung	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,1	..	×	×	×	×
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	266,6	234,9	65,7	44,5	56,7	41,9	..	12,0	13,1	..	..
Leistungsbilanz	367,6	386,9	96,0	105,8	94,0	60,9	..	24,3	17,0	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	3,5	4,0	3,2	3,9	3,4	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	104,2	110,8	114,3	114,0	112,5	111,5	..	111,6	110,9	109,7	109,5
Industrievertrauen (Saldo)	-2,6	5,0	8,9	8,5	7,0	5,4	..	5,6	4,7	3,0	3,4
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	52,5	57,4	59,7	58,3	55,5	54,3	..	54,6	53,2	52,0	51,8
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	100,1	103,2	104,8	104,4	102,4	103,2	..	103,9	103,8	102,9	102,0
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	1,6	3,0	3,9	3,2	2,4	0,8	..	1,0	0,7	1,0	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,7	-2,5	-0,2	0,5	0,0	-1,8	..	-1,9	-2,9	-2,7	-3,9
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	1,6	2,3	1,9	1,6	1,6	1,1	..	2,0	0,3	1,9	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	81,8	83,0	84,0	84,5	84,3	84,2	83,9	×	×	×	×
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	10,0	9,1	8,7	8,6	8,3	8,1	..	8,1	8,1	8,1	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,3	1,6	0,3	0,4	0,4	0,2	..	×	×	×	×
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	5,0	4,6	4,6	3,7	4,4	3,6	..	3,5	3,6	3,9	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	3,7	3,7	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	2,3	3,2	3,2	3,0	3,0	3,1	..	3,2	3,1	3,2	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,26	-0,33	-0,33	-0,33	-0,32	-0,32	..	-0,32	-0,32	-0,32	-0,32
10-Jahres Zinssatz (%)	0,93	1,17	0,99	1,16	1,22	1,30	..	1,37	1,32	1,56	1,41
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	1,19	1,50	1,32	1,49	1,54	1,62	..	1,69	1,64	1,88	1,73
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	148,0	102,1	97,5	91,3	117,1	123,8	..	118,8	127,2	114,1	127,4
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	321,7	376,8	391,0	385,1	386,4	381,0	..	382,5	376,4	359,0	351,3
Wechselkurs USD je EUR	1,11	1,13	1,18	1,23	1,19	1,16	..	1,15	1,17	1,15	1,14
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	94,4	96,6	98,6	99,6	98,4	99,2	..	99,0	99,5	98,9	98,3
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	89,5	91,4	93,2	94,0	93,1	93,7	..	93,4	93,9	93,4	92,9
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-1,6	-1,0	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Staatsschuldenquoten	91,2	88,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

1) ILO-Definition.

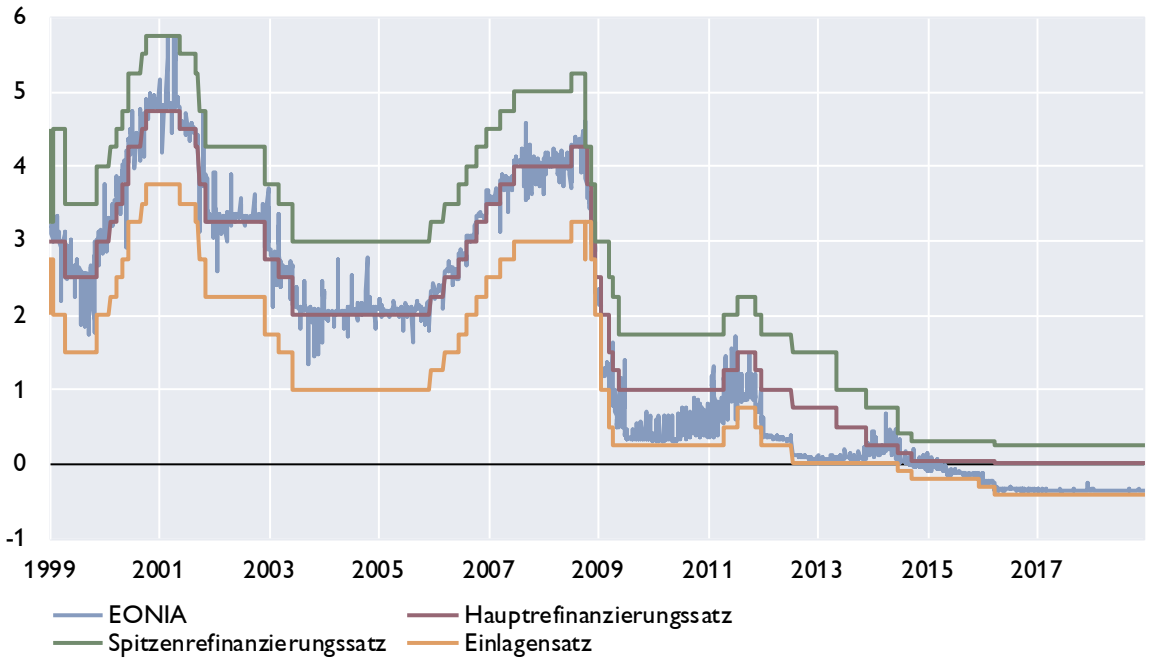
2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).

3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). **) Schnellschätzung.*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

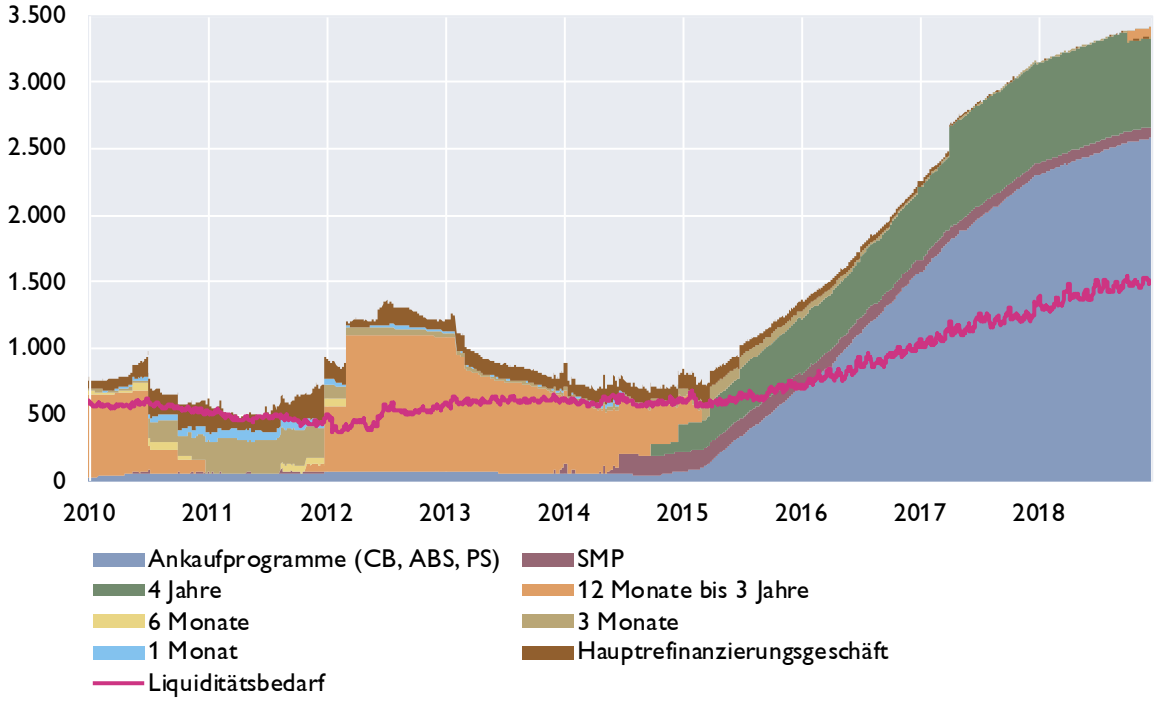
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

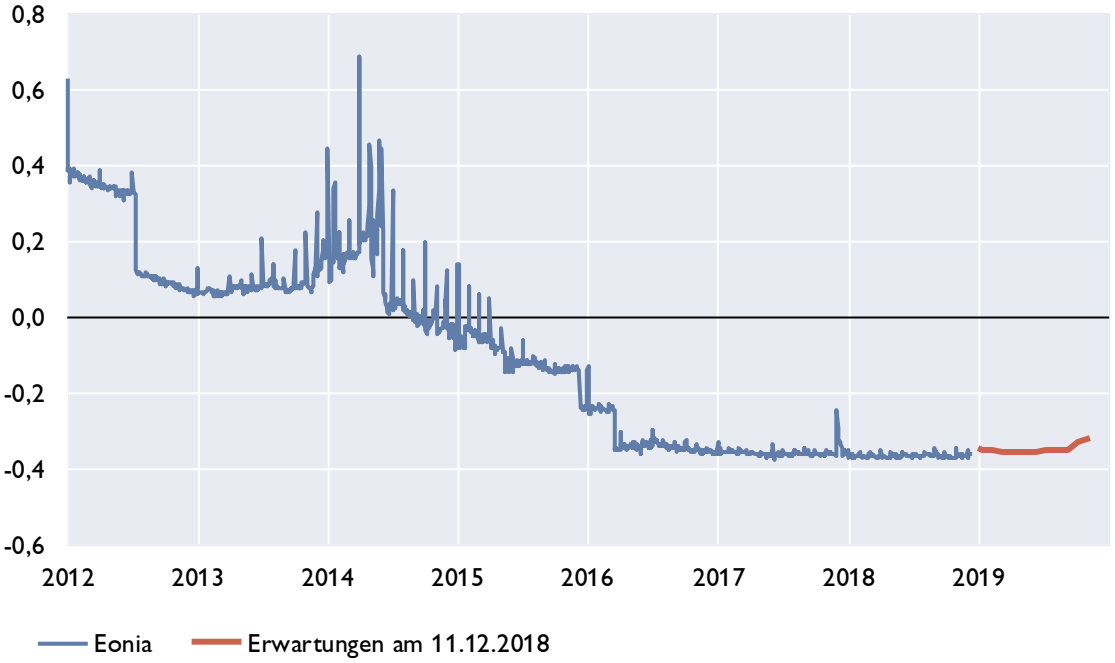


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

Euroraum: Zinserwartungen

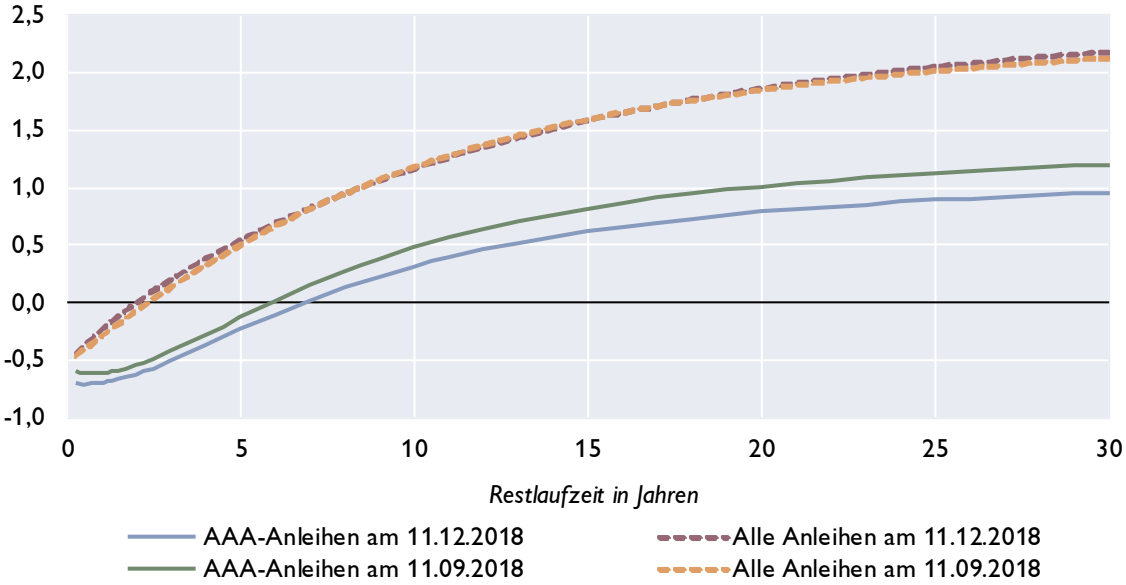
Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Euro Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

in %

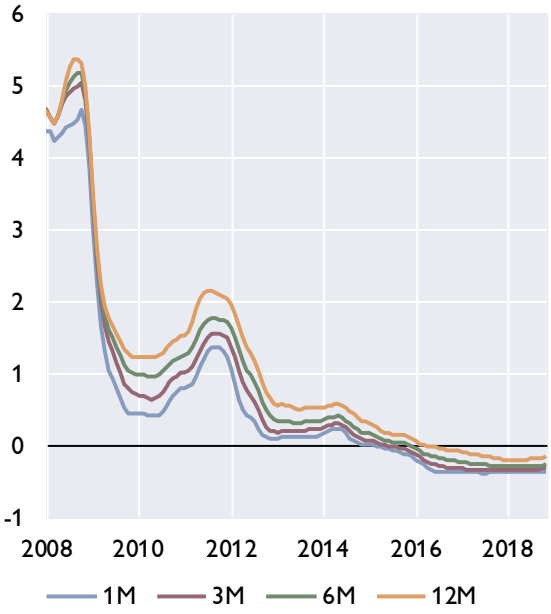


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

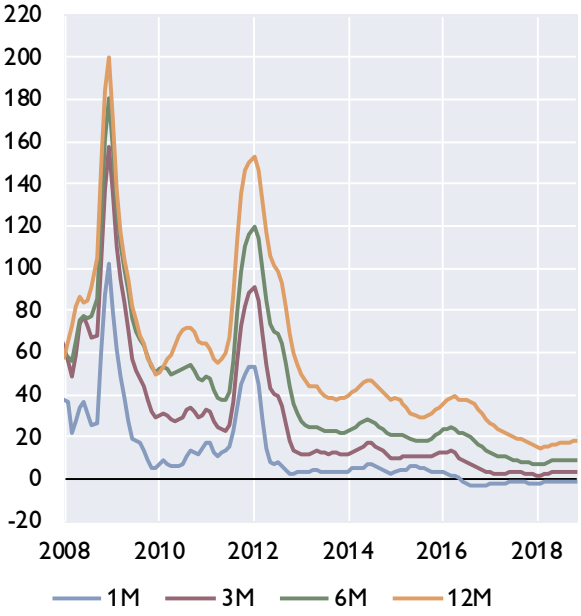
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



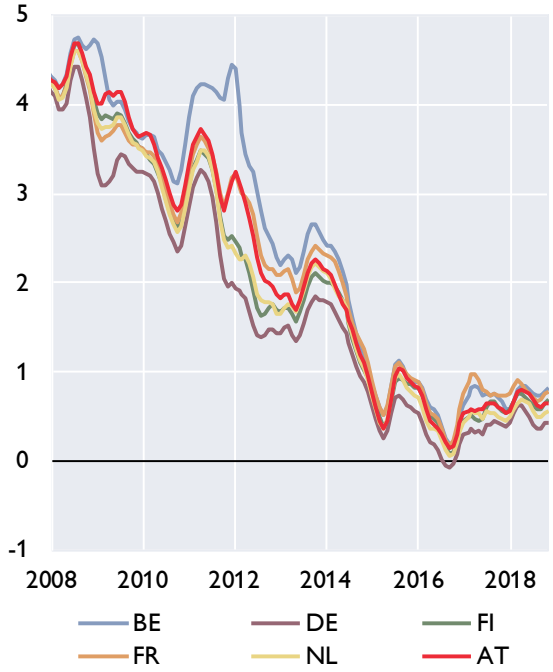
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



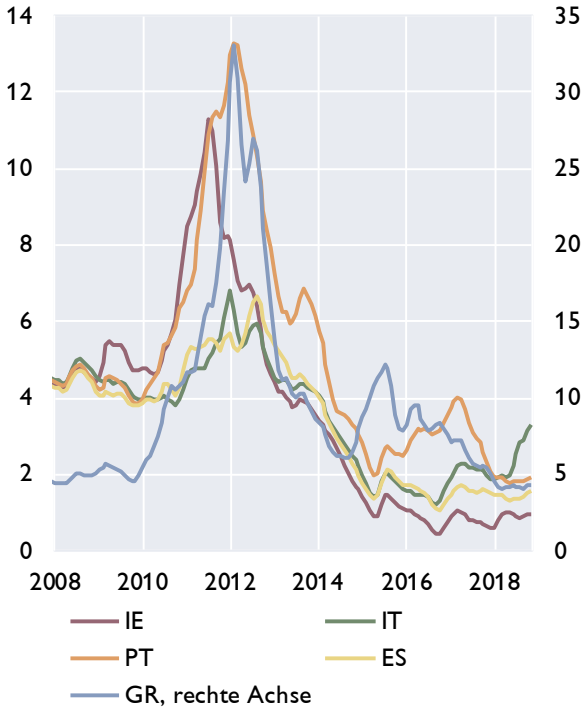
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

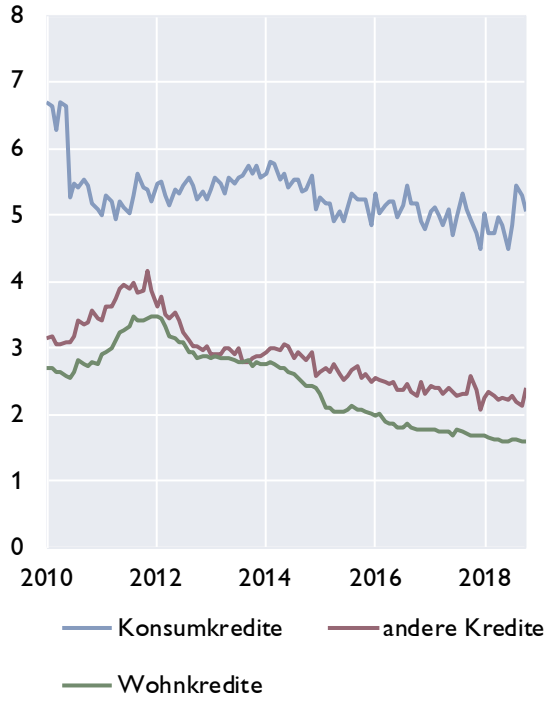


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

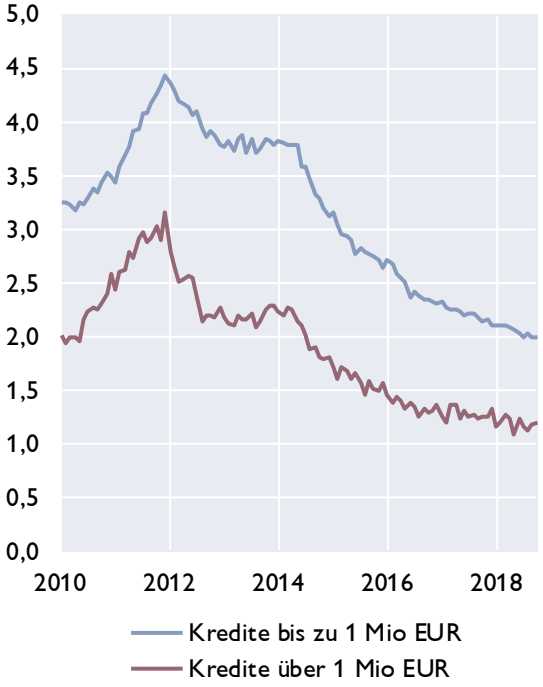
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



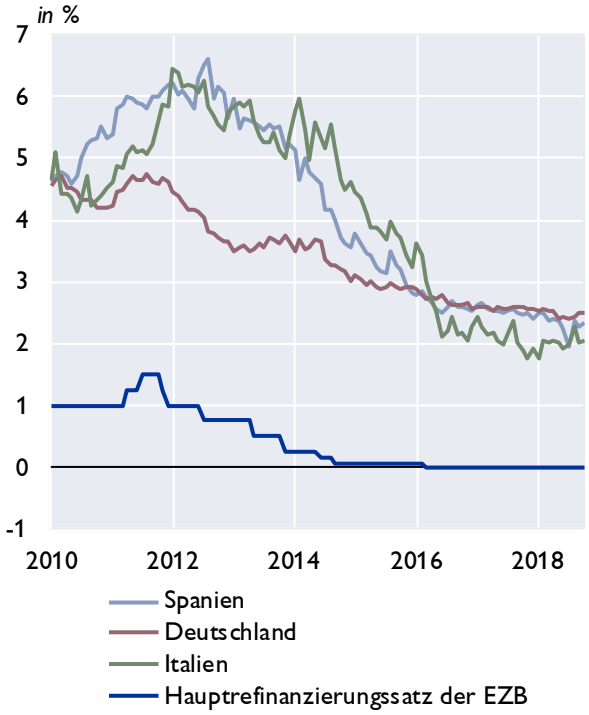
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



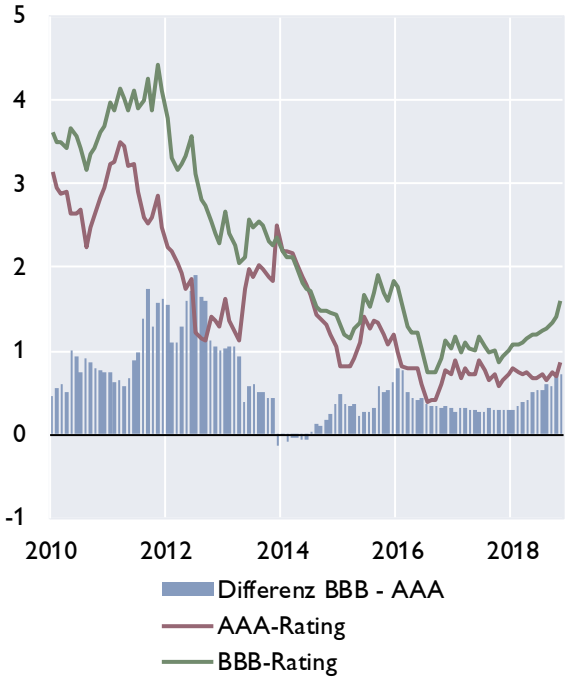
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht- finanzieller Unternehmen

in %

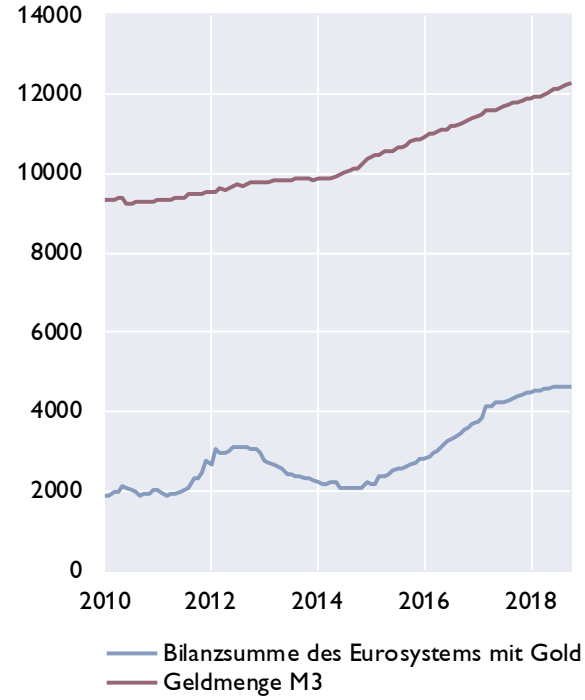


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

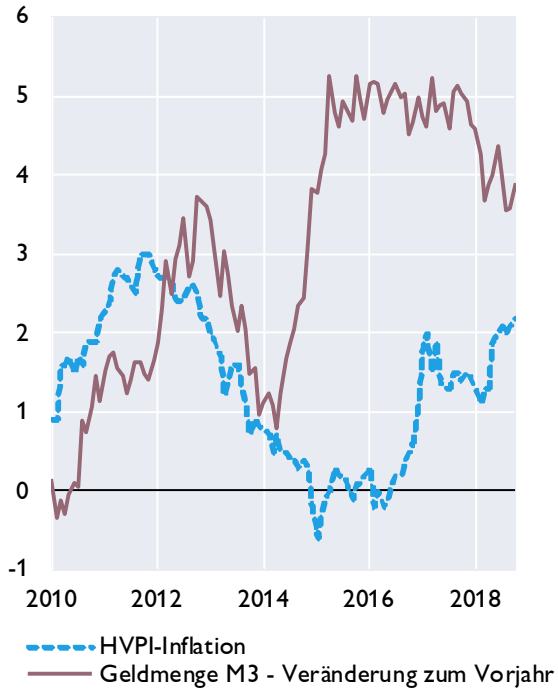
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

in Mrd EUR



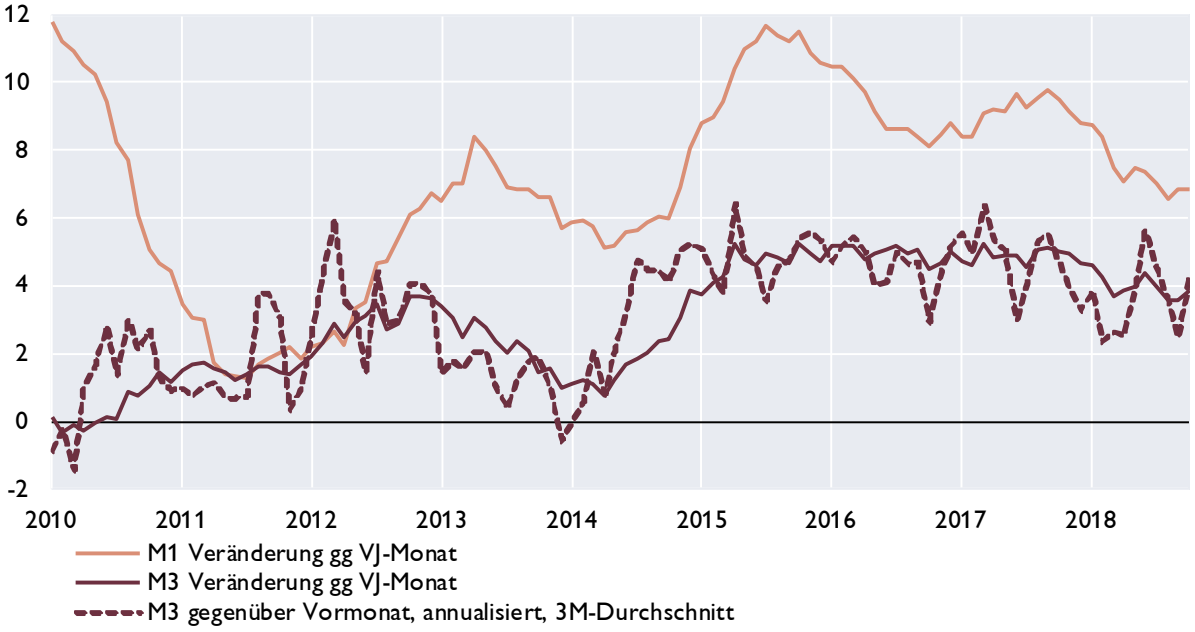
Geldmenge M3 und Inflation

in %



Geldmenge M1 und M3

in %



Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

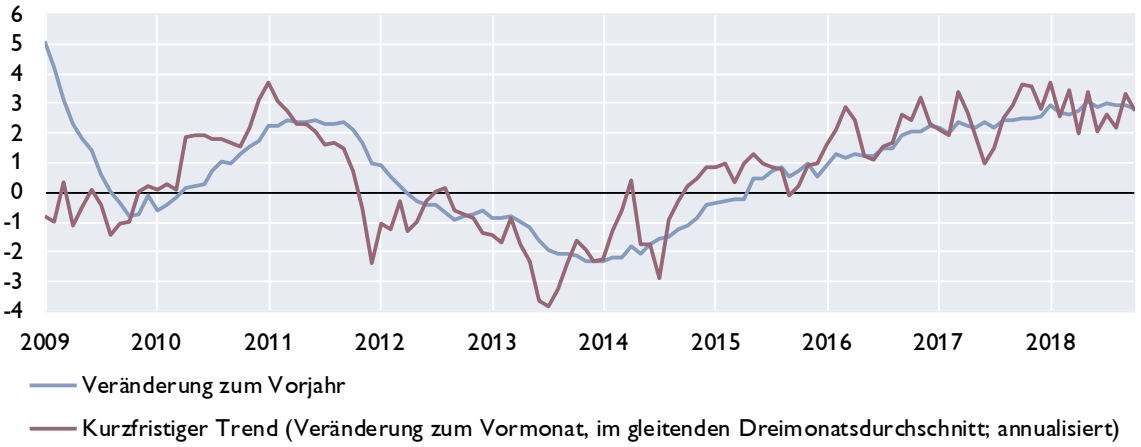
Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2016	2017	Mai 18	Jun 18	Jul 18	Aug 18	Sep 18	Okt 18
Aktiva	Kredite	4,9	3,8	3,2	3,1	3,2	3,1	3,0	2,9
	Kredite an öffentliche Haushalte	12,4	6,6	3,4	3,9	3,8	3,3	3,1	2,6
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	2,5	2,8	3,2	2,8	3,0	3,0	3,0	3,0
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor [1]	*2,3*	*2,6*	*3,0*	*2,9*	*3,0*	*3,0*	*2,9*	*2,8*
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	4,3	3,8	3,7	4,5	3,2	3,2	3,4	2,8
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb	13,4	7,3	6,3	7,0	6,0	6,0	4,9	2,6
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	−1,7	−1,2	−1,0	−1,1	−0,8	−0,8	−0,1	0,4

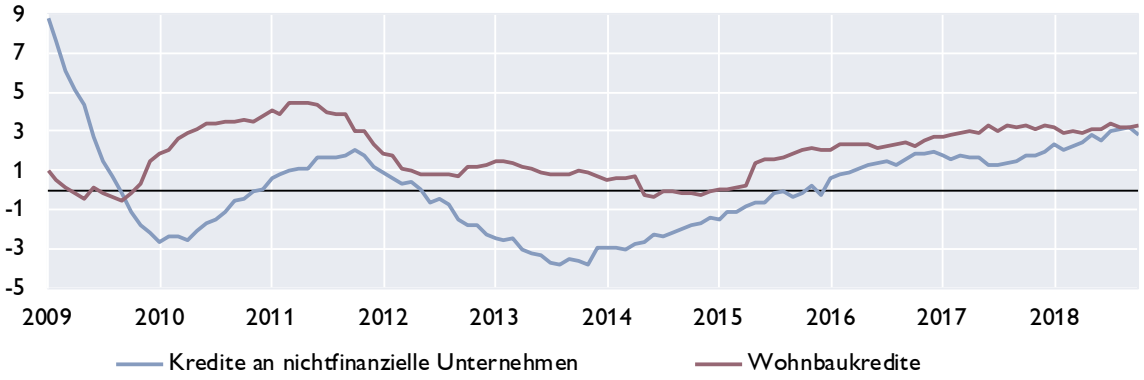
Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]

in %



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



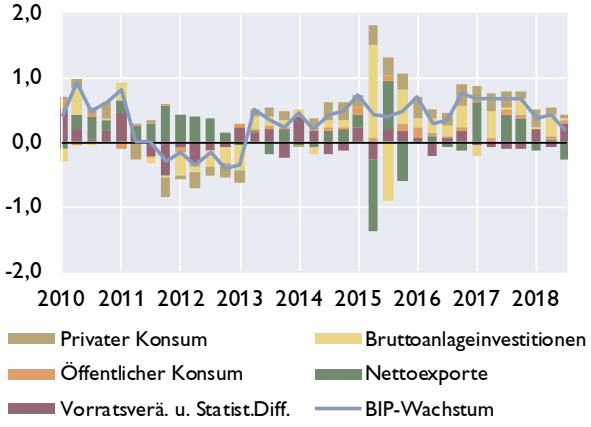
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

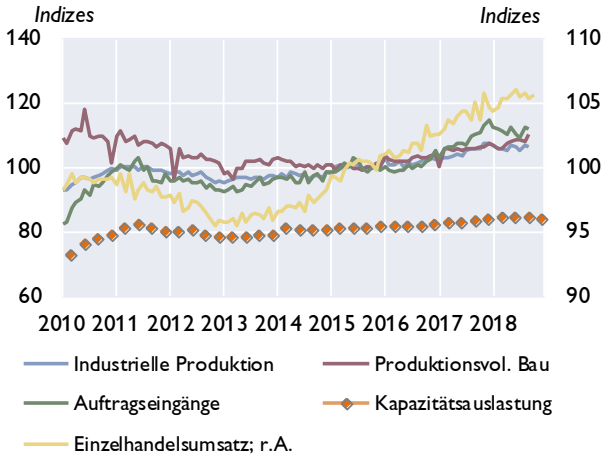
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

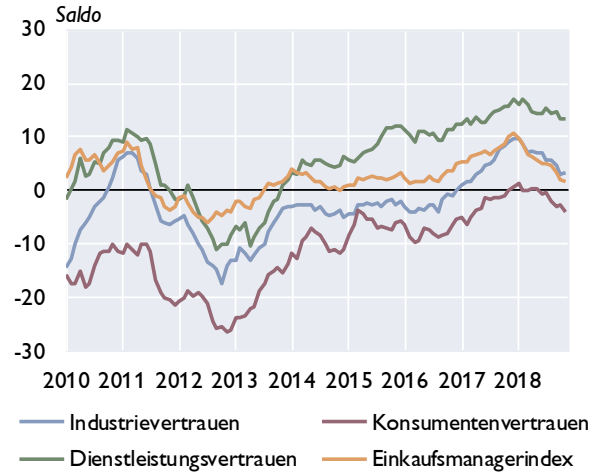
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



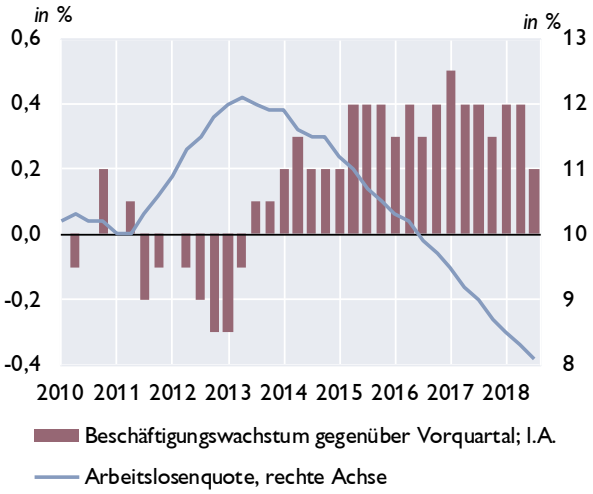
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2015	2016	2017	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18
Leistungsbilanz	308,8	346,6	355,1	120,5	119,4	81,6	79,5	75,1
Güter	350,8	370,2	330,8	88,5	94,9	73,7	83,9	55,8
Dienstleistungen	52,4	44,2	101,2	36,2	26,0	23,0	31,2	37,2
Einkommen	43,4	69,8	64,7	28,5	29,8	28,0	−6,3	17,5
Laufende Transfers	−137,8	−137,6	−141,5	−32,7	−31,4	−43,0	−29,3	−35,4
Vermögensübertragungen	16,6	3,1	−26,2	−4,2	1,7	2,6	1,4	2,1
Kapitalbilanz	267,2	344,8	395,4	116,4	119,3	125,4	83,8	106,4
Direktinvestitionen	142,7	177,3	84,6	8,3	−11,7	123,4	63,2	−25,1
Portfolioinvestitionen	199,2	478,5	283,0	125,9	67,4	18,0	40,6	100,6
Finanzderivate	81,9	18,4	17,1	−10,3	4,5	−4,5	40,5	21,2
Sonstige Investiitionen	−167,3	−344,9	12,1	−8,0	57,2	−22,9	−67,0	8,4
Währungsreserven	10,7	15,5	−1,4	0,5	1,9	11,4	6,6	1,2
Statistische Differenz	−58,1	−5,0	66,5	0,0	−1,8	41,2	3,0	29,2
Leistungsbilanz in % des BIP[1)]	3,3	3,5	4,0	3,8	3,2	3,9	3,4	..

1) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

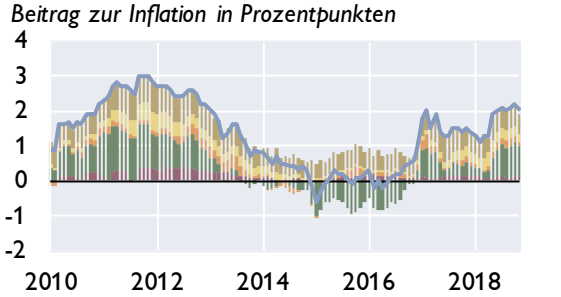
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2018	2016	2017	Aug 18	Sep 18	Okt 18	Nov 18
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	Veränderung zum Vorjahr in %					
Gesamt-HVPI	100,0	0,2	1,5	2,0	2,1	2,2	2,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,5	0,7	1,7	1,9	2,1	1,6	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	1,7	2,1	4,4	4,4	4,4	..
Bekleidung und Schuhe	5,9	0,4	0,5	−0,5	−0,2	0,3	..
Wohnung, Wasser, Energie	15,7	−0,9	1,9	2,9	3,1	3,6	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,2	0,3	0,0	0,3	0,4	0,5	..
Gesundheitspflege	4,8	0,8	1,0	0,9	0,9	0,8	..
Verkehr	15,4	−1,3	3,2	4,6	4,4	4,9	..
Nachrichtenübermittlung	3,2	0,0	−1,5	−0,8	−1,2	−1,5	..
Freizeit und Kultur	9,2	0,7	1,1	0,7	0,7	1,0	..
Bildungswesen	1,0	1,4	−0,1	−3,6	−3,3	−0,1	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,8	1,6	2,2	2,0	2,1	1,9	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	9,2	1,0	0,7	1,3	1,4	1,7	..

Sondergruppen des HVPI

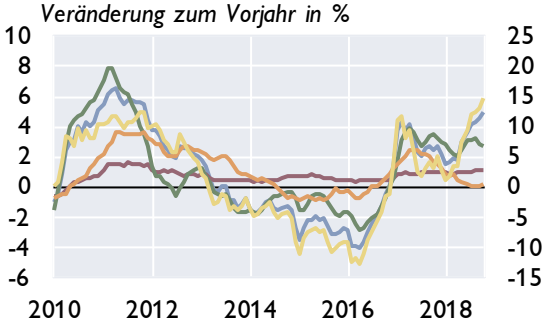
Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Dienstleistungen
Bearb. Lebensmittel einschl. Alkohol u. Tabak
Unbearbeitete Lebensmittel
Energie
Industrielle nichtenergetische Güter
Gesamt (Inflationsrate)

Erzeugerpreise

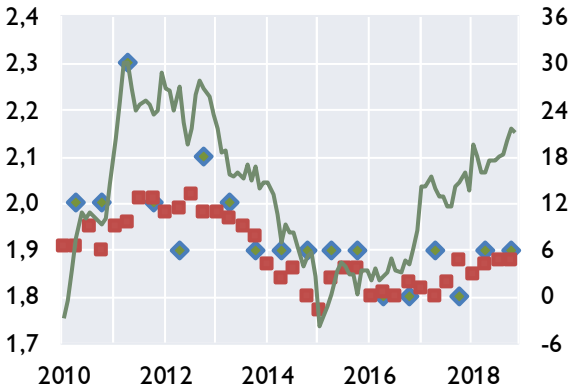
Veränderung zum Vorjahr in %



Industrie ges. ohne Baugewerbe; I.A.
Investitionsgüter; I.A.
Vorleistungsgüter; I.A.
Ge- und Verbrauchsgüter; I.A.
Energie; r.A.

Umfragebasierte Inflationserwartungen

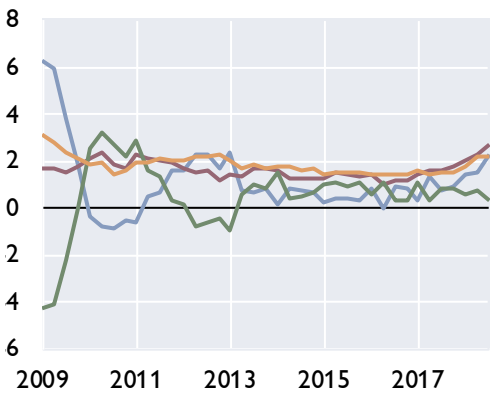
in Saldo aus positiven und negativen Antworten



Inflationserwartungen (5 Jahre; CF); I.A.
Inflationserwartung (5 Jahre; EZB); I.A.
Konsumenteneinschätzung (12 Mon.; EK.); r.A.

Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

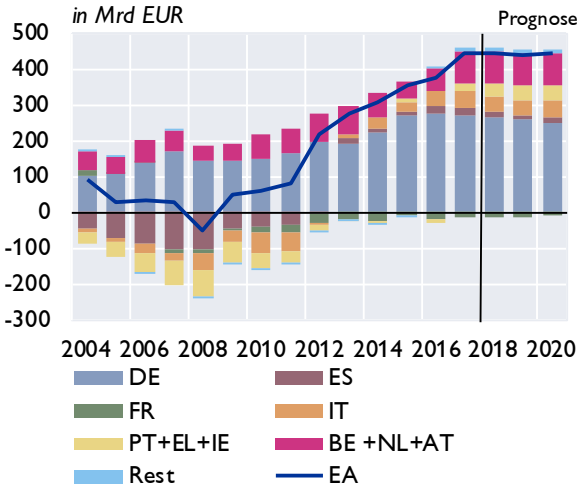


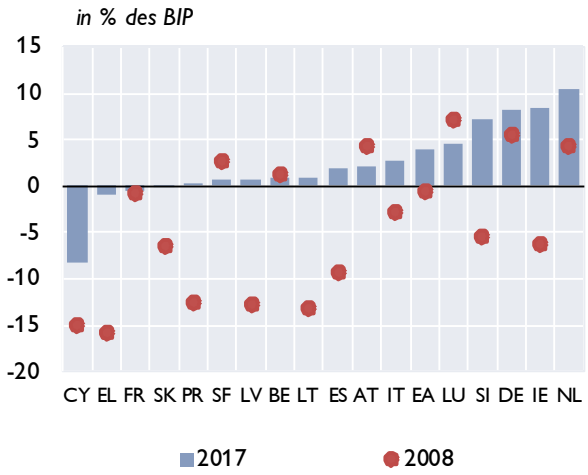
Lohnstückkosten
Arbeitnehmerentgelt
Arbeitsproduktivität

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

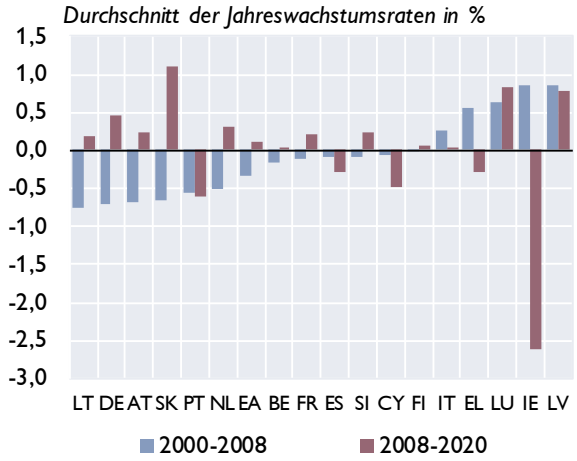
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden [1)]

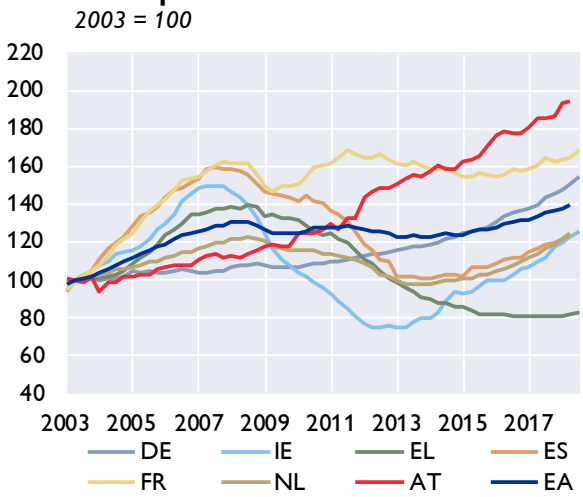




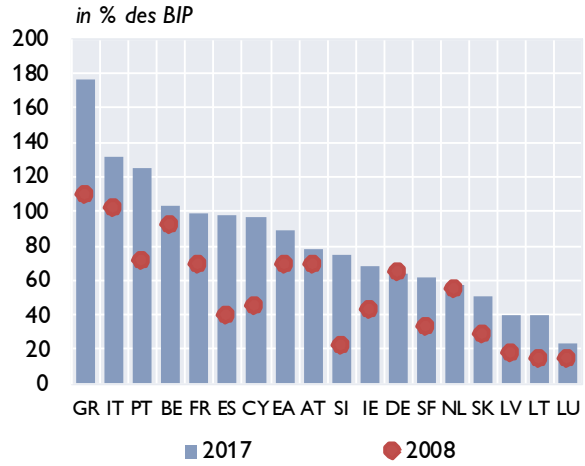
Lohnstückkosten [1)]



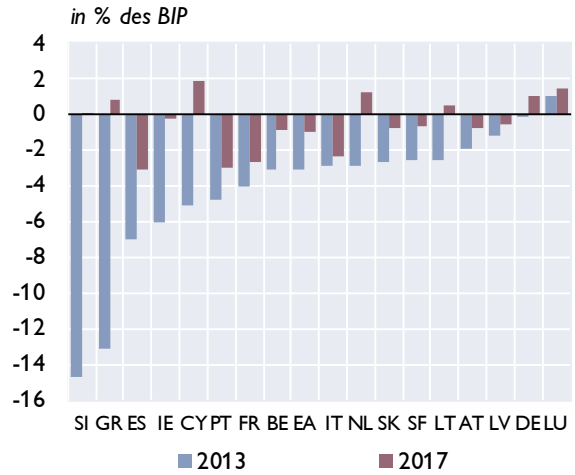
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



Quelle: EZB, Europäische Kommission.

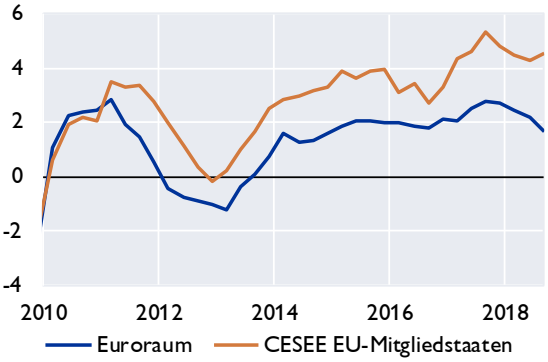
1) Prognose: EK-Prognose Nov. 2018.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

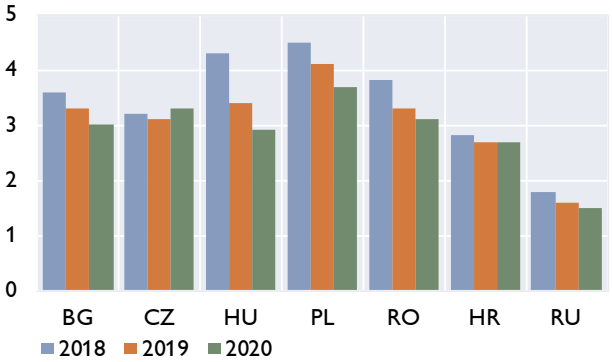
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



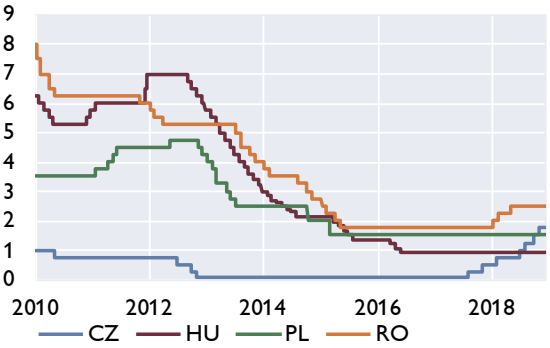
OeNB-BOFIT[1)] Prognose Oktober 2018

reales BIP-Wachstum in %



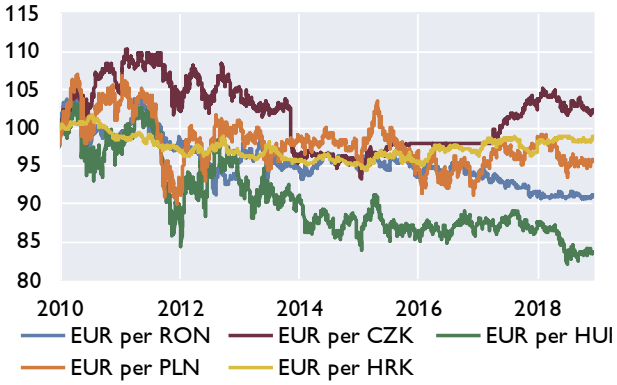
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2010=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiiw	
	Oktober 2018		November 2018		Oktober 2018		November 2018	
	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2018	2019
Bulgarien	3,6	3,3	3,5	3,7	3,6	3,1	3,3	3,2
Estland	x	x	3,5	2,8	3,7	3,2	3,5	3,1
Kroatien	2,8	2,7	2,8	2,8	2,8	2,6	2,5	2,6
Lettland	x	x	4,1	3,2	3,7	3,3	4,1	3,3
Litauen	x	x	3,4	2,8	3,5	2,9	3,5	3,0
Polen	4,5	4,1	4,8	3,7	4,4	3,5	5,0	3,5
Rumänien	3,8	3,3	3,6	3,8	4,0	3,4	3,8	3,6
Russland	1,8	1,6	1,7	1,6	1,7	1,8	1,7	1,6
Slowakei	x	x	4,0	4,1	3,9	4,1	3,8	4,1
Slowenien	x	x	4,3	3,3	4,5	3,4	4,5	3,6
Tschechische Republik	3,2	3,1	3,0	2,9	3,1	3,0	3,3	3,2
Ungarn	4,3	3,4	4,3	3,4	4,0	3,3	4,3	3,0

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

			Prognose[1)]						
	2017	2018	2019	2020	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	1,7	1,5	1,5	1,4	1,5	1,9	1,5	1,4	1,6
Deutschland	2,2	1,7	1,8	1,7	2,7	2,8	2,0	1,9	1,2
Estland	4,9	3,5	2,8	2,6	4,0	4,9	3,5	3,8	3,9
Irland	7,2	7,8	4,5	3,8	13,0	5,4	10,2	9,1	..
Griechenland	1,5	2,0	2,0	2,0	2,0	2,1	2,5	1,7	2,2
Spanien	3,0	2,6	2,2	2,0	2,9	3,1	2,8	2,5	2,5
Frankreich	2,2	1,7	1,6	1,6	2,7	2,8	2,2	1,6	1,4
Italien	1,6	1,1	1,2	1,3	1,7	1,6	1,4	1,2	0,7
Zypern	4,2	3,9	3,5	2,9	4,4	3,5	4,1	4,0	3,7
Lettland	4,6	4,1	3,2	2,9	5,8	4,8	4,8	4,6	5,3
Litauen	4,1	3,4	2,8	2,5	3,9	3,8	3,7	3,8	2,9
Luxemburg	1,5	3,1	3,0	2,7	0,5	2,8	3,2	3,1	..
Malta	6,7	5,4	4,9	4,4	7,9	5,0	4,6	6,2	7,9
Niederlande	2,9	2,8	2,4	1,8	3,0	3,1	3,1	2,9	2,3
Österreich	2,6	2,7	2,0	1,8	3,0	2,8	3,2	2,8	2,4
Portugal	2,8	2,2	1,8	1,7	2,5	2,5	2,2	2,4	2,1
Slowenien	4,9	4,3	3,3	3,0	4,8	6,3	5,1	4,6	5,0
Slowakische Republik	3,2	4,0	4,1	3,5	3,3	3,7	3,9	4,3	4,5
Finnland	2,8	2,9	2,2	1,9	2,3	2,7	2,5	2,3	2,5
Euroraum	2,4	2,1	1,9	1,7	2,8	2,7	2,4	2,2	1,6
Bulgarien	3,8	3,5	3,7	3,6	4,0	3,5	3,5	3,4	3,1
Tschechische Republik	4,3	3,0	2,9	2,6	5,1	5,0	4,1	2,4	2,4
Dänemark	2,3	1,2	1,8	1,6	0,9	0,9	−1,1	0,2	2,0
Kroatien	2,9	2,8	2,8	2,6	3,1	2,4	2,6	2,8	2,7
Ungarn	4,1	4,3	3,4	2,6	4,4	5,0	4,8	4,8	5,2
Polen	4,8	4,8	3,7	3,3	5,5	4,6	5,0	5,2	5,7
Rumänien	7,3	3,6	3,8	3,6	8,4	6,6	4,3	4,3	4,1
Schweden	2,1	2,4	1,8	1,8	2,6	2,7	3,3	2,6	1,7
Vereinigtes Königreich	1,7	1,3	1,2	1,2	1,8	1,4	1,1	1,2	1,5
EU	2,4	2,1	1,9	1,8	2,8	2,6	2,3	2,1	1,8
Türkei	7,4	3,8	−1,5	3,0	11,5	7,3	7,2	5,3	1,6
USA	2,2	2,9	2,6	1,9	2,8	2,3	2,2	4,2	3,5
Japan	1,9	1,1	1,0	0,5	2,2	2,4	1,2	1,4	0,1
Schweiz	1,6	3,0	2,3	2,0	1,7	2,6	3,2	3,2	2,2
Russland	1,5	1,7	1,6	1,8	2,2	0,9	1,3	1,9	..
Brasilien	1,0	1,1	1,9	2,3	1,4	2,2	1,2	0,9	1,3
China	6,9	6,6	6,2	5,9	6,8	6,8	6,8	6,7	6,5
Indien	6,4	7,4	7,5	7,5	6,3	7,0	7,7	8,2	7,1

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

1) EK-Prognose November 2018.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2017	2018	Prognose [2)] 2019	2020	Jul 18	Aug 18	Sep 18	Okt 18	Nov 18
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	2,2	2,3	2,1	1,6	2,7	2,6	2,8	3,2	..
Deutschland	1,7	1,8	1,9	1,6	2,1	1,9	2,2	2,4	2,2
Estland	3,7	3,5	3,3	2,5	3,3	3,5	3,5	4,5	..
Irland	0,3	0,7	1,2	1,4	1,0	0,9	1,2	1,1	..
Griechenland	1,1	0,8	1,2	1,0	0,8	0,9	1,1	1,8	1,3
Spanien	2,0	1,8	1,7	1,5	2,3	2,2	2,3	2,3	1,7
Frankreich	1,2	2,1	1,7	1,6	2,6	2,6	2,5	2,5	2,2
Italien	1,3	1,3	1,5	1,4	1,9	1,6	1,5	1,7	1,7
Zypern	0,7	0,8	1,3	1,4	1,4	1,7	1,7	1,9	1,5
Lettland	2,9	2,7	2,7	2,4	2,7	2,8	3,3	3,2	2,9
Litauen	3,7	2,6	2,2	2,1	2,3	1,8	2,4	2,8	2,4
Luxemburg	2,1	2,0	2,0	1,8	2,5	2,4	2,7	2,8	2,6
Malta	1,3	1,8	1,9	2,0	2,1	2,4	2,5	2,1	1,3
Niederlande	1,3	1,6	2,5	1,7	1,9	1,9	1,6	1,9	..
Österreich	2,2	2,1	2,1	2,0	2,3	2,3	2,1	2,4	..
Portugal	1,6	1,5	1,6	1,6	2,2	1,3	1,8	0,8	1,0
Slowenien	1,6	2,0	2,3	2,2	2,1	2,0	2,2	2,3	2,1
Slowakische Republik	1,4	2,6	2,6	2,4	2,6	2,9	2,7	2,5	2,1
Finnland	0,8	1,2	1,6	1,8	1,4	1,4	1,4	1,7	1,4
Euroraum	1,5	1,8	1,8	1,6	2,1	2,0	2,1	2,2	2,0
Bulgarien	1,2	2,6	2,0	1,8	3,6	3,7	3,6	3,6	..
Tschechische Republik	2,4	2,1	2,2	1,8	2,2	2,4	2,1	2,0	..
Dänemark	1,1	0,8	1,5	1,7	0,9	0,8	0,5	0,7	..
Kroatien	1,3	1,6	1,5	1,4	2,2	2,1	1,6	1,7	..
Ungarn	2,4	3,0	3,3	3,0	3,4	3,4	3,7	3,9	..
Polen	1,6	1,2	2,6	2,7	1,4	1,4	1,5	1,5	1,1
Rumänien	1,1	4,3	3,5	3,3	4,3	4,7	4,7	4,2	..
Schweden	1,9	2,1	1,9	1,6	2,2	2,1	2,5	2,4	..
Vereinigtes Königreich	2,7	2,6	2,0	1,9	2,5	2,7	2,4	2,4	..
EU	1,7	2,0	2,0	1,8	2,2	2,2	2,1	2,2	..
Türkei	11,1	16,7	15,4	12,4	15,9	17,9	24,5	25,2	..
USA	2,1	2,5	2,4	2,2	2,9	2,7	2,3	2,5	2,2
Japan	0,5	0,8	1,0	1,3	0,9	1,3	1,2	1,4	..
Schweiz	0,6	1,0	0,7	0,7	1,2	1,3	1,1	1,1	..
Russland	3,7	3,0	5,0	4,0	2,5	3,1	3,4	3,6	3,8
Brasilien	3,5	3,7	4,2	4,1	4,5	4,2	4,5	4,6	..
China[3)]	1,6	2,3	2,2	2,3	2,1	2,3	2,5	2,5	2,2
Indien	2,5	4,7	4,9	4,6	5,6	5,6	5,6	5,2	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) EK-Prognose November 2018; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose Oktober 2018.

3) China: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2017	2018	Prognose [2)] 2019	2020	Jun 18	Jul 18	Aug 18	Sep 18	Okt 18
	in %								
Belgien	7,1	6,4	6,1	5,9	6,4	6,6	6,5	6,3	6,2
Deutschland	3,8	3,5	3,2	3,0	3,4	3,4	3,4	3,4	3,3
Estland	5,8	5,7	6,0	6,0	5,1	5,3	5,5	5,8	..
Irland	6,7	5,6	5,1	4,9	5,8	5,8	5,6	5,4	5,3
Griechenland	21,5	19,6	18,2	16,9	19,1	19,1	18,9	18,6	..
Spanien	17,2	15,6	14,4	13,3	15,2	15,1	15,0	14,9	14,8
Frankreich	9,4	9,0	8,8	8,4	9,0	9,0	9,0	9,0	8,9
Italien	11,2	10,7	10,4	10,0	10,7	10,4	10,1	10,3	10,6
Zypern	11,1	8,2	6,3	4,8	8,2	8,2	8,2	8,4	8,5
Lettland	8,7	7,3	6,7	6,5	7,7	7,4	7,1	6,9	6,9
Litauen	7,1	6,5	6,3	6,3	5,8	6,3	6,3	6,6	6,3
Luxemburg	5,6	5,3	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,0	5,0
Malta	4,0	3,9	4,0	4,0	3,8	3,9	3,8	3,8	3,7
Niederlande	4,9	3,9	3,6	3,6	3,9	3,8	3,9	3,7	3,7
Österreich	5,5	4,8	4,6	4,4	4,8	5,0	4,9	5,0	5,1
Portugal	9,0	7,1	6,3	5,9	6,8	6,8	6,9	6,6	6,7
Slowenien	6,6	5,6	5,3	5,1	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2
Slowakische Republik	8,1	6,9	6,3	6,0	6,8	6,7	6,6	6,6	6,6
Finnland	8,6	7,8	7,2	6,9	7,5	7,5	7,4	7,2	7,2
Euroraum	9,1	8,4	7,9	7,5	8,2	8,1	8,1	8,1	8,1
Bulgarien	6,2	6,0	5,8	5,7	5,3	5,3	5,3	5,3	5,4
Tschechische Republik	2,9	2,4	2,5	2,6	2,3	2,4	2,3	2,2	2,2
Dänemark	5,7	5,2	4,9	4,7	4,9	4,9	4,8	4,8	4,8
Kroatien	11,1	9,1	7,6	6,6	8,8	8,6	8,4	8,2	8,1
Ungarn	4,2	3,6	3,3	3,2	3,6	3,7	3,8	3,7	..
Polen	4,9	3,3	2,9	2,8	3,8	3,8	3,8	3,8	3,8
Rumänien	4,9	4,3	4,2	4,1	4,2	4,1	4,1	3,9	4,0
Schweden	6,7	6,3	6,2	6,2	6,3	6,4	6,6	6,5	6,0
Vereinigtes Königreich	4,4	4,3	4,5	4,7	4,0	4,0	4,1	4,1	..
EU	7,6	6,9	6,6	6,3	6,9	6,8	6,8	6,7	6,7
Türkei	10,9	10,1	12,8	12,7	10,9	11,0	11,2	..	..
USA	4,4	3,9	3,5	3,5	4,0	3,9	3,9	3,7	3,7
Japan	2,8	2,7	2,6	2,5	2,4	2,5	2,4	2,3	2,4
Schweiz	3,2	4,4	4,2	4,1	2,6	2,6	2,6	2,5	2,5
Russland	5,2	5,2	4,9	4,6	4,7	4,7	4,6	4,5	4,7
Brasilien	12,8	11,8	10,7	10,2	12,4	12,3	12,1	11,9	11,7
China	3,9	4,0	4,0	4,0	3,8	3,8	3,8	3,8	..
Indien	4,5	x	x	x	5,8	5,7	6,3	6,6	6,9

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) EK-Prognose November 2018; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2018.

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
						Prognose[1)]		
	in % des BIP							
Belgien	1,2	−0,3	−0,8	−0,4	0,9	1,2	1,1	1,1
Deutschland	6,7	7,6	8,9	8,7	8,2	7,8	7,3	6,9
Estland	0,5	0,8	1,9	1,8	3,3	3,5	3,3	3,2
Irland	1,6	1,1	4,4	−4,2	8,5	11,7	11,6	11,4
Griechenland	−2,3	−2,1	0,1	−0,6	−1,0	−0,2	−0,2	0,3
Spanien	1,5	1,0	1,1	2,2	1,9	1,2	1,0	1,1
Frankreich	−1,0	−1,2	−0,5	−0,8	−0,6	−0,6	−0,7	−0,5
Italien	1,0	1,9	1,4	2,5	2,7	2,6	2,5	2,5
Zypern	−5,3	−4,7	−2,0	−5,1	−8,4	−8,2	−9,3	−9,5
Lettland	−2,5	−1,7	−0,5	1,4	0,7	−0,0	−0,4	−0,4
Litauen	1,4	4,0	−2,0	−0,7	0,9	−0,8	−0,8	−0,6
Luxemburg	−1,3	−1,0	1,9	2,0	4,4	4,2	3,8	3,3
Malta	2,7	8,8	4,5	7,0	13,8	12,3	11,2	10,6
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,5	10,1	9,5	9,1
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,6	2,1	2,0	2,2	2,4
Portugal	0,7	−0,3	−0,9	0,1	0,2	0,0	−0,1	−0,1
Slowenien	3,2	5,8	4,5	5,5	7,1	7,5	7,2	6,7
Slowakische Republik	1,5	1,0	−2,3	−1,2	−0,2	0,0	1,3	2,1
Finnland	−1,9	−1,3	−0,8	−0,7	0,6	0,7	1,1	1,6
Euroraum	2,8	3,0	3,4	3,5	4,0	3,8	3,7	3,6
Bulgarien	2,0	0,2	0,6	5,3	8,2	5,9	4,6	5,1
Tschechische Republik	−1,1	−1,2	−1,5	0,1	0,3	−0,5	−0,5	−0,1
Dänemark	7,8	8,9	8,8	7,3	7,8	6,1	6,3	6,1
Kroatien	0,0	2,0	4,6	2,5	4,1	2,5	2,0	1,8
Ungarn	3,8	1,5	2,7	6,2	3,0	1,2	−0,0	0,3
Polen	−0,5	−1,4	0,2	0,2	0,2	−0,6	−0,9	−1,3
Rumänien	−0,6	−0,1	−0,8	−1,7	−3,1	−3,7	−4,2	−4,5
Schweden	5,1	4,7	4,6	4,2	3,6	3,2	3,0	2,9
Vereinigtes Königreich	−5,2	−4,9	−4,9	−5,2	−3,7	−3,3	−3,2	−3,0
EU	1,3	1,7	1,8	2,0	2,6	2,5	2,3	2,3
Türkei	−6,7	−4,7	−3,7	−3,8	−5,6	−6,8	−2,9	−3,4
USA	−2,1	−2,1	−2,2	−2,3	−2,3	−2,4	−2,6	−2,8
Japan	0,9	0,8	3,1	3,8	4,2	4,7	4,7	4,7
Schweiz	11,6	8,8	11,2	9,4	9,2	10,4	11,0	11,4
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,2	5,6	5,2	4,9
Brasilien	−3,0	−4,2	−3,3	−1,3	−0,5	−1,3	−1,6	−1,7
China	1,5	2,2	2,7	1,8	1,4	0,2	−0,2	−0,4
Indien	−1,7	−1,3	−1,1	−0,6	−1,9	−3,0	−2,5	−2,4

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose November 2018; BR, IN: IWF-Prognose Oktober 2018.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2017	2018	2019	2020	2017	2018	2019	2020
	in % des BIP							
Belgien	−0,9	−1,0	−1,1	−1,3	103,4	101,4	99,8	98,7
Deutschland	1,0	1,6	1,2	1,1	63,9	60,1	56,7	53,7
Estland	−0,4	0,5	0,5	0,2	8,7	8,0	7,6	7,5
Irland	−0,3	−0,1	−0,1	0,2	68,4	63,9	61,1	56,0
Griechenland	0,8	0,7	0,7	0,6	176,1	182,5	174,9	167,4
Spanien	−3,1	−2,7	−2,1	−2,0	98,1	96,9	96,2	95,4
Frankreich	−2,7	−2,6	−2,8	−1,7	98,5	98,7	98,5	97,3
Italien	−2,4	−1,9	−2,9	−3,1	131,2	131,1	131,0	131,1
Zypern	1,8	2,8	3,0	2,9	96,1	105,0	98,4	91,1
Lettland	−0,6	−0,9	−1,0	−0,7	40,0	37,1	35,5	35,7
Litauen	0,5	0,6	0,4	0,1	39,4	34,8	37,9	37,6
Luxemburg	1,4	1,3	1,2	0,9	23,0	21,4	20,8	20,6
Malta	3,5	1,3	1,2	0,7	50,9	47,9	44,8	42,1
Niederlande	1,2	1,1	1,1	1,0	57,0	53,2	49,6	46,9
Österreich	−0,8	−0,3	0,0	0,1	78,3	74,5	71,0	67,8
Portugal	−3,0	−0,7	−0,6	−0,2	124,8	121,5	119,2	116,8
Slowenien	0,1	0,5	0,4	0,2	74,1	70,2	66,3	62,6
Slowakische Republik	−0,8	−0,6	−0,3	−0,1	51,0	48,8	46,4	44,2
Finnland	−0,7	−0,8	−0,2	−0,1	61,3	59,8	58,5	57,5
Euroraum	−1,0	−0,6	−0,8	−0,7	88,9	86,9	84,9	82,8
Bulgarien	1,1	0,8	0,6	0,6	25,6	23,3	21,3	19,5
Tschechische Republik	1,6	1,4	0,8	0,7	34,7	33,2	32,1	31,2
Dänemark	1,1	0,2	−0,1	0,6	36,1	33,3	32,2	30,5
Kroatien	0,9	0,2	0,4	0,1	77,5	73,5	70,1	68,2
Ungarn	−2,2	−2,4	−1,9	−1,8	73,3	72,9	70,3	68,6
Polen	−1,4	−0,9	−0,9	−1,0	50,6	49,2	48,3	47,4
Rumänien	−2,9	−3,3	−3,4	−4,7	35,1	35,1	36,0	38,2
Schweden	1,6	1,1	1,0	0,8	40,8	37,9	35,5	33,5
Vereinigtes Königreich	−1,8	−1,3	−1,1	−1,0	87,4	86,0	84,5	82,6
EU	−1,0	−0,7	−0,8	−0,7	83,2	81,4	79,5	77,6
Türkei	−2,3	−2,5	−1,9	−2,2	28,3	31,2	31,9	30,5
USA	−4,0	−5,8	−6,0	−6,0	105,2	105,8	107,3	109,6
Japan	−3,7	−3,3	−3,1	−2,8	235,9	236,2	235,2	234,5
Schweiz	1,3	0,3	0,2	0,0	33,4	32,0	30,9	30,2
Russland	−1,5	1,8	1,7	1,5	15,3	14,3	14,4	15,0
Brasilien	−7,8	−8,6	−8,0	−7,8	84,0	88,4	90,5	92,9
China	−3,9	−4,1	−4,4	−4,3	47,0	50,1	53,9	57,1
Indien	−7,2	−6,6	−6,5	−6,3	71,2	69,6	68,1	66,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) EK-Prognose November 2018; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2018.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB				WIFO		IHS		OECD			IWF		EU-Kommission		
	Dezember 2018				Oktober 2018		Oktober 2018		November 2018			Oktober 2018		November 2018		
	2018	2019	2020	2021	2018	2019	2018	2019	2018	2019	2020	2018	2019	2018	2019	2020
	Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP, real	2,7	2,0	1,9	1,7	3,0	2,0	2,7	1,7	2,6	1,9	1,9	2,8	2,2	2,7	2,0	1,8
Privater Konsum, real	1,7	1,7	1,6	1,3	1,8	1,7	1,8	1,4	1,8	1,6	1,5	×	×	1,8	1,6	1,5
Öffentlicher Konsum, real	1,8	1,5	1,2	1,3	0,8	0,7	1,1	1,0	0,9	0,6	0,5	×	×	1,2	0,8	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	3,5	2,6	2,2	1,7	3,4	2,7	3,3	1,8	3,4	2,0	2,0	×	×	3,4	2,5	2,1
Exporte, real	4,2	3,8	4,0	3,7	4,9	3,7	4,5	3,7	3,9	3,2	3,2	4,1	3,4	4,6	3,7	3,0
Importe, real	2,7	3,6	3,8	3,4	4,0	3,5	3,3	3,2	2,3	2,1	2,4	3,4	3,7	3,4	3,3	2,6
Arbeitsproduktivität[1)]	1,0	0,9	1,0	0,9	0,7	0,7	0,3	0,5	0,9	0,8	0,8	×	×	0,9	0,9	1,0
	Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP Deflator	1,7	2,0	1,9	1,7	1,7	2,1	1,8	1,9	1,6	1,9	2,2	1,9	1,4	1,6	1,9	1,8
VPI	×	×	×	×	2,1	2,1	2,0	2,1	×	×	×	×	×	×	×	×
HVPI[1)]	2,1	2,1	2,0	1,9	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2,0	2,0	2,1	2,1	2,1	2,0
Lohnstückkosten	1,4	1,8	1,6	1,4	1,5	1,8	2,1	2,0	×	×	×	×	×	1,6	1,7	1,4
	Veränderung zum Vorjahr in %															
Beschäftigte	2,2	1,4	1,1	1,0	2,5	1,5	2,4	1,2	1,3	1,2	1,1	1,0	1,1	1,8	1,1	0,8
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition															
Arbeitslosenquote	4,9	4,7	4,7	4,5	4,8	4,5	4,9	4,8	4,8	4,5	4,5	5,2	5,1	4,8	4,6	4,4
	in % des nominellen BIP															
Leistungsbilanz	2,1	2,4	2,6	2,8	1,9	2,0	×	×	2,2	2,4	2,8	2,2	1,8	2,0	2,2	2,4
Finanzierungssaldo des Staates	0,0	0,1	0,4	0,5	−0,1	0,2	−0,2	0,1	−0,1	0,3	0,6	−0,2	−0,2	−0,3	0,0	0,1
	Prognoseannahmen															
Erdölpreis in USD/Barrel	71,8	67,5	66,8	65,9	74,0	75,0	74,0	77,0	74,1	80,0	80,0	69,4	68,8	75,1	80,6	76,7
Kurzfristiger Zinssatz in %	−0,3	−0,3	0,0	0,3	−0,3	−0,2	−0,3	−0,0	−0,3	−0,2	0,2	−0,3	−0,2	−0,3	−0,2	0,2
USD/EUR	1,18	1,14	1,14	1,14	1,19	1,15	1,19	1,17	1,18	1,14	1,14	1,19	1,17	1,18	1,15	1,15
	Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP, real Euroraum	1,9	1,7	1,7	1,5	2,0	1,6	2,0	1,8	1,9	1,8	1,6	2,0	1,9	2,1	1,9	1,7
BIP, real USA	2,9	2,5	2,0	1,8	2,7	1,8	2,8	2,5	2,9	2,7	2,1	2,9	2,5	2,9	2,6	1,9
BIP, real Welt[2)]	3,8	3,5	3,6	3,6	×	×	3,7	3,6	3,7	3,5	3,5	3,7	3,7	3,7	3,5	3,5
Welthandel	4,7	3,7	3,7	3,9	×	×	3,5	3,0	3,9	3,7	3,7	4,2	4,0	4,1	3,8	3,5

1) OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.

2) OeNB: BIP, real Welt ohne Euroraum.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

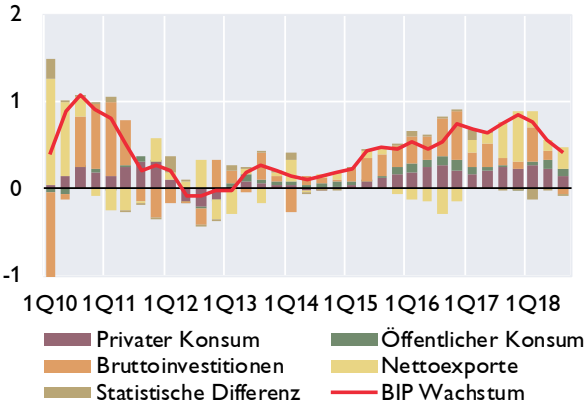
	2016	2017	2017 Q4	2018 Q1	2018 Q2	2018 Q3	2018 Q4	2018 Aug.	2018 Sep.	2018 Okt.	2018 Nov.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	1,0	2,2	2,4	2,0	2,1	2,2	..	2,3	2,1	2,4	..
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	1,5	2,2	2,4	2,2	1,9	1,8	..	1,9	1,7	1,8	..
Nationaler VPI	0,9	2,1	2,2	1,8	1,9	2,1	..	2,2	2,0	2,2	..
Deflator des privaten Konsums	1,4	1,7	2,1	1,8	2,1	2,2	..	×	×	×	×
BIP Deflator	1,4	1,3	1,1	1,6	1,4	1,6	..	×	×	×	×
Erzeugerpreisindex	−1,8	1,9	1,8	1,3	2,3	3,4	..	3,5	3,3	3,4	..
Großhandelspreisindex	−2,3	4,6	4,4	2,6	4,8	5,4	..	5,4	4,8	5,4	4,4
Tariflohnindex	1,6	1,5	1,6	2,4	2,6	2,6	..	2,6	2,6	2,6	..
BIP je Erwerbstätigen	2,0	2,1	1,7	3,5	2,5	2,5	..	×	×	×	×
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	1,7	0,6	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	2,3	−2,2	×	×	×	×	×	×	×	×	×
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	2,0	2,7	0,8	0,8	0,6	0,4	..	×	×	×	×
Privater Konsum	1,4	1,7	0,4	0,5	0,4	0,3	..	×	×	×	×
Öffentlicher Konsum	1,7	1,4	−0,0	0,3	0,5	0,4	..	×	×	×	×
Bruttoanlageinvestitionen	4,2	3,8	0,8	1,0	1,1	0,7	..	×	×	×	×
Exporte	3,0	4,6	1,6	1,0	0,7	0,7	..	×	×	×	×
Importe	4,0	4,4	0,6	0,7	0,6	0,4	..	×	×	×	×
	Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	2,0	2,6	2,4	3,7	2,7	2,2	..	×	×	×	×
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,9	1,4	0,8	1,5	1,5	0,9	..	×	×	×	×
Nettoexporte	−0,3	−0,1	0,9	1,7	0,4	1,6	..	×	×	×	×
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,4	1,2	0,7	0,4	0,8	-0,3	..	×	×	×	×
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	−0,3	8,2	9,8	5,2	6,2	6,4	..	4,5	2,8	..	..
Importe	1,6	8,8	8,7	2,9	8,0	4,7	..	3,6	1,1	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	12,7	11,0	2,5	7,0	2,4	..	..	×	×	×	×
Reiseverkehr	8,6	8,7	1,8	5,6	0,5	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz	8,8	7,2	2,4	5,3	1,0	..	..	×	×	×	×
Leistungsbilanz in % des BIP	2,5	2,0	2,4	5,7	1,0	..	..	×	×	×	×
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	99,7	111,5	116,9	117,1	114,4	112,5	..	112,7	113,2	113,1	110,8
Industrievertrauen (%-Saldo)	−5,5	5,5	6,1	11,6	10,6	7,4	..	8,4	7,5	5,6	7,0
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	2,8	4,7	5,7	5,0	5,2	1,7	..	1,6	0,8	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,3	86,7	88,0	88,8	88,7	88,7	88,5	×	×	×	×
Bauvertrauen (%-Saldo)	−4,0	8,8	10,2	9,7	9,7	17,5	..	15,4	19,6	15,2	15,9
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	14,0	26,6	28,6	30,7	26,3	25,9	..	25,2	27,9	30,5	20,9
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	−10,2	4,1	4,9	12,2	11,1	8,9	..	8,1	9,9	9,3	9,4
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	−2,0	−5,3	−5,6	−7,1	−9,2	-12,3	..	−12,6	−9,8	−12,4	−13,3
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	−7,3	0,7	−0,5	2,6	−0,4	-1,3	..	2,0	−4,3	3,1	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,5	1,9	2,2	2,6	2,5	2,3	..	2,3	2,2	2,1	2,0
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	0,8	−4,9	−7,7	−9,4	−9,4	-7,7	..	−7,5	−7,6	−6,2	−6,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	9,1	8,5	8,5	8,8	7,2	6,9	..	7,0	6,9	7,3	7,6
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	6,0	5,5	5,3	5,0	4,7	5,0	..	4,9	5,0	5,1	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	5,6	4,0	4,5	5,0	5,4	6,3	..	6,9	6,0	6,7	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	×	×	×	×	×	×	×	6,5	6,3	6,5	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	5,0	1,9	1,9	4,2	4,2	5,1	..	3,9	5,1	4,8	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3	-0,3	..	−0,3	−0,3	−0,3	−0,3
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,4	0,6	0,5	0,8	0,7	0,6	..	0,6	0,7	0,7	0,6
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.295	3.096	3.363	3.495	3.401	3.323	..	3.334	3.328	3.241	3.112
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	−1,2	−0,9	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Finanzierungssaldo des Staates	−1,6	−0,8	×	×	×	×	×	×	×	×	×
Schulden des Staates	83,0	78,3	×	×	×	×	×	×	×	×	×

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

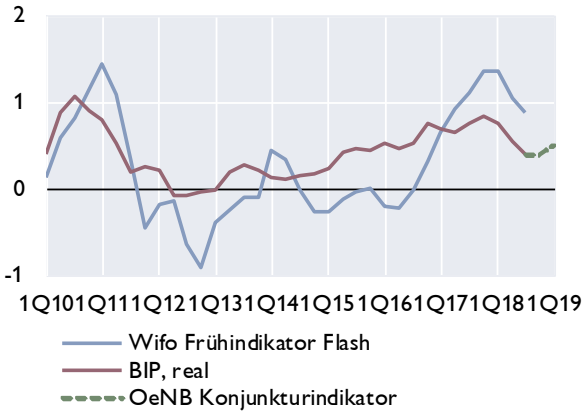
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



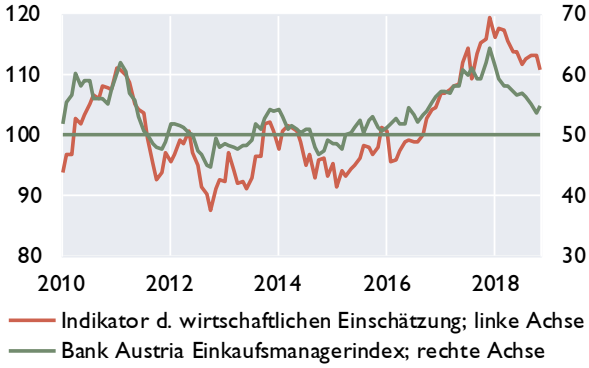
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



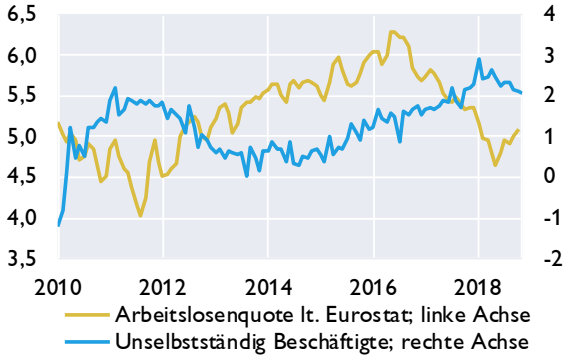
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2015	2016	2017	2Q17	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	5,9	8,8	7,2	0,1	0,4	2,4	5,3	1,0
Güter	2,3	1,9	0,9	0,7	0,2	−0,1	1,1	1,7
Dienstleistungen	10,2	10,8	10,2	0,8	1,4	2,7	5,9	0,7
Primäreinkommen	−3,4	−0,4	−1,0	−0,4	−0,6	0,4	−0,7	−0,4
Sekundäreinkommen	−3,1	−3,4	−2,8	−0,9	−0,6	−0,6	−1,0	−0,9
Vermögensübertragungen	−1,8	−0,4	−0,3	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1	−0,1
Kapitalbilanz	4,0	10,7	9,0	0,0	3,2	2,7	7,6	−2,3
Direktinvestitionen	5,2	1,9	0,0	−0,6	−2,1	1,8	−0,2	−0,3
Portfolioinvestitionen	14,1	23,7	18,8	4,5	0,2	4,7	1,5	−0,3
Finanzderivate	−0,5	−0,4	−0,9	−0,5	−0,2	0,0	−0,4	−0,4
Sonstige Investiitionen	−14,4	−15,0	−5,9	−1,3	6,7	−4,0	3,8	−1,1
Währungsreserven[3)]	−0,3	0,5	−3,1	−2,1	−1,3	0,3	2,9	−0,2
Statistische Differenz	−0,1	2,2	2,0	−0,1	2,9	0,4	2,4	−3,2
Leistungsbilanz in % des BIP	1,7	2,5	2,0	0,1	0,4	2,4	5,7	1,0

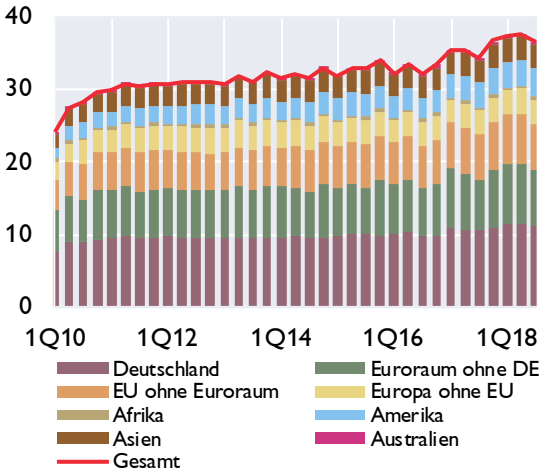
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten, 2018 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			Veränderung zum Vorjahr in%	
2015	131.538	133.529	−1990,9	2,7	2,8
2016	131.125	135.667	−4541,9	−0,3	1,6
2017	141.940	147.542	−5602,5	8,2	8,8
Jän.-Sep. 17	105.274	109.547	−4273,0	7,7	8,8
Jän.-Sep. 18	111.545	115.228	−3682,5	6,0	5,2
Apr. 18	12.273	12.650	−376,9	10,6	11,2
Mai 18	12.240	13.042	−802,3	−2,5	1,7
Juni 18	13.132	13.430	−297,8	11,5	11,9
Juli 18	12.844	13.066	−221,9	12,0	9,6
Aug. 18	11.261	12.009	−747,2	4,5	3,6
Sep. 18	12.415	12.629	−214,0	2,8	1,1

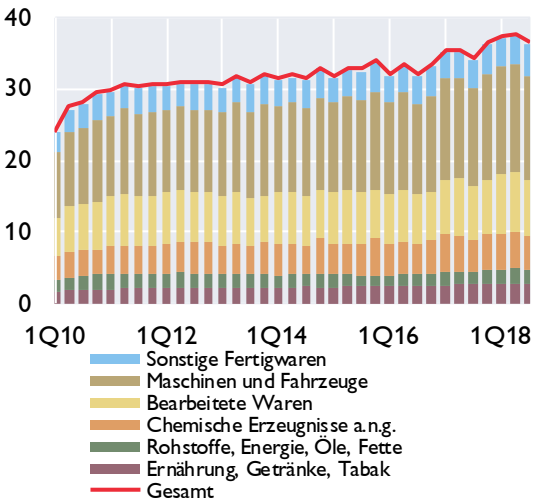
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

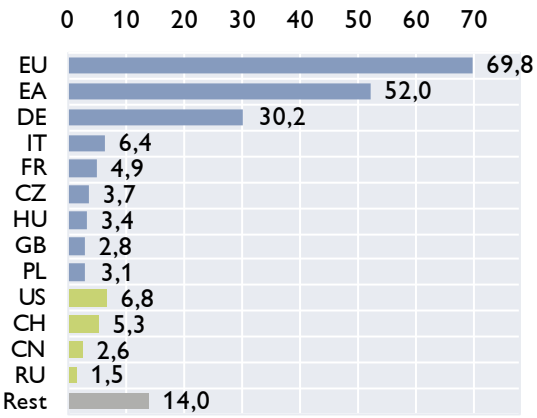
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2017

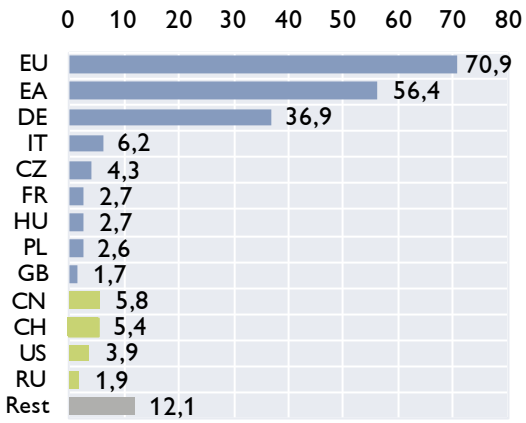
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



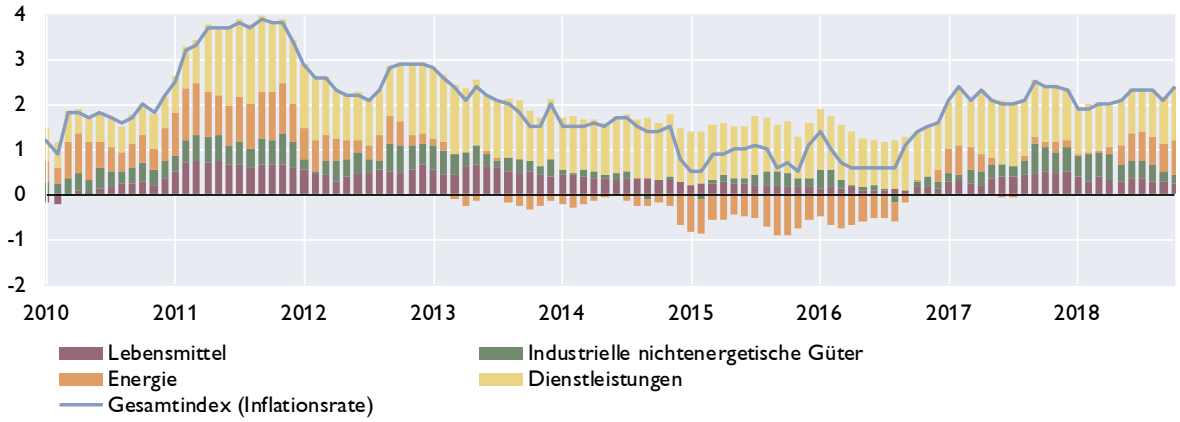
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2018	2016	2017	Jun 18	Jul 18	Aug 18	Sep 18	Okt 18
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	1,0	2,2	2,3	2,3	2,3	2,1	2,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,2	0,7	2,3	2,0	2,0	1,2	1,2	1,1
Alkoholische Getränke und Tabak	3,6	1,5	3,2	3,6	3,8	4,0	3,8	3,7
Bekleidung und Schuhe	7,5	0,7	1,6	1,1	1,0	−0,2	−0,5	−0,6
Wohnung, Wasser, Energie	14,5	1,0	1,6	2,5	2,6	2,6	2,5	3,3
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,4	1,4	0,7	2,6	2,3	2,9	2,4	1,9
Gesundheitspflege	5,2	2,4	1,5	1,9	3,0	2,8	2,7	2,1
Verkehr	13,8	−2,1	3,7	4,2	3,7	4,1	3,8	5,5
Nachrichtenübermittlung	2,0	−2,1	0,2	−4,1	−0,9	−0,8	−1,1	−1,4
Freizeit und Kultur	10,4	1,3	2,5	1,1	0,6	0,7	0,4	0,2
Bildungswesen	1,1	1,3	1,9	2,8	2,9	2,9	3,2	3,7
Hotels, Cafes und Restaurants	15,6	3,5	2,8	3,2	3,2	3,2	3,1	3,3
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,8	1,5	1,5	1,6	1,9	2,2	2,0	2,1

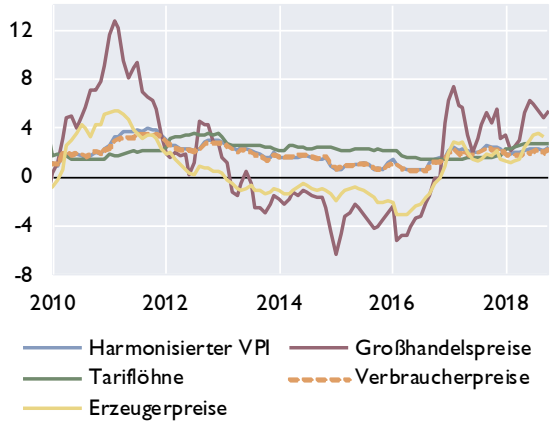
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2016	2017	2018[1)]	2019[1)]
Stundenproduktivität	-0,0	0,9	0,7	0,7
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,3	1,4	2,5	2,4
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit [2)]	1,3	1,0	1,6	−0,7
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	1,6	0,6	1,5	1,8
Sachgütererzeugung	−0,5	−1,2	−0,8	0,2

1) WIFO-Prognose Oktober 2018.

2) Real-effektiver Wechselkursidex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2015	2016	2017	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18	3Q18
Gesamt	**135.201**	**140.828**	**144.500**	**48.764**	**23.195**	**49.175**	**26.580**	**49.427**
Inländer	36.423	38.003	38.523	13.348	7.243	9.538	8.912	13.534
Ausländer	98.778	102.825	105.977	35.415	15.951	39.637	17.668	35.893
darunter								
Deutschland	50.169	52.632	53.576	18.580	7.711	19.916	9.079	18.923
Osteuropa	10.423	10.814	11.640	2.784	2.149	5.369	1.872	2.988
Niederlande	9.172	9.506	9.765	3.159	952	5.072	842	3.045
Schweiz	4.911	5.078	5.063	1.570	977	1.568	884	1.543
Vereinigtes Königreich	3.549	3.703	3.740	859	562	1.645	694	851
Italien	2.927	2.874	2.897	1.412	579	457	422	1.388
Belgien	2.603	2.741	2.783	973	247	1.094	481	967
Frankreich	1.752	1.766	1.804	715	244	497	339	694
Dänemark	1.478	1.544	1.576	406	122	955	78	390
USA	1.675	1.642	1.783	640	368	293	520	677
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**2,5**	**4,2**	**2,6**	**1,6**	**5,2**	**7,5**	**−0,8**	**1,4**
Inländer	2,1	4,3	1,4	−0,6	3,4	4,0	1,8	1,4
Ausländer	2,6	4,1	3,1	2,4	6,1	8,3	−2,0	1,3

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2015	2016	2017	2Q17	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18
Deutschland	7.791	8.271	8.435	1.514	2.455	1.567	3.350	1.482
Niederlande	1.152	1.167	1.224	87	308	148	727	96
Schweiz	1.061	1.160	1.225	191	316	232	487	190
Italien	740	768	751	164	241	176	168	136
CESEE[1)]	2.274	2.503	2.740	489	624	633	1.103	524
Restl. Europa	2.092	2.144	2.214	328	514	340	1.073	335
Rest der Welt	1.325	1.388	1.523	345	536	314	353	373
Gesamt	**16.435**	**17.401**	**18.112**	**3.118**	**4.994**	**3.410**	**7.261**	**3.136**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2015	2016	2017	2Q17	3Q17	4Q17	1Q18	2Q18
Deutschland	2.098	2.182	2.221	615	704	448	426	665
Italien	1.306	1.432	1.414	394	687	187	164	456
Kroatien	693	815	826	210	535	53	46	214
Europäische Mittelmeerländer[1)]	1.016	965	1.084	272	579	126	141	232
Restl. Europa	2.162	2.233	2.534	621	979	484	544	756
Rest der Welt	1.133	1.173	1.375	282	395	359	327	307
Gesamt	**8.408**	**8.800**	**9.454**	**2.394**	**3.879**	**1.657**	**1.648**	**2.630**

1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

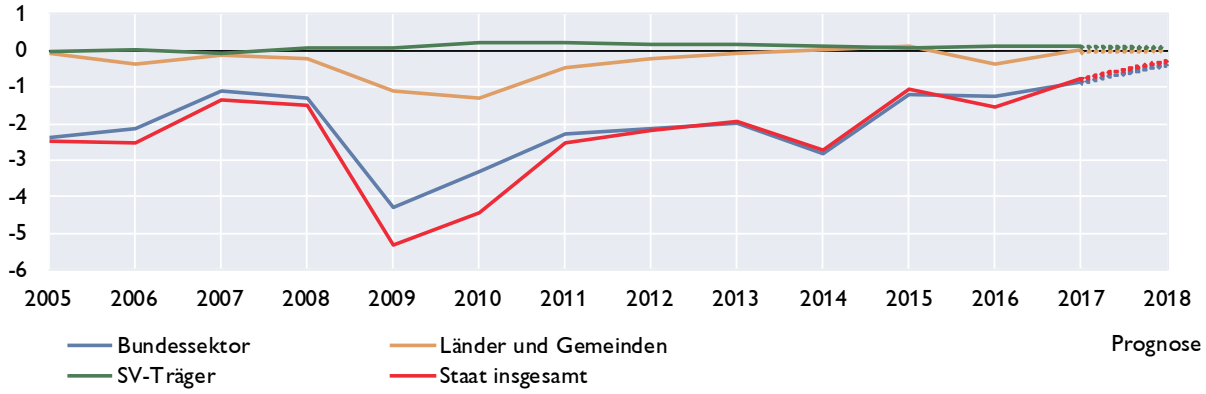
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2014	−9,4	−0,0	0,3	−9,1	−2,8	−0,0	0,1	−2,7
2015	−4,2	0,4	0,1	−3,6	−1,2	0,1	0,0	−1,0
2016	−4,4	−1,5	0,3	−5,6	−1,2	−0,4	0,1	−1,6
2017	−3,3	−0,0	0,4	−2,9	−0,9	−0,0	0,1	−0,8
2018 1)	−1,6	0,1	0,3	−1,2	−0,4	0,0	0,1	−0,3

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP

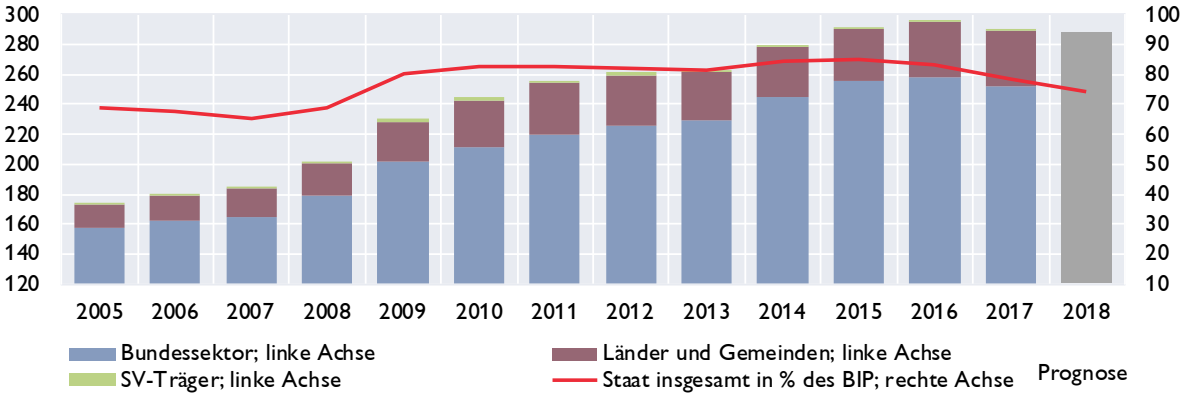


Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2014	244,9	33,8	1,3	280,0	73,5	10,1	0,4	84,0
2015	255,8	34,9	1,3	291,9	74,3	10,1	0,4	84,8
2016	257,7	36,8	1,3	295,8	72,3	10,3	0,4	83,0
2017	251,8	36,7	1,2	289,7	68,1	9,9	0,3	78,3
2018 1)	.	.	.	287,6	.	.	.	74,2

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR *in % des BIP*



1) Prognose (BMF; budgetäre Notifikation vom Oktober 2018).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

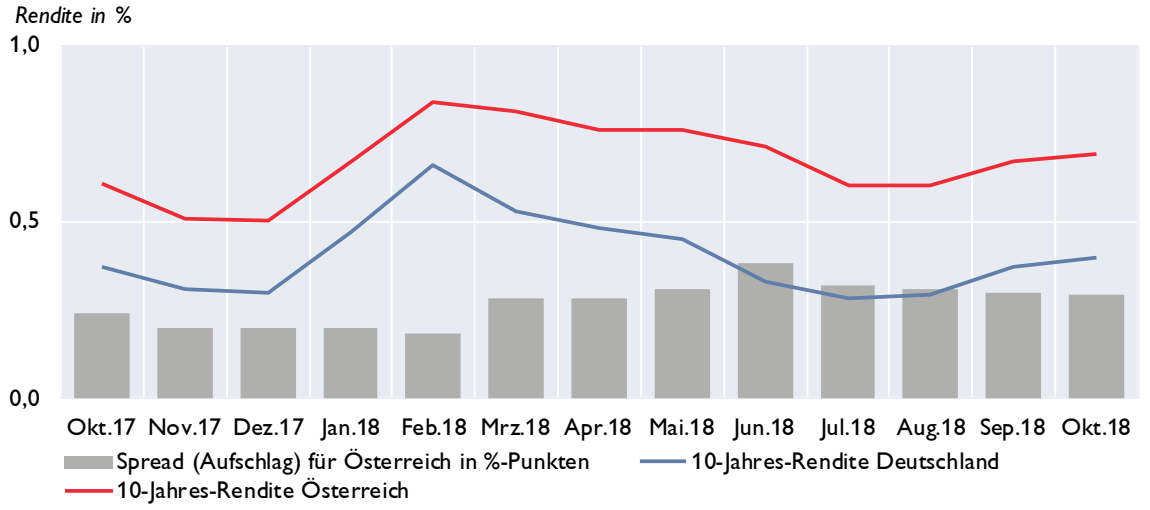
Finanzierungshaushalt[1)] Allgemeine Gebarung	Jänner bis Oktober		Erfolg	Voranschlag	Veränderung
	2017	2018	2017	2018	2018/2017
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	66.766	62.779	80.678	78.536	−2,7
Einzahlungen	59.317	61.992	73.805	76.377	3,5
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	−7.449	−788	−6.873	−2.159	−68,6

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Oktober		Erfolg	Voranschlag	Veränderung
	2017	2018	2017	2018	2018/2017
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	32.968	34.353	41.850	42.878	2,5
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	*2.522*	*2.775*	*3.951*	*4.100*	*3,8*
Körperschaftsteuer	*6.141*	*6.959*	*7.904*	*8.500*	*7,5*
Lohnsteuer	*20.518*	*21.862*	*25.350*	*27.000*	*6,5*
Kapitalertragsteuern	*2.133*	*2.425*	*2.754*	*2.900*	*5,3*
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	34.502	35.675	41.923	43.177	3,0
davon: Umsatzsteuer	*23.442*	*24.326*	*28.346*	*29.400*	*3,7*
Öffentliche Abgaben brutto	68.594	71.099	84.821	86.675	2,2
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	24.928	25.606	30.467	30.826	1,2
Überweisungen an die Europäische Union	2.018	2.424	2.644	2.900	9,7
Öffentliche Abgaben netto[3)]	41.648	43.069	51.709	52.949	2,4

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich



Quelle: BMF, EZB.

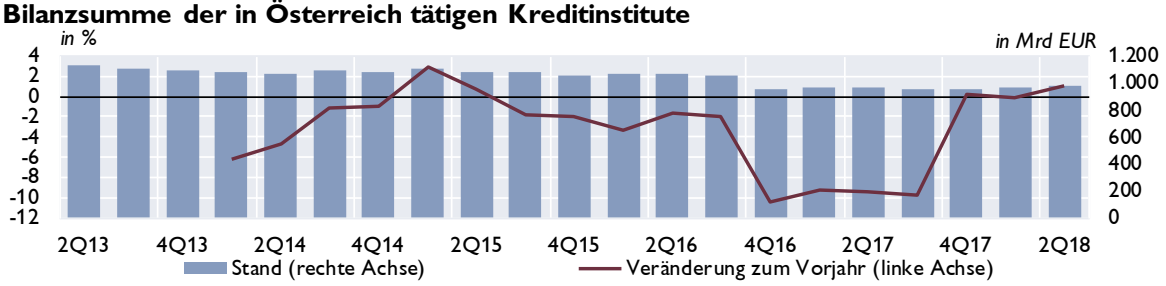
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute konsolidiert[1)]

Vermögenslage

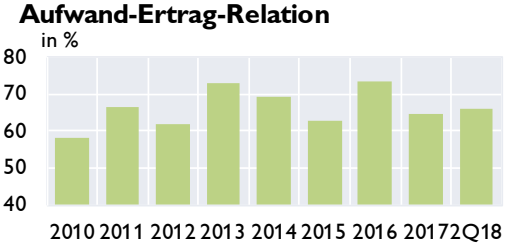
	2. Quartal 2018	2. Quartal 2017	Differenz zur Vergleichsperiode	
AKTIVA	in Mio EUR			in %
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	73.089	83.250	−10.161	−12,2
Darlehen und Kredite	684.833	654.660	30.173	4,6
Schuldverschreibungen	130.827	141.428	−10.601	−7,5
Eigenkapitalinstrumente	6.346	8.785	−2.439	−27,8
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	20.515	24.736	−4.220	−17,1
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	20.275	18.910	1.365	7,2
Materielle Vermögenswerte	16.965	9.827	7.137	72,6
Immaterielle Vermögenswerte	2.906	2.723	183	6,7
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	16.693	17.726	−1.032	−5,8
SUMME AKTIVA / PASSIVA	972.449	962.044	10.405	1,1
PASSIVA				
Einlagen von Zentralbanken	24.049	20.793	3.256	15,7
Einlagen von Kreditinstituten[2)]	106.264	113.235	−6.970	−6,2
Einlagen von Nichtbanken	565.658	547.276	18.382	3,4
Begebene Schuldverschreibungen[2) 5)]	136.682	131.761	4.921	3,7
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	13.388	16.975	−3.588	−21,1
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	921	722	198	27,4
Nachrangige Verbindlichkeiten[4)]	-	18.105	-	-
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital[3)]	0	0	0	-
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten[3)]	8.070	3	8.067	-
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten[5)]	21.464	21.886	−422	−1,9
Rückstellungen	12.214	12.253	−39	−0,3
Eigenkapital und Minderheitenanteile	83.740	79.035	4.705	6,0
**hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis [3)]*	*−5.966*	*−3.458*	*−2.508*	*−72,5*
**hievon: Minderheitenanteile*	*6.182*	*6.114*	*69*	*1,1*
SUMME AKTIVA / PASSIVA	972.449	962.044	10.405	1,1

1) Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Bis zum 1. Quartal 2018 wurden hier nachrangige Verbindlichkeiten exkludiert und in einer separaten Position dargestellt. Ab dem 2. Quartal 2018 sind hier nachrangige Verbindlichkeiten inkludiert. - 3) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt. - 4) Diese Position ist nur bis zum 1. Quartal 2018 verfügbar. - 5) Bis zum 1. Quartal 2018 wurden sonstige finanzielle Verbindlichkeiten als Teil der Position "Begebene Schuldverschreibungen, sonstige finanzielle Verbindlichkeiten" dargestellt. Seit dem 2. Quartal 2018 sind diese Teil der Position "Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten".

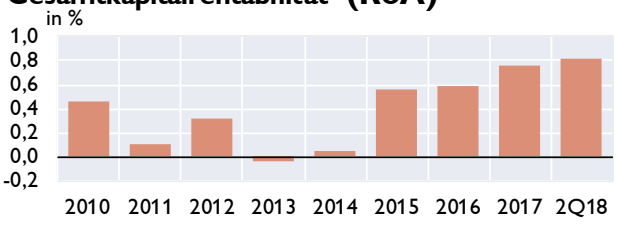
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB. *Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen.*

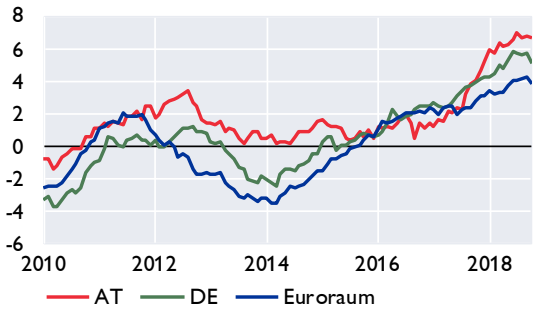
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2015	146,4	5.315	2,1	1,3	137,2	4.277	0,5	0,6
2016	152,5	5.454	3,2	2,0	135,6	4.301	1,4	2,4
2017	156,4	5.603	3,4	2,9	143,8	4.316	5,2	3,1
Jan 18	156,0	5.598	3,4	2,9	144,8	4.348	6,0	3,4
Feb 18	156,3	5.602	3,5	2,9	145,3	4.347	5,8	3,2
Mrz 18	156,2	5.622	3,5	2,9	146,0	4.349	6,4	3,3
Apr 18	156,2	5.635	3,4	2,9	146,1	4.362	6,2	3,3
Mai 18	158,1	5.641	3,7	2,9	147,2	4.389	6,3	3,7
Jun 18	157,3	5.665	3,6	3,0	148,1	4.369	6,6	4,1
Jul 18	158,0	5.681	3,6	3,0	149,1	4.395	7,0	4,1
Aug 18	158,9	5.694	3,5	3,1	149,8	4.381	6,7	4,2
Sep 18	160,1	5.706	3,9	3,2	150,6	4.385	6,8	4,3
Okt 18	160,3	5.722	3,9	3,2	151,5	4.398	6,7	3,9

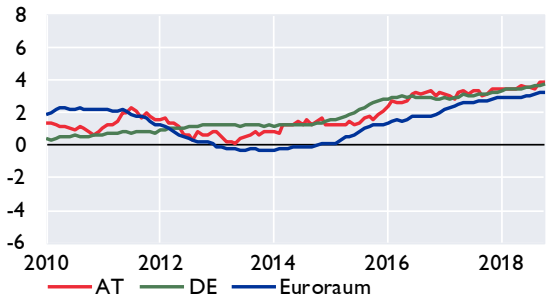
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



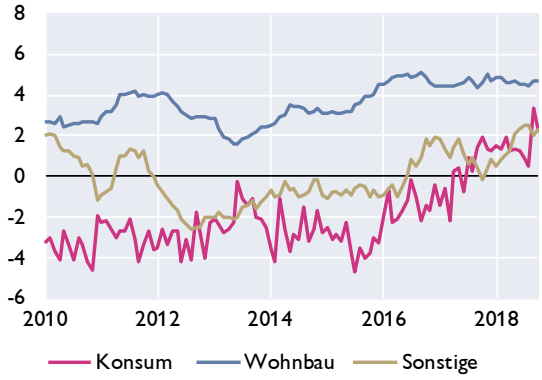
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

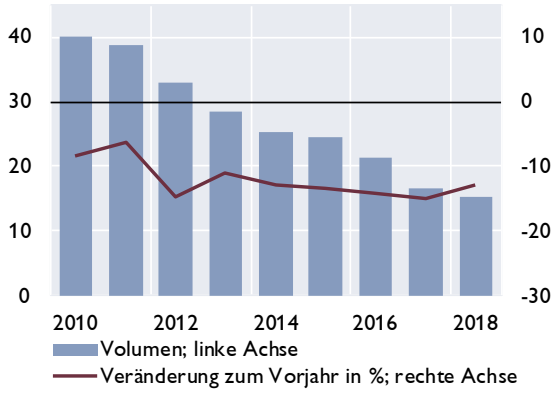
Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR

in %

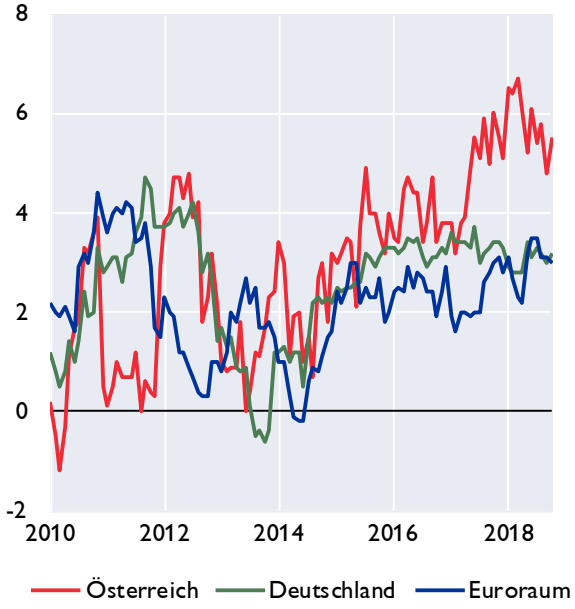


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

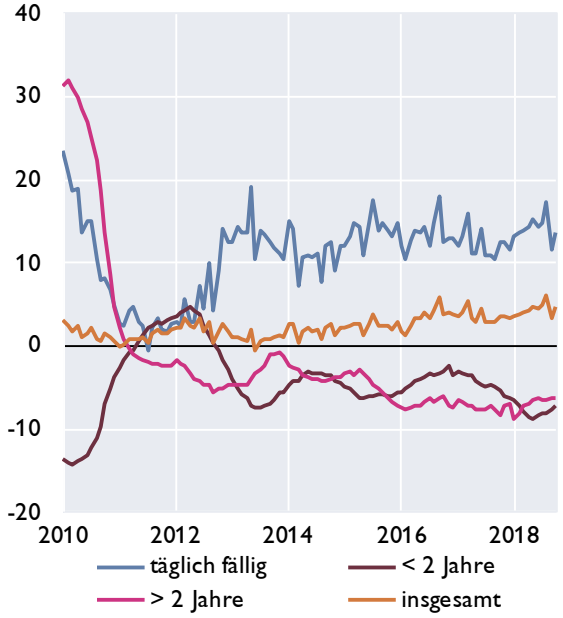
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



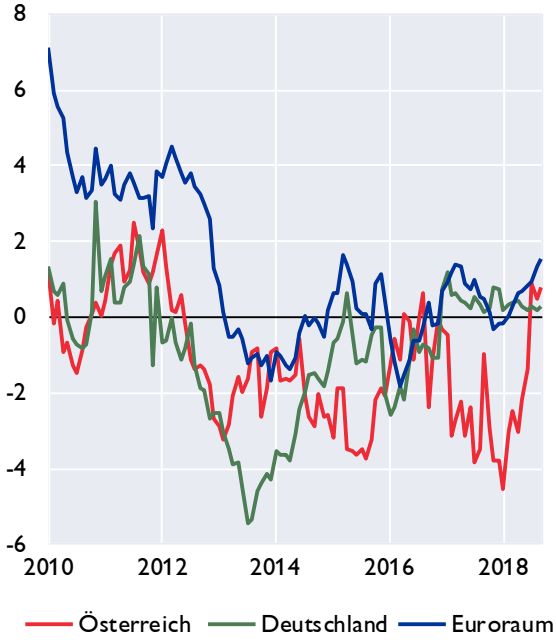
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



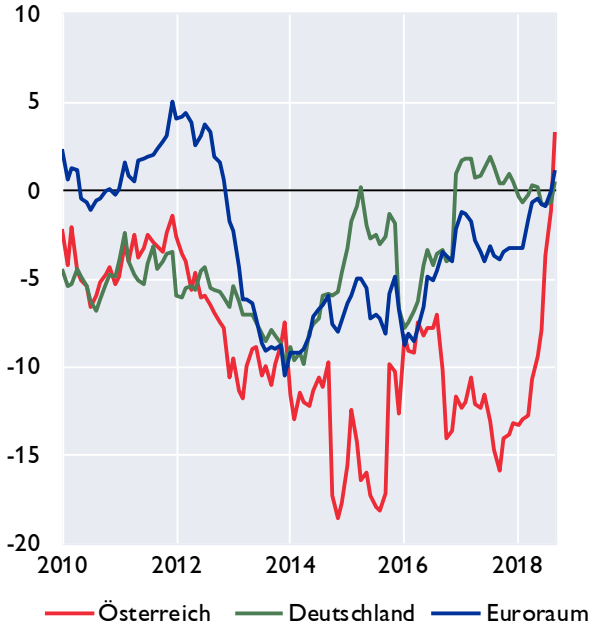
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

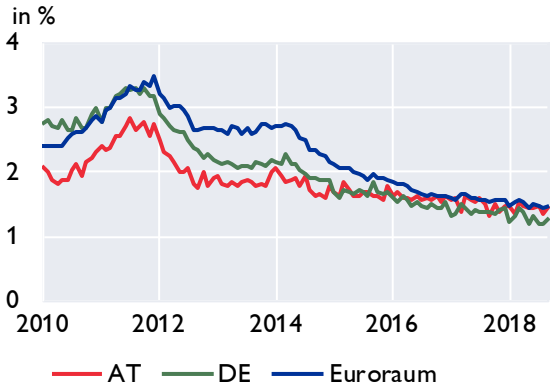


Quelle: OeNB, EZB

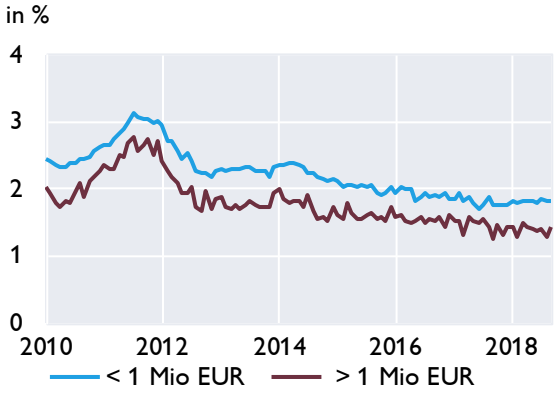
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

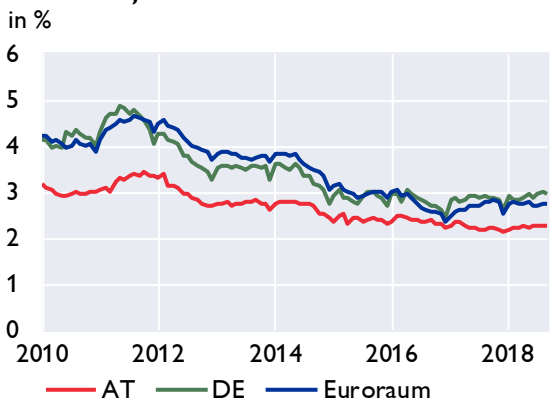


Nach Kredithöhe in Österreich

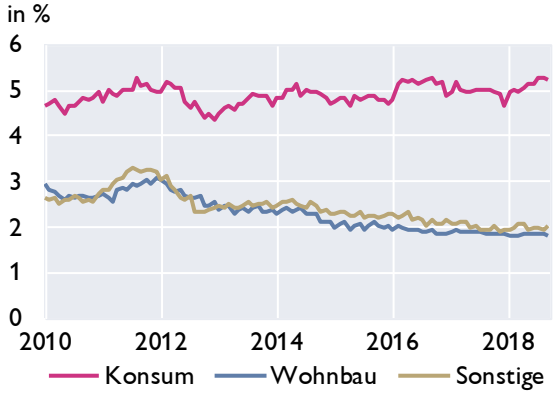


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

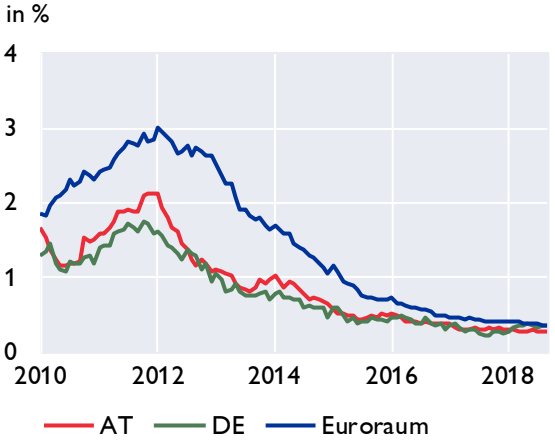


Nach Verwendungszweck in Österreich

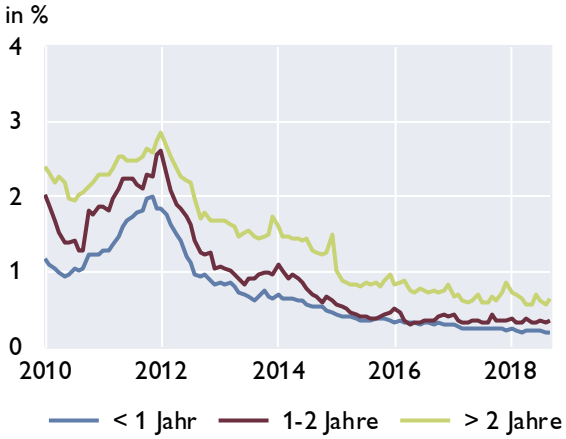


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert[1)]

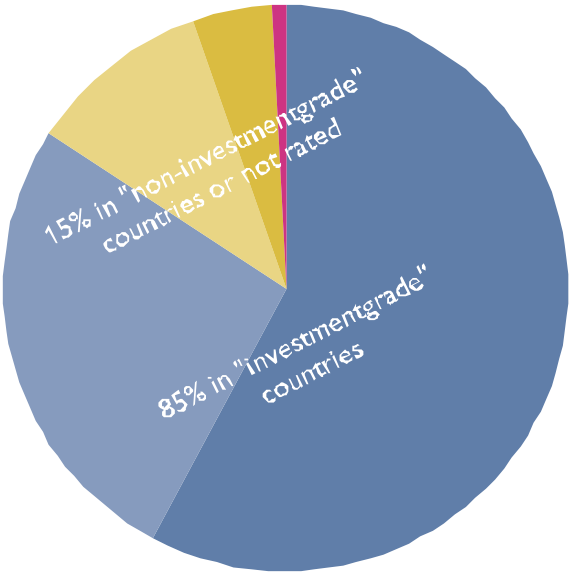
Ertragslage	2. Quartal 2018 in Mio EUR	2. Quartal 2017	Differenz zur Vergleichsperiode	in %
Zinsergebnis, netto	7.484	7.259	225	3,1
**hievon: Zinsen und ähnliche Erträge*	*11.709*	*11.700*	*9*	*0,1*
**hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)*	*4.225*	*4.442*	*−217*	*−4,9*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[2)]	0	0	0	-
Dividendenerträge	305	346	−41	−11,9
Provisionsergebnis, netto	3.536	3.428	108	3,2
**hievon: Provisionserträge*	*4.756*	*4.672*	*84*	*1,8*
**hievon: (Provisionsaufwand)*	*1.219*	*1.244*	*−24*	*−2,0*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[3)]	96	131	−35	−26,6
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken[4)]	0	-	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten. netto[3)]	−449	44	−493	−1124,3
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto[2) 4)]	−53	-	-	-
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP[3)]	689	294	395	134,3
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto[4)]	6	-	-	-
Sonstige betriebliche Erträge	1.521	1.317	204	15,5
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1.459	1.151	309	26,8
Betriebserträge, netto	**11.677**	**11.668**	**9**	**0,1**
(Verwaltungsaufwendungen)	7.126	7.039	87	1,2
**hievon: (Personalaufwendungen)*	*4.188*	*4.167*	*21*	*0,5*
**hievon: (Sachaufwendungen)*	*2.938*	*2.872*	*66*	*2,3*
(Abschreibungen)	522	495	27	5,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)[3)]	7	80	−73	−91,0
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)[3)]	73	43	31	72,2
Betriebsergebnis	**3.948**	**4.012**	**−64**	**−1,6**
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	−50	−74	23	31,9
(Sonstige Rückstellungen)[3)]	−40	90	−130	−145,1
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)[4)]	−127	-	-	-
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)[4)]	1	-	-	-
(Wertberichtigungen im Kreditgeschäft)[5)]	-	283	-	-
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)[5)]	-	−1	-	-
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[3)]	0	1	−1	−100,0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	609	601	8	1,4
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[2)]	−102	12	−114	−975,6
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS[2) 4)]	−6	-	-	-
Außerordentliches Ergebnis[5)]	-	−5	-	-
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**4.666**	**4.322**	**344**	**8,0**
(Ertragssteuern)	789	714	75	10,5
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	**3.877**	**3.608**	**269**	**7,5**
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder[4)]	1	-	-	-
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[2)]	14	55	−42	−75,5
(Minderheitenanteile)[3)]	299	305	−6	−2,0
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**3.592**	**3.358**	**234**	**7,0**

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

1) Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von KI-Gruppen und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Beleges „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD" werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q2/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt. - 3) Ab 1. Quartal 2018 ergibt sich eine Erhöhung der Meldepopulation für diese Positionen. - 4) Diese Position ist erst ab dem 1. Quartal 2018 verfügbar. - 5) Diese Position ist nur bis zum 4. Quartal 2017 verfügbar.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- | BBB+ - BBB- | BB+ - BB- | B+ - B- | not rated

	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2Q18
	in Mio EUR						
Tschechische Republik	47.564	47.001	44.221	48.558	55.827	69.914	73.462
Slowakei	24.535	25.093	26.319	29.261	30.149	31.127	32.471
Rumänien	26.823	25.778	25.896	23.498	24.454	24.555	24.725
Kroatien	23.195	22.038	18.878	18.167	17.147	16.841	17.451
Ungarn	19.803	18.109	15.460	14.263	14.485	15.901	16.484
Polen	17.933	17.017	16.688	19.121	16.574	16.311	15.020
Republik Serbien	5.041	4.865	3.565	4.029	4.210	4.579	4.854
Slowenien	9.588	8.079	5.494	4.716	4.488	4.805	4.823
Bulgarien	4.093	3.626	3.456	3.368	3.476	3.759	3.969
Bosnien Herzgowina	4.261	4.124	3.438	3.238	3.277	3.337	3.533
Türkei	776,2	929,2	1.011	888,6	923,6	858,9	869
Republik Montenegro	874,7	865,2	392,1	346,2	404,7	811,3	889
Mazedonien	389,6	350,4	306,2	292,0	330,0	345,0	346
Aserbeidschan	63,2	143,5	247,4	238,7	292,9	267,0	260
Litauen	120,4	161,3	143,7	130,9	123,6	164,4	172
Lettland	137,5	126,4	52,8	77,1	131,7	118,7	128
Estland	59,7	50,2	51,2	13,8	16,9	14,4	20
Andere	24.560	23.411	19.151	16.190	16.958	16.504	18.539
Gesamt	209.818	201.768	184.768	186.397	193.269	210.215	218.013

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 2. Quartal 2018	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	11.626	*11.626*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2.096
Bargeld	1.561	6.325	*6.206*	*0*	*94*	*26*	*0*	22.948	0	3.960
Täglich fällige Einlagen	54.476	119.812	*98.837*	*6.128*	*10.311*	*3.645*	*890*	147.692	5.630	93.769
Sonstige Einlagen	18.602	169.850	*158.628*	*1.111*	*9.460*	*462*	*189*	103.975	1.443	45.519
Kurzfristige Kredite	36.269	71.644	*67.411*	*6*	*3.265*	*961*	*0*	2.161	0	20.191
Langfristige Kredite	97.855	391.320	*365.965*	*196*	*19.646*	*5.498*	*15*	205	15	90.046
Handelskredite	50.817	172	*102*	*0*	*70*	*0*	*0*	1	1	18.566
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	51	1.895	*1.310*	*554*	*5*	*26*	*0*	1.480	10	8.737
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5.284	308.924	*170.720*	*80.769*	*3.070*	*53.992*	*373*	28.027	1.370	294.212
Börsennotierte Aktien	26.025	53.980	*4.097*	*26.896*	*21.794*	*1.193*	*0*	24.556	843	55.327
Nicht börsennotierte Aktien	41.179	87.795	*21.687*	*190*	*57.518*	*8.326*	*73*	2.747	20	25.974
Investmentzertifikate	12.395	150.466	*15.956*	*60.199*	*17.865*	*34.926*	*21.520*	60.048	2.761	20.474
Sonstige Anteilsrechte	185.615	104.576	*29.329*	*1.970*	*68.551*	*4.724*	*0*	122.714	1.680	167.476
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	79.517	x	1.952
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	2.919	4.004	*0*	*0*	*0*	*4.004*	*0*	3.715	0	1.127
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	44.146	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	11.049	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	9.436	14.926	*6.359*	*19*	*7.554*	*872*	*122*	7.516	11	6.487
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	542.484	1.497.314	*958.233*	*178.038*	*219.205*	*118.655*	*23.183*	662.499	13.786	855.914
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR	x	5	*5*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	0
Bargeld	79	2.552	*2.482*	*0*	*71*	*-1*	*0*	512	0	-140
Täglich fällige Einlagen	4.990	2.508	*-974*	*29*	*2.742*	*480*	*231*	17.845	537	8.607
Sonstige Einlagen	-1.497	1.228	*1.059*	*-262*	*641*	*-201*	*-11*	-7.658	-238	-6.960
Kurzfristige Kredite	1.556	6.702	*5.759*	*-5*	*1.013*	*-65*	*0*	513	0	-2.361
Langfristige Kredite	1.644	7.070	*8.264*	*-6*	*-584*	*-619*	*15*	-133	0	34
Handelskredite	4.810	104	*100*	*0*	*3*	*0*	*0*	0	0	-528
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-12	-465	*-629*	*155*	*-11*	*21*	*-1*	228	-3	-3.957
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-777	1.307	*2.037*	*175*	*-16*	*-869*	*-20*	-2.945	-159	87
Börsennotierte Aktien	759	1.024	*-112*	*1.497*	*-177*	*-181*	*-3*	-8	-1	41
Nicht börsennotierte Aktien	-353	685	*138*	*69*	*58*	*421*	*0*	-163	-2	-1.608
Investmentzertifikate	1.011	4.735	*-65*	*2.971*	*956*	*576*	*297*	3.438	109	712
Sonstige Anteilsrechte	11.808	2.078	*-242*	*-37*	*2.273*	*84*	*0*	19	-7	13.293
Lebensversicherungsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*x*	-250	x	-63
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-267	-825	*0*	*0*	*0*	*-825*	*0*	-340	0	121
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	*x*	*x*	*x*	*x*	*0*	-503	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	*0*	*0*	*0*	*0*	*0*	1.019	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.161	-2.842	*-1.987*	*50*	*-385*	*-534*	*15*	1.066	-3	-1.504
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	24.912	25.864	*15.837*	*4.635*	*6.583*	*-1.713*	*522*	12.639	232	5.775
Nettogeldvermögen	-274.933	4.824	*10.002*	*-4.871*	*-11.715*	*9.150*	*2.259*	474.964	10.588	-18.981

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 2. Quartal 2018	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR [1)]	x	2.096	*2.096*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	11.626
Bargeld	x	32.328	*32.328*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	2.646
Täglich fällige Einlagen	x	418.009	*418.009*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	26.535
Sonstige Einlagen	x	251.260	*251.260*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	95.558
Kurzfristige Kredite	45.955	13.358	*0*	*164*	*10.417*	*2.770*	*7*	9.608	468	60.513
Langfristige Kredite	258.391	33.132	*0*	*651*	*31.782*	*685*	*15*	175.479	2.307	107.172
Handelskredite	46.623	47	*10*	*0*	*37*	*0*	*0*	44	1	21.843
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	648	3.952	*3.899*	*x*	*53*	*0*	*0*	x	x	1.950
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	40.409	142.448	*128.498*	*0*	*9.937*	*4.013*	*0*	x	x	185.927
Börsennotierte Aktien	88.197	36.102	*28.699*	*x*	*1.976*	*5.427*	*x*	x	x	51.167
Nicht börsennotierte Aktien	36.347	60.544	*48.616*	*536*	*3.609*	*7.610*	*172*	x	x	79.640
Investmentzertifikate	x	181.552	*51*	*181.501*	*0*	*0*	*x*	x	x	74.500
Sonstige Anteilsrechte	268.386	179.755	*20.957*	*51*	*158.627*	*121*	*0*	x	12	138.792
Lebensversicherungsansprüche	x	76.995	*x*	*x*	*0*	*76.995*	*x*	x	x	4.474
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	8.971	*x*	*x*	*0*	*8.971*	*x*	x	x	2.794
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13.159	30.873	*7.847*	*x*	*0*	*2.296*	*20.730*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	11.049	*0*	*0*	*11.049*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	19.302	10.020	*5.962*	*5*	*3.435*	*618*	*0*	2.403	411	9.758
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	817.416	1.492.490	*948.231*	*182.909*	*230.920*	*109.506*	*20.924*	187.535	3.198	874.895
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*									
Währungsgold und SZR [1)]	x	0	*0*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	5
Bargeld	x	1.894	*1.894*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	1.141
Täglich fällige Einlagen	x	39.970	*39.970*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	-6.920
Sonstige Einlagen	x	-21.692	*-21.692*	*x*	*x*	*x*	*x*	x	x	7.828
Kurzfristige Kredite	2.012	2.129	*0*	*-62*	*1.226*	*966*	*0*	647	17	4.309
Langfristige Kredite	11.735	-1.170	*0*	*-599*	*9*	*-578*	*-2*	4.958	-130	-6.124
Handelskredite	2.378	6	*-1*	*0*	*6*	*0*	*0*	4	0	1.698
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	95	-1.382	*-1.315*	*x*	*-67*	*0*	*0*	x	x	-419
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	717	-5.942	*-3.079*	*x*	*-2.854*	*-8*	*0*	x	x	-2.630
Börsennotierte Aktien	-2.806	1.836	*62*	*x*	*1.774*	*0*	*0*	x	x	2.782
Nicht börsennotierte Aktien	-386	-1.777	*183*	*x*	*-1.980*	*31*	*0*	x	x	254
Investmentzertifikate	x	5.589	*-10*	*5.599*	*0*	*0*	*0*	x	x	4.790
Sonstige Anteilsrechte	12.387	804	*988*	*-20*	*-190*	*26*	*0*	x	-1	13.557
Lebensversicherungsansprüche	x	-529	*0*	*x*	*0*	*-529*	*0*	x	x	216
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-785	*0*	*x*	*0*	*-785*	*0*	x	x	-527
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-96	-407	*-628*	*x*	*0*	*131*	*90*	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1.019	*0*	*0*	*1.019*	*0*	*0*	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-839	-848	*-339*	*9*	*225*	*-744*	*0*	138	202	-3.001
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	25.196	18.716	*16.034*	*4.916*	*-832*	*-1.490*	*88*	5.746	89	16.960
Nettogeldvermögen	-274.933	4.824	*10.002*	*-4.871*	*-11.715*	*9.150*	*2.259*	474.964	10.588	-18.981
Finanzierungssaldo	-284	7.147	*-197*	*-281*	*7.415*	*-223*	*434*	6.892	143	-11.185